



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Guten Abend miteinander. Wir starten in die siebte Stadtratssitzung in diesem Jahr. Es ist schön, dass so viele Gäste hier sind, herzlich willkommen. Fühlt Euch nicht gezwungen auf dem Sitz kleben zu bleiben, dürft Ihr doch kommen und gehen wie es beliebt. Aber es ist natürlich umso schöner, wenn Ihr möglichst lange bei uns bleibt, wird es doch eine lange Sitzung geben. Ich begrüße heute an dieser Sitzung auch alle Stadträt:innen, alle Gemeinderät:innen, die Medienschaffenden sowie die Kolleg:innen von der Verwaltung. Wir sehen um rund 20 Uhr wieder eine Sandwich-Pause für das Parlament und die Regierung vor; je nachdem, an welchem Punkt wir uns dann mit den Traktanden befinden. Nun bitte ich Michael Strebel, unseren Stadtratssekretär, um den Appell.

- 36 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Zurzeit sind 36 Stadträtinnen und Stadträte anwesend und vier Mitglieder werden etwas verspätet zu uns stossen. Beim Gemeinderat entschuldigte sich Roberto Di Nino für die heutige Sitzung, sodass der Gemeinderat mit sechs Mitgliedern anwesend ist. Somit halte ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Wie Ihr bereits erfahren konntet, entfällt Traktandum Nr. 11. Gibt es ansonsten weitere Bemerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall und wir kommen zu Traktandum Nr. 1.

¹ Ein Stadratsmitglied erscheint unmittelbar nach dem Appell. Drei Stadratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 40 Stadträtinnen und Stadträte anwesend. Ein Stadratsmitglied verlässt angekündigt bei Traktandum 6 die Stadtratssitzung. Somit sind ab Traktandum Nr. 6, 39 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

1. **Protokoll der Stadtratssitzung vom 14. Oktober 2024: Kenntnisnahme**

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Hier geht es um Kenntnisnahme des Protokolls der Stadtratssitzung vom 14. Oktober 2024. Merci vielmals für das Verfassen. Gibt es Bemerkungen zum Protokoll? Das ist ebenso wenig der Fall und es ist damit genehmigt. Wir schreiten zu Traktandum Nr. 2.



2. Teilrevision der Stadtverfassung; Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 9. Februar 2025 und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

- **Motion Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP), vom 23. Januar 2023: "Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen": Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Dabei geht es um die Teilrevision der Stadtverfassung; deren Verabschiedung zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 9. Februar 2025 sowie um die Genehmigung der Abstimmungsbotschaft. Damit in Verbindung steht der Antrag auf Abschreibung der Motion von Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP) vom 23. Januar 2023: «Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen». Wird dazu das Eintreten bestritten? Nein, somit ist es stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Nun übergebe ich dem Gemeinderat durch Stadtpräsident Reto Müller das Wort für die Berichterstattung.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich möchte es nicht unterlassen unserer Stadtratspräsidentin an dieser Stelle noch zum Geburtstag zu gratulieren, allerdings einen Tag zu spät. Sorry, happy Birthday, es soll dennoch gelten. Des Weiteren möchte ich Ihnen allen auch im Namen des Gemeinderates zu den Wahlergebnissen gratulieren, die Sie erzielen konnten. Es freut uns, dass wir mit Ihnen weiter zusammenarbeiten dürfen. Diejenigen, die freiwillig oder unfreiwillig eine kleine Pause einlegen, sei versichert, dass es Sie später sicherlich auch wieder brauchen wird.

Ich komme nun aber zum Thema mit der Teilrevision der Stadtverfassung. Ich habe natürlich Freude, dass so viele Leute an dieser sehr wichtigen Volksabstimmung Interesse zeigen, die wir darüber dann durchführen dürfen. Es ist eben auch ein super emotionales Thema, bei dem man eben die Höhe der Hürden bestimmen kann, um in unserem politischen System mitpartizipieren zu dürfen. Im Rahmen dieser überparteilichen Motion «Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen» wurde ja auch festgestellt, dass in Langenthal extrem wenig politische Vorstösse wie Initiativen oder Referenden zustande kommen. Wir haben eine sehr hohe Hürde, die sich auch an der oberen Grenze des zulässigen Rahmens befinden, wonach maximal 10% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger als oberste Grenze festgesetzt werden können. Wir stellten dazu auch einen Vergleich hinsichtlich dieses Verhältnisses mit anderen grossen Gemeinden an, die eine bis jetzt viel tiefere Unterschriftenzahlen vorsehen und Sie die entsprechenden Angaben im Bericht & Antrag vorfinden.

Ausgangslage

- Es kommen in Langenthal kaum Initiativen oder Referenden zustande.
- Die aktuell geltenden Vorgaben (900 Unterschriften für eine Initiative, 400 für fakultatives Referendum und Volksvorschlag) sind an der oberen Grenze des kantonal zulässigen Rahmens.
- Viele grosse Gemeinden des Kantons Bern sehen im Verhältnis tiefere Unterschriftenzahlen vor.
- Der Anstoss zur Vorlage gab die überparteiliche Motion "Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen".



Seitens des Gemeinderates steckten wir uns dank der dazu eingereichten Motion drei Ziele, die Sie hier eingebildet sehen. Wir wollen die Mitwirkungsrechte steigern, wir wollen auch die Attraktivität der Volksrechte erhöhen und die Gemeindepolitik soll damit insgesamt zugänglicher werden; zumindest für den Kreis der heutigen Stimmbürgerschaft.

Ziel der Vorlage

- Stärkung der Mitwirkungsrechte der Stimmberechtigten;
- Steigerung der Attraktivität der Volksrechte;
- Gemeindepolitik soll zugänglicher werden.

25.11.2024 3

Was ist nun der Inhalt dieser Revision? Wir sehen eine Änderung von Art. 20, 24, 29 und 29a sowie die Schaffung eines neuen Art. 108 als Teilrevision der Stadtverfassung vor, über die wir heute Abend diskutieren.

Dazu sehen Sie hier die Synopse mit der bisherigen Regelung. Bis heute brauchte es 900 Unterschriften für eine Initiative, wozu der Gemeinderat nun vorschlägt, dass es nur noch mindestens 500 Unterschriften benötigt. Beim fakultativen Referendum brauchte es bisher 400 Unterschriften und neu sollen mindestens 250 Unterschriften ausreichen. Gleichzeitig möchten wir auch die Sammelfristen von 30 Tagen auf neu 40 Tage verlängern. Es ist auch so, dass wir darüber diskutierten, ob man weiterhin an festen Zahlen festhält oder man zukünftig eine prozentuale Hürde vorsehen möchte, indem beispielsweise die Unterschriften von 5% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vorgelegt werden müssen. Da es dann aber während dem Unterschriftensammeln nicht immer unbedingt ersichtlich ist, wie viele Unterschriften dabei zu sammeln wären, kam man zum Schluss, dass man als Vorgabe weiterhin die absoluten Zahlen beibehält. Das sind auch diejenigen Zahlen, die die Motion in der Begründung als Beispiel oder respektive als Wunsch vorschlug.

Änderungen in der Stadtverfassung

Bisherige Regelung

- Für das Zustandekommen einer Initiative braucht es mindestens **900** Unterschriften.
- Ein fakultatives Referendum oder ein Volksvorschlag muss von mindestens **400** Stimmberechtigten verlangt werden.
- Die Frist für die Ergreifung eines fakultativen Referendums oder eines Volksvorschlages beträgt **30** Tage seit Veröffentlichung des Stadtratsbeschlusses.

Neue Regelung

- Für das Zustandekommen einer Initiative braucht es mindestens **500** Unterschriften.
- Ein fakultatives Referendum oder ein Volksvorschlag muss von mindestens **250** Stimmberechtigten verlangt werden.
- Die Frist für die Ergreifung eines fakultativen Referendums oder eines Volksvorschlages beträgt **40** Tage seit Veröffentlichung des Stadtratsbeschlusses.

25.11.2024 4

Das betrifft nun den ersten Punkt, den Sie hier auf diesem Chart sehen. Auch der zweite Punkt wurde bereits erläutert, sodass wir eben nicht irgendwie ein Quorum in Prozenten festlegen wollen. Daneben hielten wir auch an dieser sechsmonatigen Sammelfrist für Initiativen fest, was wir weiterhin als angemessen erachten. Bei den Referenden umfasst die Sammelfrist ab Rechtskraft wie erwähnt neu 40 Tage und bei den Initiativen dauert die Sammelfrist wie bisher sechs Monate.

Bemerkungen

- Die geplante Änderung entspricht dem Umsetzungsvorschlag der Motionäre.
- Das bewährte System mit absoluten Zahlen soll beibehalten werden.
- Mit der neuen Regelung liegt die Höhe der Quoren im Rahmen derjenigen von anderen grösseren Gemeinden im Kanton Bern (knapp 5 Prozent für eine Initiative sowie knapp 2.5 Prozent für ein fakultatives Referendum oder einen Volksvorschlag).
- Beibehalten werden soll die sechsmonatige Sammelfrist für Initiativen, welche als angemessen erachtet wird.

25.11.2024 5



Dazu formulierten wir folgende Übergangsbestimmungen, respektive den Beschluss für das Inkrafttreten. Für diejenigen Initiativen, zu denen bereits Unterschriftenbögen hinterlegt wurden, gilt noch das alte Recht. Ich schaue soeben ins Publikum und frage Melanie, ob aktuell überhaupt eine Initiative hinterlegt ist? Nein, es ist zurzeit gar keine in petto. Gut, so gibt es dazu keinen Fall, wonach es einfach im Falle dessen so geregelt wäre. Auch für fakultative Referenden oder Volksvorschläge zu Beschlüssen des Stadtrates, die vor dem Inkrafttreten der Änderung publiziert wurden, gilt noch das alte Recht. Das Inkrafttreten wird dann der Gemeinderat festlegen.

Übergangsbestimmung / Inkrafttreten

- Für Initiativen, bei welchen die Unterschriftenbogen vor dem Inkrafttreten der Änderung hinterlegt wurden, gilt noch das alte Recht.
- Auch für fakultative Referenden oder Volksvorschläge zu Beschlüssen des Stadtrates, welche vor dem Inkrafttreten der Änderung publiziert wurden, gilt noch das alte Recht.
- Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird vom Gemeinderat festgelegt.

Wir kommen somit zu folgendem Antrag an den Stadtrat, wonach Sie den Antrag zur Teilrevision der Stadtverfassung in den besagten Artikeln genehmigen, die Abstimmungsbotschaft verabschieden und genehmigen und auch die Motion abgeschrieben wird, weil diese – wenn es dann vom Volk beschlossen wird – so auch umgesetzt wäre. Falls das Volk dies verwirft, können Wir Ihnen auch nicht mehr weiterhelfen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci vielmals. Ich sehe, dass wir noch weitere Gäste erhielten. Sie müssen also nicht dort stehenbleiben, gibt es doch auf der Seite hier drüben noch einen Stuhl. Und hier auf dem Podium steht ebenfalls noch ein Stuhl, den man nehmen könnte, damit Sie sich setzen können. Wie immer Sie möchten, ansonsten Sie herzlich eingeladen sind, sich auf einen Stuhl zu setzen.

Nun fahren wir mit der Beratung fort. Eine Berichterstattung durch die GPK ist keine angemeldet und somit hat eine Vertretung der Motion das Wort.

Sprecher Der Motion, Georg Cap (GL): Im Namen der Motionäre – ich sage bewusst nur die männliche Form, da hier nur Männer draufstehen – möchte ich dem Gemeinderat danken, dass er unsere überparteiliche Motion zur Senkung der Unterschriftshürde bei städtischen Initiativen und Referenden ganz in unserem angedachten Sinn umsetzte und hier nun die gewünschte Teilrevision der Stadtverfassung entsprechend vorliegt. Die Forderung unserer Motion mit der Anpassung der notwendigen Unterschriften und Zeiträume werden in der vorgeschlagenen Teilrevision vollständig umgesetzt. Auch in der Abstimmungsbotschaft wird die Sachlage der Problematik sowie unsere Argumente für diese Anpassungen klar und sehr vollständig abgebildet. Für das bedanken wir uns und macht uns sehr zufrieden.

Dieser Umstand freut uns nicht zuletzt deshalb, da wir damit der Bevölkerung – sofern sie dann an der Urne die Erleichterung der politischen Mitsprache auch gutheisst – ein klares Zeichen geben können, dass der Stadt- und Gemeinderat auf jeden Fall kein abgehobener und eingeschwoener Kreis von elitären Politikerinnen und Politiker oder dergleichen ist, sondern dass wir die Mitsprache der Bevölkerung im Rahmen bewährter, demokratischer Instrumente begrüssen und auch fördern wollen. Ein solches Zeichen ist besonders in einer Gemeinde wie Langenthal wichtig, in der es immer wieder einzelne Leute gibt, die wohl im Scherz, aber teilweise auch im Ernst den Stadtrat als überflüssig ansehen oder das Gefühl haben, dass eine Gemeindeversammlung ausreichen würde. So tickt Langenthal definitiv nicht. Ich glaube, dass der Stadtrat wie auch der Gemeinderat wichtig ist. Aber es ist auch wichtig, dass möglichst allen Leuten gute Mittel zur Verfügung stehen, um dann mitzureden, wenn sie sich nicht gehört fühlen. Sollten die Bürger:innen mit unserer Arbeit unzufrieden sein, sollen sie auch eine realistische Möglichkeit haben um sich zu spezifischen Themen zu äussern oder auch selber etwas vorzubringen oder eine Abstimmung zu forcieren. Oder wie Mit-Motionär Patrick Freudiger vor ein paar Jahren in einem Interview sehr treffend ausdrückte: «Im Sachverstand und der Lebenserfahrung unserer Bürger schlummert ein grosses Potential, das wir nutzen sollten». Deshalb empfehle ich Euch im Namen der Motionäre diese Teilrevision der Stadtverfassung zuhanden der



Gemeindeabstimmung zu verabschieden sowie die Abstimmungsbotschaft ebenfalls gutzuheissen und dabei auch die Motion als erledigt abzuschreiben.

Wenn dies in Ordnung ist, spare ich mir hier sogleich auch noch den zweiten Gang ans Mikrofon, indem ich als Sprecher der SP/GL-Fraktion unsere Zustimmung zu den vorliegenden Punkten bekanntgebe. Wir von der SP/GL-Fraktion sind ebenfalls mit allen vorliegenden Dingen einverstanden und empfehlen Euch die Umsetzung dieser Motion anzunehmen und werden somit alle Punkte einstimmig gutheissen. Merci für die Kenntnisnahme.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir fahren mit den Fraktionsvoten weiter. An dieser Stelle möchte ich noch kurz darauf hinweisen, dass wir nacheinander zwei Abstimmungen durchführen werden; zuerst gilt es über die Teilrevision abzustimmen und danach beraten wir die Abstimmungsbotschaft und stimmen darüber ab. Zuletzt folgt die Schlussabstimmung. Welcher Fraktion darf ich nun das Wort übergeben?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt diese Vorlage. Wir erachten die Hürde für Initiativen und Referenden auch im Quervergleich mit anderen Gemeinden als hoch, respektive vielleicht sogar als zu hoch. Das Spiegelbild davon ist, dass kaum mehr Initiativen und Referenden ergriffen werden. Die hohe Hürde für eine demokratische Teilhabe wirkt im Ergebnis eigentlich prohibitiv. Wir haben keine Angst vor dem Volk und begrüssen es, wenn vermehrt von den Volksrechten Gebrauch gemacht werden kann. Vice versa befürchten wir auch keine inflationäre Zunahme von Initiativen oder Referenden. Auch mit der neuen Regelung gibt es aber nach wie vor beachtliche Hürden, insbesondere bei Referenden. Dazu wird die Sammelfrist ja lediglich um zehn Tage erhöht, dafür ist bei den Unterschriften dann eine substantielle Reduktion vorgesehen.

Wenn man sich aber den konkreten Ablauf etwas vorstellt, so wird am Montag etwas beschlossen, was dann am Donnerstag publiziert wird. Wenn man schnell ist, passiert dies sogar noch am Donnerstag derselben Woche. So beginnt am Freitag die Frist über neu 40 Tage zu laufen. Dann sind dann möglicherweise die Unterschriftenbogen noch gar nicht gedruckt, die es dann braucht, damit man mit der Sammlung beginnen kann. Dann hat man nur 40 Tägli Zeit um etwas zu sammeln. Auch diese Sammelfrist, die nun leicht länger dauert, ist aber nach wie vor kurz genug, damit man verhindern kann, dass am Schluss über alles und jedes abgestimmt wird, was wir im Stadtrat beschliessen. Es geht somit nicht darum, den Stadtrat irgendwie durch eine plebiszitäre Demokratie zu ersetzen, sondern im Gegenteil haben wir das Gefühl, dass hier ein Wechselspiel stattfinden sollte. Man hat auf der einen Seite den Stadtrat, der seine Funktion unverändert wahrnimmt. Und auf der anderen Seite würde wir aber begrüssen, wenn die Bevölkerung etwas mehr Möglichkeiten hätte, von diesen Möglichkeiten, die ja in der Stadtverfassung festgeschrieben sind, auch konkret Gebrauch machen zu können. In dem Sinn empfehlen wir Ihnen übereinstimmend mit dem, was der Vorredner zurecht ausführte, Zustimmung zu dieser Vorlage. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Gibt es weitere Fraktionssprecher:innen?

GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Auch die GLP/EVP-Fraktion wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen. Wenn wir etwa schauen, wie dies entstand, zeigt es doch, dass, wenn wir über die Fraktionen hinweg zusammenarbeiten und zusammen reden, wir dann auch Vorschläge zustande bringen, die uns weiterbringen und auch der Gemeinderat so umsetzen kann. Uns als Fraktion mit kleineren Parteien freut es natürlich extrem, wenn das Volk einfacher mitreden kann, da wir doch hier in Langenthal die eine oder andere Regelung haben, die den kleineren Parteien nicht gerade entgegenkommt. Somit ist es doch eine Genugtuung, dass wir einfacher zu diesen Mitteln greifen können. Ich empfehle Euch dem zuzustimmen. Merci.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Die FDP/jll-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich das Geschäft. Diejenigen, die es nicht unterstützen, verweisen auf die Voten, die sie anlässlich der Erheblicherklärung zu dieser Motion hielten. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So kommen wir jetzt zu den Einzelvoten. Wem darf ich das Wort geben? Das scheint niemand zu wünschen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen seitens



des Gemeinderates zu diesem Geschäft? Möchte der Motionär nochmals das Wort? Nein, auch nicht. Gut so kommen wir zur ersten Abstimmung, was im Beschlussesentwurf Ziff. I mit Ziffer 1 bis Ziffer 2 entspricht. Wer der Teilrevision der Stadtverfassung so zustimmen kann, zeigt es mit der orangen Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

Nun schreiten wir zur Debatte über die Abstimmungsbotschaft. Wir gehen dabei gemäss den Seitenpaaren vor. Dazu würde ich die Fraktionen oder Einzelsprecher:innen bitten, die Karte zu erheben, falls das Wort gewünscht wird.

Seite 3 bis Seite 10

ohne Wortmeldung.

Gut. So frage ich nochmals, ob es irgendwelche sonstigen Wortmeldungen zur Abstimmungsbotschaft gibt, sei es seitens des Motionärs oder seitens des Gemeinderates? Nein, dem ist nicht so. So schreiten wir auch hier zur Abstimmung über Ziffer II im Beschlussesentwurf. Wer demgemäss diese Abstimmungsbotschaft so genehmigen kann, zeigt es mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Nun stimmen wir noch über die Abschreibung der Motion ab. Wer damit einverstanden ist, die Motion abzuschreiben, zeigt es ebenso mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

A Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)

■ Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:

1. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 34 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 25. November 2024,

beschliesst:

1. Die Teilrevision der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 (Art. 20, 24, 29 und 29a sowie neuer Art. 108) gemäss Anhang wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt, insbesondere mit der Festlegung des Zeitpunkts des Inkrafttretens dieser Änderung.

B Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 9. Februar 2025 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

■ Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 23. Oktober 2024 wird genehmigt.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

C Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

1. Die Motion Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP), vom 23. Januar 2023: "Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



3. Familienzentrum Langenthal: Einführung und Betrieb als befristete Gemeindeaufgabe; Genehmigung des Reglements über das Familienzentrum Alte Mühle; Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir schreiten zu Traktandum Nr. 3, Familienzentrum Langenthal: Einführung und Betrieb als befristete Gemeindeaufgabe; Genehmigung des Reglements über das Familienzentrum Alte Mühle; Kreditbewilligung. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit starten wir mit der Beratung. Die Berichterstattung übernimmt Gemeinderätin Martina Moser, Ressortvorsteherin Soziales, Alterfragen und Gesundheit.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Ich möchte es auch meinerseits nicht unterlassen meine Freude auszudrücken, dass die zu behandelnden Themen von heute Abend so viele Besucherinnen und Besucher hierherbrachte.

Gerne möchte ich Ihnen in den nächsten paar Minuten das Projekt «Familienzentrum Alte Mühle» nochmals kurz vorstellen. Nach ein paar einleitenden Worten werde ich aufzeigen, was unter diesem Familienzentrum zu verstehen ist und wie die Umsetzung dieses Pilotprojekts passieren soll. Zuletzt komme ich dann noch zu ein paar abschliessenden Bemerkungen.

Agenda

1. Einleitung
2. Ein Familienzentrum für Langenthal
3. Umsetzung Pilotprojekt
4. Abschluss

Familienzentrum Alte Mühle

Hier sehen Sie einleitend die Ausgangslage, wie sie sich uns heute präsentiert. Auf der einen Seite gibt es mit ToKJO¹ als Trägerverein «Offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau» den Visionär dieses Familienzentrums, der durch die tägliche Arbeit, die fachliche Erfahrung und nach der Auswertung verschiedener Umfragen zur Erkenntnis kam, dass ortsansässige Familien heutzutage mit zahlreichen komplexen Herausforderungen wie etwa der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Konflikte innerhalb der Familie,

Ausgangslage

Familien

- Familien sind mit zahlreichen, komplexen Herausforderungen konfrontiert.
- Kein niederschwelliger Begegnungsort für Familien in Langenthal.
- Keine zentrale Anlaufstelle für Angebote im Bereich der frühen Förderung.
- Kompetenzzentrum für frühe Förderung senkt langfristig Kosten der Stadt.

Alte Mühle

- Liegenschaft steht seit gut einem Jahr leer.
- Räume stehen für die Gratisnutzung und kommerzielle Nutzung zur Verfügung.
- Liegenschaft wird bis 31. Oktober 2025 durch die Hasilbrunnen AG verwaltet und bewirtschaftet.
- Leerstand kostet die Stadt viel Geld.

Familienzentrum Alte Mühle

psychische Erkrankungen und Suchtprobleme, oder auch mit den Folgen zunehmender Armut konfrontiert sind. Zudem fehlt in Langenthal ein niederschwelliger Begegnungsort ohne Konsumzwang und es gibt keine zentrale Anlaufstelle für Fragen, Anliegen oder Angebote im Bereich der frühen Förderung. Würde ein solches Kompetenzzentrum zur frühen Förderung bestehen, könnten damit langfristig die Kosten für die Stadt und die Gesellschaft gesenkt werden. Ich denke da an weniger kostenintensive Kinderschutzmassnahmen oder tiefere Bildungskosten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Auf der anderen Seite haben wir mit der Alten Mühle eine tolle, zentral gelegene Liegenschaft, die seit einem Jahr leer steht und nicht dauerhaft genutzt wird; notabene ein Leerstand, der die Stadt viel Geld kostet. Zudem müssen die Räumlichkeiten hier im Haus zur Gratisnutzung zur Verfügung stehen und die aktuelle Liegenschaftsbewirtschaftung läuft Ende Oktober 2025 aus.

¹ ToKJO = Kinder- und Jugendfachstelle Region Langenthal



In diesem Haus soll es wieder dauerhaft wimmeln und im Rahmen eines sinnvollen und tollen Angebots wieder mehr Leben einkehren, was ausserdem zu einem attraktiven Stadtzentrum beitragen wird.

Vision



Familienzentrum Wetzikon

Wie ist die Idee dieses Familienzentrums konkret ausgestaltet? Es soll als Familienzentrum ein Treffpunkt sein: Niederschwellig, mit kostengünstigem Angebot, aber ohne Konsumzwang und teilweise eben auch mit Kinderbetreuung und einem grossen Spielangebot und Spielmöglichkeiten, wozu Sie hier gewisse Ideen, respektive Angebote notiert sehen; sei dies ein Vater-Kind-z'Morge oder beispielsweise auch ein interkultureller Frauentreff.

...als Treffpunkt:

Niederschwellig, mit kostengünstigem Angebot, aber ohne Konsumzwang. Teilweise mit Kinderbetreuung, einem grossen Spielangebot & Stilmöglichkeiten.

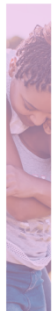
Ehemerkaffee, Vater-Kind-Zmorge,
Erzählkaffee, Interkultureller Frauentreff



...für Integration:

Förderung von sprachlichen und kulturellen Kompetenzen zur Verbesserung der gesellschaftlichen und sozialen Integration. Ermöglichen von Begegnungen, Austausch und geselligen Aktivitäten.

Erziehung in der Schweiz, „Schenk mir eine
Geschichte“, „Femmes“-Tische,
niederschwellige Beratung





Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

Es soll ein Familienzentrum mit Dienstleistungen sein, wonach Mitarbeitende, aber auch ehrenamtlich Helfende während den Öffnungszeiten als Ansprechpersonen für Leute in ihren verschiedensten Lebenslagen zur Verfügung stehen sollen. Hier wird an Situationen ab Schwangerschaft bis zu Familienfragen und weiterem Informationsbedarf bei allfälligen Notfällen gedacht, aber auch an eine anschliessende Triage an die entsprechenden Institutionen, die bereits bestehen und das Ganze somit insbesondere im Sinn eines Dreh- und Angelpunktes funktionieren soll. Auch dazu sind hier einige Beispiele wie Kinderbrocki, Schwangerschafts- oder Babysitterkurse etc. aufgeführt.

...mit Dienstleistungen:

Mitarbeitende und ehrenamtlich Helfende sind während den Öffnungszeiten des Familienzentrums Ansprechperson in vielen Lebenslagen. Ab Schwangerschaft bei Familienfragen, bei allgemeinem Informationsbedarf und bei Notfällen, bei Triage und Organisation.

Kinderbetreuung, Notfallbetreuung,
Schwangerschaftskurse, Babysitterkurse & -
Vermittlung, Raumvermittlung,
Geburtsvorbereitung, Kinderbrocki,
Kindercoiffeur



Es soll auch ein Familienzentrum mit Beratungen sein, hier insbesondere im Sinn der frühen Förderung in der ganzen Region und eben möglichst zentral an einem Ort und einfach zugänglich mit einer hohen Willkommenskultur. Hier soll auch eine Beratung für Eltern stattfinden. Dabei wird beispielsweise an eine Mütter- und Väterberatung in diesem Haus gedacht, wozu aber auch weitere Beratungsangebote zugänglich oder erhältlich sein sollen.

...mit Beratungen:

Frühe Förderung für die ganze Region, möglichst an einem Ort. Der Ort soll zentral, familiär einladend, niederschwellig und kostenlos sein, so dass eine Beratung einfach umsetzbar wird.

Beratung getrennt lebende Eltern, Mütter- &
Väterberatung, Beratung beim
Wiedereinstieg in das Berufsleben



Ja, wer ist hier bei diesem Familienzentrum Alte Mühle mit dabei? Bereits im Verein dabei sind beispielsweise Interunido¹ Langenthal, die Mütter- & Väterberatung Kanton Bern, genauso wie die Stadt Langenthal, die ebenso bereits vertreten ist und eben auch ToKJO als ursprünglicher Visionär. Wir sind aber auch schon Partnerinnen und Partner wie beispielsweise CHOREO² mit dabei, aber auch sehr bedeutend der Elternrat der Kindergärten Langenthal und auch weitere, die das Pilotprojekt mit diesem Familienzentrum als Supersache sehen und es hier auf dem Platz Langenthal auch als notwendig erachten.

Wer dabei ist:

im Verein	<ul style="list-style-type: none"> • Interunido Langenthal • Mütter- & Väterberatung Kanton BE • Stadt Langenthal • ToKJO
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> • CHOREO • Elternrat der Kindergärten Langenthal • Weitere



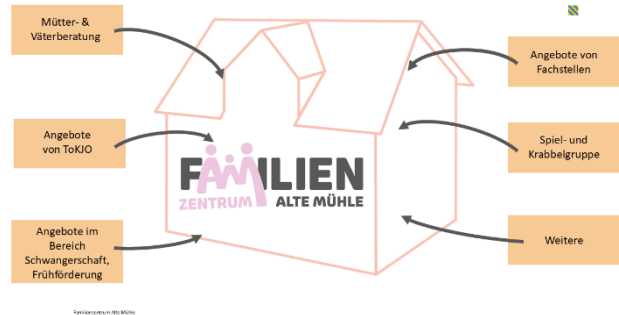
Familienzentrum Alte Mühle

¹ Interunido = Organisation für Bildung und Integration von Menschen, die aus dem Ausland stammen und im Oberaargau Fuss fassen möchten

² CHOREO = Sorgende Gemeinschaften Oberaargau Ost



Mit der Realisierung und Etappierung eines Familienzentrums als niederschwelliger Familientreffpunkt sowie als Dreh- und Angelpunkt für vielseitige Aktivitäten im Bereich der frühen Förderung entsteht in Langenthal und der Region ein Ort für Familien. Es soll zudem ein breites Angebot an Veranstaltungen und Angebote für Familien mit vielseitigen Schwerpunkten aus den Bereichen Bildung, Integration, Freizeit, Beratung und Kultur entstehen. Für die Kinder werden altersgerechte Spiel- und Freizeitaktivitäten angeboten, die möglichst kostengünstig genutzt werden können. Dabei ist die Förderung der Kinder das zentrale Ziel dieser Angebote. Spezifische Vater-Kind- und Mutter-Kind-Angebote oder auch Grosseltern-Kind-Angebote sollen zur Förderung der Bindung in der Familie beitragen. Im Familientreff mit Kinderbetreuung bekommen Sorgenberechtigte die Möglichkeit, um dies für eine Verschnaufpause und für den Austausch zu nutzen oder um spezifische Gruppen zu besuchen und sich so eben auch weiterzubilden. Krabbel- und Spielgruppen bieten die Möglichkeit, dass die Kinder früh gemeinsam in einer Gruppe zusammenkommen können, lernen und sich entwickeln können. Die Räumlichkeiten in der Alten Mühle bieten viel Platz für Aktivitäten, Kurs und Beratung und dienen hier als Treffpunkt für Familien an einem sehr zentralen Standort. Neben einem konstanten Angebot wie dem Familientreffpunkt mit Kinderbetreuung finden beispielsweise auch Spiel- und Bastelnachmittage statt. Im Garten der Alten Mühle soll dann ein Spielplatz entstehen und hier neben einer Gartenspielgruppe einfach auch Raum für freies Spielen zulassen.



Angestelltes Fachpersonal unterstützt die Besuchenden mit freiwilligen Engagierten. Die bestehenden Angebote und die Institutionen sollen durch ein vielseitiges und wechselndes Angebot und mit einer kontinuierlichen Präsenz ein breites Zielpublikum ansprechen.

Bei der Zusammensetzung des Angebots wird auf einen Mix von Fachstellen und zivilgesellschaftlich gewachsenen Angeboten und Gruppen gesetzt. Die teilnehmenden Organisationen bieten ein Kurs- und Weiterbildungsprogramm für Eltern mit verschiedenem Inhalt an, wozu ich bereits einige Beispiele aufzählte. Es finden somit beispielsweise nebst diesen Schwangerschaftskursen auch Angebote zu Themen wie Erziehung oder auch Ernährung statt. Die alte Mühle bietet zudem auch Platz zur Umsetzung eigener Ideen und Initiativen aus der Zivilbevölkerung. Sie sehen hier, wie dies angedacht ist und wie es in etwa prozentual aufgeteilt werden soll. Interessierte Personen bekommen dabei die Möglichkeit eigene Angebote, Plattformen, Gruppen oder Kurse zu ganz spezifischen Themen zu organisieren. Das Zentrum wird professionell geführt, stellt Ressourcen für Aktivitäten zur Verfügung und organisiert – falls Lücken festgestellt werden – auch eigene Angebote.

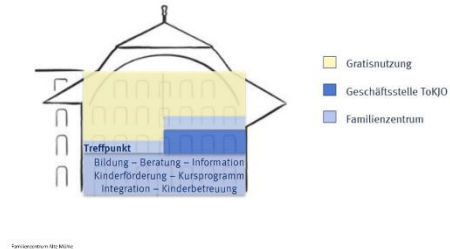
Zusammensetzung der Angebote:





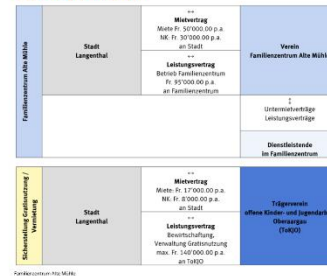
Die Umsetzung dieses Pilotprojekts gestaltet sich folgendermassen: Wenn wir dabei von einem Pilot reden, so geht es um fünf Jahre, die für diese Testphase angedacht sind. Die räumliche Umsetzung ist hier einfach und grobschematisch dargestellt. Sie fanden in den Unterlagen einen detaillierten Plan vor, wie die Räumlichkeiten hier in diesem Gebäude aufgeteilt werden sollen. Sie sehen nun, dass sich die Nutzung der Alte Mühle zusammen mit der Gratisnutzung in drei Bereiche aufteilen lässt. Dabei haben wir einerseits das Familienzentrum, das einen Teil der Räumlichkeiten belegen würde und andererseits aber auch die Geschäftsstelle von ToKJO, die mit dem Zustandekommen dieses Projekts ihre Geschäftsstelle in die Alte Mühle verlegen würde. Daneben gibt es dann weiterhin Räumlichkeiten, die zur Gratisnutzung zur Verfügung gestellt werden müssen.

Räumliche Umsetzung



Die Vertragsparteien zu diesem Projekt gestalten sich dementsprechend folgendermassen: Wir haben die bereits zuvor genannten Parteien; das heisst, wir haben einerseits den Verein Familienzentrum Alte Mühle, der seit Ende August 2024 besteht. Wir haben weiter den Trägerverein «Offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau» ToKJO, der hier in die Liegenschaft ziehen würde und daneben geht es eben wie gesagt auch um Sicherstellung der Gratisnutzung, die in dieser Grafik ebenso entsprechend berücksichtigt ist. Dadurch ergibt sich einerseits ein Verhältnis zwischen der Stadt Langenthal und dem Familienzentrum und andererseits auch zwischen der Stadt Langenthal und dem Trägerverein «Offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau».

Vertragsparteien



Beim ersten Vertragsverhältnis hätten wir einerseits einen Mietvertrag, durch die Stadt Langenthal vom Verein Familienzentrum eine Miete von jährlich Fr. 50'000.00 sowie einen Nebenkostenanteil pro Jahr von Fr. 30'000.00 bekommen würde. Die Stadt wiederum würde die Leistungen, die der Verein Familienzentrum hier mit dem Führen des Zentrums in der Alten Mühle erbringt, mit einem Leistungsvertrag in der Höhe von Fr. 95'000.00 pro Jahr abgelteten. Dies würde einerseits Fr. 45'000.00 beinhalten, die man für die Leistungserbringung im Familienzentrum zahlen würde, und andererseits wäre dabei noch ein Mietbeitrag von Fr. 50'000.00 vorgesehen, was dann quasi zu einem Nullsummenspiel führt. Wir entschieden uns bewusst dafür, dass wir dies hier offenlegen und eben klarmachen, dass wir in diesem Leistungsvertrag diese Fr. 50'000.00 aufführen, die uns das Familienzentrum dann anschliessend wieder als Miete abgeltet. Wir machten dies deshalb so, weil Stiftungen an solchen Projekten wie diesem Familienzentrum Alte Mühle sehr interessiert sind und dafür auch Geld sprechen, wenn die öffentliche Hand ein solches Projekt unterstützt. Je grösser natürlich die Unterstützung der öffentlichen Hand ausfällt, desto grösser ist die Signalwirkung, wodurch sich eben auch die Unterstützungswürdigkeit für Stiftungen erhöht. Deshalb entschieden wir uns dafür, diesen Beitrag von Fr. 95'000.00 sowie den Beitrag an die Miete durch die Stadt klar offenzulegen.



Daneben hat der Verein Familienzentrum natürlich auch die Möglichkeit, seinerseits in Bezug auf das Thema Familienzentrum Untermietverträge eingehen zu können. Das wäre dann beispielsweise mit der Mütter- und Väterberatung des Kantons Bern so, die ihren Standort fix in die Alte Mühle verlegen und dabei eben ein solches Untermietverhältnis mit dem Verein Familienzentrum Alte Mühle eingehen würde. Das zweite Vertragskonstrukt hätten wir dann zwischen der Stadt Langenthal und ToKJO. Hier haben wir ein kommerzielles Mietverhältnis, indem uns ToKJO für die Räumlichkeiten, aufgrund der Verlagerung der Geschäftsstelle von der Talstrasse in die Alte Mühle, eine Miete von jährlich Fr. 17'000.00 sowie einen Nebenkostenanteil von jährlich Fr. 8'000.00 zahlen würde. Wir würden ausserdem für die Bewirtschaftung und die Verwaltung der Gratisnutzung, die wir ja zur Verfügung zu stellen haben, einen Leistungsvertrag mit ToKJO abschliessen. Darin enthalten wäre andererseits aber auch für die Hauswartung, die dabei zu übernehmen wäre und jährliche Kosten von maximal Fr. 140'000.00 mit sich bringen würde.

Gerne erkläre ich an dieser Stelle noch etwas ausführlicher, wie sich dieser Betrag über Fr. 140'000.00 zusammensetzt. Wir sehen dabei einerseits ein Kostendach von maximal Fr. 110'000.00 pro Jahr für die Bewirtschaftung und die Hauswartung der Liegenschaft vor. Bisher wurden diese Aufgaben ja von verschiedenen Parteien übernommen. Wir möchten dies nun im Rahmen dieses Projekts in eine Hand übergeben, sodass dann nur noch eine Stelle dafür verantwortlich ist. Es ist natürlich so, dass dabei selbstverständlich nur die effektiven Aufwendungen in Rechnung gestellt und vergütet werden, weshalb auch dieses Kostendach von maximal Fr. 110'000.00 pro Jahr festgelegt wird. Dies machen wir auch deshalb so, weil es aktuell keine Erfahrungswerte gibt, was es für diese Form der Nutzung der Alten Mühle überhaupt braucht. Es handelt sich hier um eine neue Situation mit zwei ständigen Mietparteien, dem Familienzentrum und ToKJO, die wie zuvor ausgeführt eine Miete und den entsprechenden Anteil an die Nebenkosten zahlen. Andererseits lehnen sich die restlichen maximal Fr. 30'000.00, die ebenso als Kostendach definiert wurden, an die jetzige Situation an, wonach ja die Haslibrunnen AG bislang für die Verwaltung der Gratisnutzung verantwortlich war und wir die bisherigen Kosten dafür entsprechend übernehmen. So kommen dann Jahreskosten von maximal Fr. 140'000.00 im Rahmen dieses Kostendachs zustande.

Um diese Liegenschaft Alte Mühle an neue Mietparteien übergeben zu können, egal ob es sich dabei um das Familienzentrum handelt oder nicht, aber auch, damit es nachher auch effektiv als Familienzentrum genutzt werden kann, braucht es bauliche Massnahmen. Dabei geht es beispielsweise um eine Absturzsicherung, zu der wir schon lange verpflichtet wären, diese einzubauen. Sie sehen hier in dieser tabellari-schen Auflistung aber auch noch, was ansonsten dazu gehören würde wie beispielsweise Elektro- oder Malerarbeiten oder Umgebungsarbeiten. Wir sehen auch einen Betrag für das Baubewilligungsverfahren vor, weil auch der Einbau von Trennwänden vorgesehen ist, was Sie unter Punkt 3 aufgeführt sehen, damit man hier eben sogleich eine Mütter- und Väterberatung fix ansiedeln kann. Solche Veränderungen benötigen bei solch einem Gebäude ein Baubewilligungsverfahren. Ich möchte dazu nochmals betonen, dass in diesem Gebäude so oder so bauliche Massnahmen angezeigt sind, egal in welche Nutzung man die Alte Mühle überführen wird. In diesem Rahmen, damit nachher die Voraussetzungen für ein Familienzentrum gegeben sind, sehen wir somit bauliche Massnahmen von rund Fr. 190'000.00 vor, die hier einmalig zu investieren wären.

Kosten Bewirtschaftung und Verwaltung Gratisnutzung

Kostendach Bewirtschaftung
maximal Fr. 110'000.00 p.a.

- Während bisher verschiedene Parteien die Alte Mühle bewirtschafteten, soll neu alles aus einer Hand kommen.
- Effektiv vergütet werden nur die tatsächlichen Aufwendungen.
- Grund für das Kostendach ist, dass aktuell keine Erfahrungswerte dieser Nutzung der Alten Mühle vorliegen.
- Es handelt sich um eine neue Situation mit zwei ständigen Mietparteien. Diese bezahlen Mietzins und Anteile an die Nebenkosten.

Kostendach Verwaltung Gratisnutzung
maximal Fr. 30'000.00 p.a.

- Gleicher Betrag wie aktuell der Haslibrunnen AG für diese Dienstleistung bezahlt wird.

Familienzentrum Alte Mühle

Bauliche Massnahmen

Beschrieb	Kosten inkl. MWST.
1 Absturzsicherungen	Fr. 20'000.00
2 Schreinerarbeiten, Einbau von Akustikdecken	Fr. 45'000.00
3 Innere Metallglastrennwände	Fr. 50'000.00
4 Elektroarbeiten	Fr. 15'000.00
5 Malerarbeiten	Fr. 15'000.00
6 Umgebungsarbeiten	Fr. 25'000.00
7 Baubewilligungsverfahren	Fr. 4'000.00
8 Unvorhergesehenes	Fr. 16'000.00
Total Kosten inkl. MWST	Fr. 190'000.00

Ein Teil dieser baulichen Massnahmen müssen auch umgesetzt werden, wird die Alte Mühle in eine andere Nutzung überführt.

Familienzentrum Alte Mühle



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass der Bedarf für ein Familienzentrum klar gegeben ist und die Idee eines niederschweligen Kompetenzzentrums am Standort Alte Mühle von zahlreichen Institutionen und Organisationen der Region Langenthal unterstützt wird. Ich sehe hier heute Abend auch einige Vertreter:innen dieser unterstützenden Organisationen im Publikum sitzen. Dass unsere Zeit mit veränderten, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder der zunehmenden Mobilität und Individualisierung dafür sorgt, dass soziale Netze brüchiger werden und weniger verlässlich erscheinen, und deshalb solch niederschwellige Begegnungsorte und Beratungsstellen mit einer ausgeprägten Willkommenskultur immer wichtiger werden, erkennen auch zahlreiche Stiftungen, was ich zuvor bereits antönte. Diese sind bereit, mit beachtlichen Beiträgen solche Projekte zu unterstützen, gerade auch dann, wenn diese Unterstützung auch seitens der öffentlichen Hand erfolgt. Und dies wäre auch hier bei diesem Familienzentrum Alte Mühle der Fall.

Das Pilotprojekt hat mit der Umsetzung in der Alten Mühle einen starken Standort. Es soll hier drinnen wieder wimmeln und dauerhaft lebendig zu und her gehen. Zudem steigern das Angebot und der Mehrwert dieses Projekts die Attraktivität unserer Stadt als Wohnort von regionaler Bedeutung.

Vision



Familienzentrum Alte Mühle

Mit einem Familienzentrum in der Alten Mühle ermöglicht die Stadt ausserdem, dass der kostenintensive Leerstand dieser Liegenschaft Alte Mühle beendet und die Effizienz der für dieses Gebäude eingesetzten finanziellen Mittel gesteigert werden können. Ebenso führt es dazu, dass die Langenthaler Bevölkerung an einem zentralen Ort ein attraktives Angebot im Bereich der frühen Förderung bekommt, dass ein Teil der Liegenschaft kommerziell vermietet werden kann und mit dieser angedachten Umsetzung die Liegenschaftsbewirtschaftung gesichert ist. Damit ist auch gewährleistet, dass die von der Bevölkerung gewollte Gratisnutzung von Räumen in der Alten Mühle weiterhin bestehen bleibt und dass – last but not least – langfristige Folgekosten in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Hand durch dieses Angebot in diesem Familienzentrum gesenkt werden können. Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und bin nun sehr gespannt auf eine angeregte Diskussion.

Mit einem Familienzentrum in der Alten Mühle ermöglicht die Stadt Langenthal,

- dass der kostenintensive Leerstand der Alten Mühle beendet und die Effizienz der eingesetzten finanziellen Mittel gesteigert wird.
- dass die Langenthaler Bevölkerung an einem zentralen Ort ein attraktives Angebot im Bereich der frühen Förderung und Familie nutzen kann.
- dass ein Teil der Liegenschaft kommerziell vermietet werden kann. Und dadurch die Liegenschaftsbewirtschaftung gesichert ist.
- dass die von der Bevölkerung gewollte Gratisnutzung von Räumen in der Alten Mühle weiterhin möglich bleibt.
- dass langfristig Folgekosten in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Hand gesenkt werden können.

Familienzentrum Alte Mühle

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci vielmals für die ausführliche Berichterstattung, Martina Moser. Wir fahren fort und nun hat die Geschäftsprüfungskommission das Wort.

GPK-Sprecher, Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK hörte im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzung den Ausführungen der zuständigen Gemeinderätin Martina Moser zu und stellte ihr eine Serie an Fragen. Die erste Frage bezog sich auf die Akten. An der Informationsveranstaltung wurde bereits ein Aktenbegehren gestellt, respektive man fragte, ob dann auch eine bestimmte Anzahl an Dokumenten zur Verfügung stehen? Darauf wurde geantwortet, dass diese Akten im Moment nicht aufgelegt sind, aber dass die Vollständigkeit dieser Akten aus Sicht des Gemeinderates grundsätzlich gegeben ist. Dies wurde dann auch von der Leiterin des zentralen Rechtsdienst bestätigt. Man stellte dann als Begründung der Nachfrage für die Akten die Frage, wie es von diesen Fr. 30'000.00, die sich vormals in den aufgelegten Akten vorfanden, zu diesen Fr. 110'000.00 plus diesen Fr. 30'000.00 und somit insgesamt Fr. 140'000.00 an Kosten für die Hauswartung



und Bewirtschaftung kam, da man diese Beschlusspunkte nicht nachvollziehen konnte? Dazu wurde geantwortet, dass sich dies aus der Entwicklung des Projekts ergab. Es wurde gefragt, weshalb in dem einen Dokument mit Kosten von Fr. 250'000.00 operiert wurde, in einem anderen aber von Fr. 240'000.00 die Rede ist? Darauf lautete die Antwort, dass die korrekte Summe Fr. 240'000.00 umfasst, wonach diese Fr. 250'000.00 aus einem früheren Projekt gestammt haben müssten. Danach ging es erneut um die Kosten für die Hauswartung der Gratisnutzung. Für die allgemeine Nutzung vereinbarte man damals mit einer dritten Partei, der Haslibrunnen AG, einen Beitrag von Fr. 30'000.00. Nun sollen aber mit dem Verweis auf die Führung des Familienzentrums um Fr. 80'000.00 höhere Kosten veranlagt werden, wonach für diese Differenz aber keine Begründung vorliegt, zumal es in einem normalen Verhältnis die Sache des Mieters ist, dass er selber für das Erhalten und Reinigen der Räumlichkeiten zu seinen eigenen Lasten zuständig ist. Hierauf kam die Antwort, dass die heutige Reinigung zu diesen Kosten aber eher minimal ausfällt und deshalb weitere Kosten für beispielsweise Flachdach-, Zementböden-, Sonnenschirmreinigung etc. eingestellt werden müssen.

Dann ging es auch um den Antrag der Finanzkommission, die eine Kürzung beantragte und der Gemeinderat darauf antwortete, dass dieser Betrag von Fr. 110'000.00 gestützt auf seine Erfahrungswerte notwendig ist. Dabei fragte man sich dann allerdings, wie diese Erfahrungswerte zu begründen sind, weshalb man auch Einsicht in die Akten verlangte. Weiter stellte man seitens der GPK fest, dass die Gratisnutzung auf deutliche weniger Räume, das heisst ungefähr auf die Hälfte reduziert wurde, und von dem her gesehen die Bewirtschaftung der Räume zur Gratisnutzung weniger Kosten verursachen sollten. In der anschliessenden Diskussion wies Gemeinderätin Martina Moser darauf hin, dass nach Möglichkeit auch Räume, die im Rahmen der Mietverhältnisse konkreten Mietern zugewiesen sind, für die Gratisnutzung gebraucht werden könnten. Daneben ging es auch noch um die Vorlage der Mietverträge, wozu man uns informierte, dass diese noch nicht vorliegen. Die Leiterin des zentralen Rechtsdienstes wies dazu noch daraufhin, dass es im Rahmen der Gesetzgebung üblich ist, dass das Parlament das Gesetz verabschiedet und die Regierung dann die entsprechende Verordnung erlässt. So wurde auch noch die Frage gestellt, ob Informationen über vergleichbare Familienzentren vorliegen? Dazu verwies Gemeinderätin Martina Moser auf das Generationenhaus in Bern und stellte fest, dass der Kanton Bern im Jahr 2021 einen Familienbericht veröffentlichte und damit den Anstoss zur Gründung von Familienzentren in den Gemeinden verband. Sodann erkundigte sich ein GPK-Mitglied nach der Begründung, weshalb die Baukosten von Fr. 235'000.00 auf Fr. 190'000.00 reduziert wurden? Die Antwort war, dass die Projektgruppe im Auftrag des Gemeinderates wie auch in Absprache mit dem Verein Familienzentrum diesen Betrag um das Mögliche reduzierte. In der letzten Frage in dieser Besprechung Rahmen ging es darum, ob noch weitere Kosten und Investitionen zu erwarten sind, wobei man explizit auf die Homepage des Familienzentrums verwies? Gemeinderätin Martina Moser verneinte dies, wonach es nicht zu weiteren Kosten kommen wird und die Kosten für die Homepage durch den Verein selber getragen werden. Das waren die Fragen der GPK, so wie sie auch beantwortet wurden.

Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion bestritt die GPK – ohne Vorliegen der entsprechenden Akten – die formelle Richtigkeit dieser Vorlage. Somit wurde dem widersprochen und es wurde festgestellt, dass die Berechnung auf Seite 22 und 23 des B&A des Gemeinderates nur schwierig nachvollziehbar und wahrscheinlich falsch ist. Daraufhin erstellte die GPK eine Liste von Unterlagen, worauf ich verzichte, diese hier aufzuzählen. Alle Stadtratsmitglieder erhielten dies im Rahmen eines Mails mitgeteilt. Sodann beschloss die GPK bei Abwesenheit eines Mitglieds mit 3 Ja gegenüber 3 Nein bei Stichentscheid des Präsidenten, dass die formelle Richtigkeit dieser Vorlage nur unter dem Vorbehalt erfolgt, sofern die verlangten Unterlagen dem Stadtrat im Rahmen der Aktenauflage rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Darauf passierte eine Zeitlang nichts. Am vergangenen Mittwochabend, und somit mehr als eine Woche später, stellte der Gemeinderat einen Teil der verlangten Akten zuerst der GPK und anschliessend via Stadtratssekretariat allen Mitgliedern des Stadtrats zur Verfügung. Sodann führte die GPK am vergangenen Freitagnachmittag eine ausserordentliche Sitzung durch. Anlässlich dessen lehnte sie die formelle Richtigkeit der Vorlage mit 4 zu 3 Stimmen ab und beschloss, heute Abend – was ich hiermit im Namen der GPK auch mache – den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäfts zu stellen, dies gestützt auf Art. 21, Ziff. 2 der Geschäftsordnung. Zur Begründung, weshalb die formelle Richtigkeit in Frage gestellt wurde, wurden folgende Punkte angeführt,



wonach die Berechnungen auf Seite 22 und Seite 23, vor allem nachdem die weiteren Unterlagen eingingen, klar falsch sind. In diesen Berechnungen wird darauf hingewiesen, dass die Stadt mit diesem Familienzentrum finanziell weniger belastet wird, als wenn sie es nicht betreibt. Dass dies falsch ist, sieht man anhand einer Aktennotiz vom 19. November 2024, die die Projektgruppe Familienzentrum Alte Mühle nachlieferte und darin darlegte, dass zusätzliche Hauswartkosten aufgrund des Familienzentrums nötig sind. Somit fallen die Kosten ohnehin höher aus, wenn dieses Familienzentrum realisiert wird. Weiter fehlten in diesem Vergleich auch die Finanzfolgekosten, da diese gemäss der Struktur der Vorlage nur dann eintreten, wenn das Familienzentrum auch tatsächlich gutgeheissen wird. Ansonsten geht es hier um ein anderes Geschäft, das Fr. 10'000.00 ausmacht. Und es wurde Einnahmen eingestellt, obwohl in beiden Vergleichsrechnungen derselbe Personalaufwand ausgewiesen wurde, die Stadt aber nur in einer Variante zusätzliche Mietzinseinnahmen erzielen könnte. Dies taxierte man als unrealistisch oder beziehungsweise sah es als Vergleich von Äpfeln mit Birnen an. Als zweiter Punkt komme ich zu den Akten und deren Vollständigkeit. In seinem Mail hielt der Gemeinderat fest, was eigentlich allen Stadtratsmitgliedern vorliegen sollte, dass es ihm wichtig ist zu unterstreichen, dass nach seiner Beurteilung die aufgelisteten Unterlagen für dieses traktandierte Geschäft nicht direkt relevant sind und deshalb auch nicht Bestandteil der Grundlagenakten waren. Es handelt sich nach der Meinung des Gemeinderates um eine neue Situation mit zwei ständigen Mietparteien und einer völlig neuen Nutzung. Aus diesem Grund wird der jährliche Betrag von Fr. 140'000.00, der als Kostendach in zwei Teilbeträgen von Fr. 110'000.00 für die Hauswartung und Fr. 30'000.00 für die Bewirtschaftung der Gratisnutzung aufgestellt wurde, als richtig angesehen. Der Gemeinderat hält dabei noch einmal fest, dass die effektiven Vergütungen nur gemäss den tatsächlichen Aufwendungen erfolgen werden.

Wieso war die GPK mit dieser Erklärung nicht einverstanden? Erstens waren im Bericht & Antrag des Gemeinderates Unterlagen aufgeführt, die dem Gemeinderat als Grundlage für dieses Geschäft dienten, hingegen in den Stadtratsakten fehlten. Zweitens erlaubten es die fehlenden Unterlagen, diesen offensichtlichen Berechnungsfehler zu erkennen, zu belegen und zu erhärten. Damit war dann eben drittens die Feststellung nötig, dass die Akten nicht vollständig vorlagen und zu spät zur Verfügung gestellt wurden und dadurch den Fraktionen kaum eine Vorbereitung möglich war. Dann diskutierte man auch noch eine weitere Frage, die sich aufgrund dieser speziellen Konstruktion ergibt, indem man ein Dreiparteien-Verhältnis erstellte. In Zukunft würde es demnach einen Verein ToKJO geben, der diese Hauswartleistungen erbringt und diese der Stadt entgeltlich zur Verfügung stellt. Somit zahlt die Stadt für diese Hauswartleistungen. Nach dieser Aktennotiz, die die Projektgruppe Familienzentrum Alte Mühle erstellte, wird ein Teil dieser Kosten dem Familienzentrum zur Verfügung gestellt, weil diese Kosten eben den Betrieb dieses Familienzentrums überhaupt ermöglichen. Dazu sind nirgends entsprechende Einnahmen ausgewiesen, sodass es dementsprechend um einen Verzicht auf Einnahmen gemäss Art. 6, Abs. 4, Ziff. 7 der Stadtverfassung handelt. Solche Verzichte sind bei der Festlegung der Kreditsummen in die Ausgabenberechnung einzubeziehen. Das war somit ein weiterer Punkt, der innerhalb der GPK kontrovers diskutiert wurde. Ich wiederhole somit, dass am Ende eine Mehrheit der GPK die formelle Richtigkeit in Frage stellte. Die Mehrheit entschied dann aber, dass sie dieses Geschäft gestützt auf Art. 21, Ziff. 1 nicht von der Traktandenliste streichen lässt, sondern dass sie heute den Mitgliedern des Stadtrats diese Rückweisung beantragt, sodass der Stadtrat entscheiden kann, ob für ihn das Geschäft ausreichend vorbereitet wurde, damit er darüber beschliessen kann. Dieser Entscheid erfolgte namentlich auch mit Blick auf den Schutz oder den Respekt gegenüber der Minderheit in der GPK. Damit schloss ich meine Berichterstattung ab.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Bevor wir wie gewohnt mit der Debatte weiterfahren, behandeln wir natürlich zuerst diesen Rückweisungsantrag der GPK. Wir gehen dabei in der üblichen Reihenfolge vor, wobei Ihr in Euren Voten bereits auch schon inhaltlich zum Geschäft Stellung nehmen könnt, wenn es Euch dient, um damit auf den Rückweisungsantrag Bezug zu nehmen, sei es ablehnend oder befürwortend. Welcher Fraktion darf ich das Wort geben, um zum Rückweisungsantrag Stellung zu nehmen?

FDP/jil-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Ich möchte gerne einen Antrag für einen kurzen Sitzungsunterbruch stellen.



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wie lange soll dann dieser Unterbruch dauern?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Für 5 Minuten.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Dann wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

(Die Sitzung wird für rund 5 Minuten unterbrochen)

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, nun fahren wir mit der Beratung weiter. Welcher Fraktion darf ich nun das Wort erteilen, insbesondere zu diesem Rückweisungsantrag der GPK?

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Die SVP-Fraktion wird einstimmig dem Antrag der GPK auf Rückweisung Folge leisten. Ich nenne dazu nur einen Punkt, da auch in unserer Fraktionssitzung die Faktenlage der Kostenaufstellung ganz klar gerügt wurde. Infolgedessen werden wir den Antrag so unterstützen. Danke.

SP/GL-Fraktion, Linus Rothacher (SP): Ich spreche wie bereits gesagt als Sprecher der Fraktion und nicht als GPK-Mitglied, damit dies an dieser Stelle vermerkt ist. Als Erstes möchte ich dem Gemeinderat, dem Sozialamt und allen involvierten Playern für ihre Arbeit danken. Die SP/GL-Fraktion ist höchst erfreut darüber, dass in Langenthal endlich wieder einmal ein Leuchtturm-Projekt realisiert werden könnte. Sie wird entsprechend auch alles dafür machen, dass das Projekt zum Erfolg kommt. Ich werde hier primär zum GPK-Antrag reden, zumal wir auf den Inhalt unter Umständen noch später zu reden kommen. Zum Antrag der GPK ist zu sagen, dass die Fraktion diesen so gut, wie dies eben aufgrund des Zeitdrucks überhaupt möglich war, diskutierte. Mit der Begründung, die dieser ganzen Übung zu Grunde liegt und vom GPK-Sprecher ausgeführt wurde, haben wir doch grosse Schwierigkeiten. In der Vorbereitung zu unserer heutigen Sitzung wurden uns sämtliche Akten per Versand zugestellt. Wir konnten uns zudem an einem Informationsanlass mit dem Inhalt dieses Geschäfts frühzeitig befassen und auf Anliegen der GPK wurden uns allen zusätzliche Akten zur Verfügung gestellt.

Wie Ihr alle dem B&A und vorher den Äusserungen der Gemeinderätin Martina Moser entnehmen konntet, liegt dem Gebrauch der Räumlichkeiten in der Alten Mühle durch den Verein Familienzentrum ein Mietverhältnis zu Grunde. Der Verein Familienzentrum zahlt jährliche Miete und Nebenkosten in der Höhe von Fr. 80'000.00. In dem Sinn liegt eine Gegenleistung für den Gebrauch der Räumlichkeiten, als auch für die damit verbundenen, dem Mieter zukommenden Hauswartarbeiten vor. Es kann also keine Rede davon sein, dass hier ein Beitrag der Stadt Langenthal in Form eines geldwerten Vorteils vorliegt, wie ich dem einmal sage, die eine weitere Grundlagenabklärung erforderlich machen würde. Weiter konnten wir hier alle auch zur Kenntnis nehmen, dass im Vorfeld zur heutigen Sitzung bereits zahlreiche materielle Anträge zum vorliegenden Geschäft die Runde machten, was doch auch ein Beleg dafür ist, dass sehr wohl eine inhaltliche Diskussion mit dieser Aktenlage möglich ist. Wir Ihr seht, kann man die ganze Sache auch anders beurteilen und man dies, was hier nun von der GPK moniert wurde, auch an dieser Stelle anders betrachten kann. So weise ich hier gerne nochmals darauf hin, was Diego Clavadetscher im GPK-Votum sagte, wonach die Entscheidungen äusserst knapp ausfielen, respektive in einem Fall sogar erst mit Stichentscheid des Präsidenten so erfolgten. Mit dem Familienzentrum hat Langenthal, wie ich es bereits eingangs erwähnte, seit langem wieder eine Chance, ein Projekt auf die Beine zu stellen, dass Menschen aus allen Bevölkerungsschichten etwas bringt und auch über Langenthal hinaus ausstrahlt. Jetzt kann man zu diesem Familienzentrum eine andere Meinung haben. Wenn man das Gefühl hat, dass diese ganze Übung zu teuer ist, oder wenn die Idee eines Familienzentrums der eigenen familienpolitischen Werten widerspricht, ist dies etwas, was man hier vertreten kann. Für das sind wir ja auch heute Abend hier; nämlich über Sinn und Unsinn dieses Projektes zu reden. Wie bereits erwähnt machten sich ja bereits zahlreiche Kolleginnen und Kollegen basierend auf der bestehenden Aktenlage Gedanken zu diesem Geschäft und formulierten dabei auch Anträge, was es doch verdient, dass wir heute Abend über die Sache reden können. Im Namen der SP/GL-Fraktion teile ich hier mit, dass wir diesen GPK-Antrag einstimmig ablehnen werden. Die Verwaltung bereitete uns dieses Geschäft sauber vor, die Grundlagen liegen vor und wir als Stadtrat sollten nun auch unsere dementsprechende Rolle wahrnehmen. Machen wir den Weg frei für eine inhaltliche Diskussion, reden wir über die Sache. Merci für das Zuhören.



GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Ich werde mich an dieser Stelle auch nur zum GPK-Antrag äussern, inhaltlich werden wir uns bei Bedarf dann nochmals melden. Wir sind der Meinung, dass wir uns mit den vorhandenen Akten mit diesem Geschäft gut auseinandersetzen und gut darauf vorbereiten konnten. Deshalb werden wir den GPK-Antrag einstimmig ablehnen, weil wir der Meinung sind, dass wir nun über diese Sache reden müssen. Wenn es Gründe gibt, dass man dies nicht will, kann man dies bei der inhaltlichen Diskussion sagen und nicht via Reglement.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Möchte sich noch die FDP7jll-Fraktion zu Wort melden? Nein. Gut. Seid Ihr sicher? Okay. So kommen nun allfällige Einzelsprecher:innen zu Wort? Wer möchte sich zu diesem GPK-Antrag äussern?

Patrick Freudiger (SVP): Es ist bereits eine Zeitlang her, dass ich nicht mehr Mitglied der GPK bin. Ich hörte nun den Ausführungen des GPK-Sprechers interessiert zu. Die logische Folge, was er nun nicht sagte und ich zuhanden des Protokolls an dieser Stelle festhalte, ist, dass, wenn man die Art und Weise des Aktenversands als formell unkorrekt kritisiert, dieser Verfahrensfehler gemäss Art. 49a des Gemeindegesetzes natürlich explizit zu rügen ist, was ich hiermit auch mache. Aber ich trat nicht wegen dieser formellen Rüge an das Mikrofon, sondern weil ich versuche, mir jetzt diese Situation konkret vorzustellen. Nun hat man hier ein Geschäft, und ich sage dies nun so, das offensichtlich noch unbedingt in dieser Legislatur vor den Stadtrat kommen muss und es offenbar schnell gehen muss. Und nun haben wir die Geschäftsprüfungskommission, die substantielle Argumente vorbrachte, warum dies formell nicht korrekt ist. All diejenigen, denen es im Moment mit der Verabschiedung dieses Geschäfts nicht schnell genug gehen kann, frage ich, ob Ihr denn sicher seid, dass Ihr Euch mit dieser Strategie einen Gefallen macht?

Ich bin nun seit 20 Jahren im Stadtrat und es kommt extrem selten vor, dass sich das Parlament gegen einen Hinweis der GPK auf eine rechtlich falsche Vorbereitung stellt, und um nicht anderes geht es hier. Ich erinnere mich, dass man einst beim Stadttheater solche Bedenken in den Wind schlug. Aber damals war das einzige Bedenken der GPK, dass man keine Variantenabstimmung vornahm. Das kann man so sehen, aber kann man auch nicht so sehen. Aber hier geht es um einen substantiellen Vorwurf, dass dieses Geschäft rechtlich nicht korrekt vorbereitet wurde. Deshalb frage ich nochmals, ob Ihr sicher seid, dass Ihr Euch einen Gefallen macht, wenn Ihr das Geschäft heute durchpauken wollt? Ich erinnere einfach daran, dass es eine Beschwerdefrist gibt und solche Verfahren dauern dann je nach Instanz zwischen einem halben und zwei Jahren. Ich bin nicht so sicher, ob die Damen- und Herrschaften hier im Publikum zwei Jahre Zeit haben um abzuwarten, ob dann dieses Geschäft, das wir heute verabschieden, tatsächlich rechtlich korrekt ist. Ihr riskiert einfach einen Schiffsbruch, wenn Ihr hier sehenden Auges in Kenntnis einer substantiierten Rüge der GPK einfach sagt, dass Euch das egal ist und Ihr das einfach genehmigen wollt.

Auf der anderen Seite wird nun das Parlament erstmals mit diesen rechtlichen Bedenken konfrontiert. Der nachträgliche Aktenversand traf sehr spät ein und heute hören wir zum ersten Mal von diesen rechtlichen Bedenken. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, wenn man jetzt sagt, dass dies nun etwas kurzfristig passiert, um sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden, inwieweit dies rechtlich zutreffend ist oder nicht. Ich beantrage dabei nun keinen Sitzungsunterbruch, da wir den ja soeben hatten. Aber vor dem Hintergrund und gemäss den Absprachen, die ich vorher mit den Kolleginnen und Kollegen treffen durfte, würde ich Ihnen beliebt machen, jetzt anstelle einer Beschlussfassung über die rechtliche Richtigkeit eine 2. Lesung einzulegen. Warum schlage ich das vor? Damit müsste man über den jetzt gestellten GPK-Antrag nicht heute beschliessen. Vielmehr hätte der Gemeinderat dadurch die Möglichkeit, dieses eben mutmasslich fehlerhafte Geschäft zu heilen, damit in der 2. Lesung vollständige Akten vorliegen, die auch in der ganzen Vorbereitungszeit geschäftsordnungsgemäss aufliegen. Man könnte sich gleichzeitig auch mit dieser Rüge auseinandersetzen und man hätte auch die Möglichkeit, das Reglement gegebenenfalls nachzuschärfen. Gerade wenn es um wiederkehrende Leistungen geht, die eine reglementarische Grundlage benötigen, könnte man dies nachschärfen. Man könnte diese Mängel heilen, um dann in der 2. Lesung quasi ohne formellen Ballast über die Sache zu reden, so wie es Fabian Fankhauser zuvor sagte.



Nach meiner Erfahrung wäre ich eigentlich der Meinung, dass dies nicht ein halbes Jahr dauern muss, bis man diese Debatte führen könnte, sondern dass man vielleicht bereits im März des nächsten Jahres über dieses Geschäft diskutieren könnte. Vorteilhafterweise würde man dann zur Beschleunigung den Antragstellenden – wir wissen, dass Anträge zur Sache vorliegen – die Gelegenheit geben, ihre Anträge zur Sache auch bereits heute stellen zu können. Wir könnten diese heute debattieren und der Gemeinderat könnte dies dann auch in die weitere Überarbeitung zur Aufbereitung des Geschäfts für die 2. Lesung einfließen lassen. Damit soll auch verhindert werden, dass man mit guten Ideen in die 2. Lesung kommt und man erst dann feststellen muss, dass man dies doch lieber bereits zuvor diskutiert hätte, um es noch retten zu können. Es geht deshalb auch nicht darum auf Zeit zu spielen. Deshalb würde ich beliebt machen, dass die gesamte Diskussion formell und in der Sache von A bis Z heute zu führen ist, aber am Schluss festzuhalten, dass das Geschäft in zwei Lesungen beraten wird. Das bedeutet, dass wir heute weder über Auflagen beschliessen, noch eine Schlussabstimmung durchführen. Ebenso würden wir auch nicht über den Antrag zur formellen Richtigkeit abstimmen, weil dieser Antrag idealerweise gegenstandslos würde, nachdem der Gemeinderat das fehlerhafte Geschäft mit Blick auf die 2. Lesung heilte. Ich stelle somit den Antrag auf 2. Lesung. Ich würde mich über Ihre Unterstützung freuen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Einzelsprecher:innen?

Roland Loser (SP): Es wird uns hier bereits wieder mit irgendwelchen juristischen Winkelzügen oder mit Einsprachen gedroht. Klar hat die GPK hier Bedenken angemeldet, aber wir hörten ja, dass dies im ersten Durchgang mit Stichentscheid des Präsidenten so beschlossen wurde und auch bei der zweiten Abstimmung fiel das Resultat mehr oder weniger genau gleich aus und somit eben sehr, sehr knapp. Man kann dazu definitiv unterschiedlicher Meinung sein. Ich glaube nicht, dass uns irgendetwas fehlte, um hier heute Abend einen Entscheid zu treffen. Und ich möchte dies auch noch kurz begründen. Wir haben in diesem Antrag auf der einen Seite gewisse Beträge zur Miete und auch zu anderen Bereichen, die ich nicht alle aufzählen möchte, die immer als Maximalbeträge ausgewiesen und so in das Budget aufgenommen werden. Auf der anderen Seite gibt es in der kommenden Legislatur eine stabile, bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat, wozu ich Euch gratuliere. Somit gibt es nun eine richtig bürgerliche Mehrheit, nicht so eine, wie anscheinend vorher, mit einem sehr strengen Finanzminister, damit es dann zukünftig keine Larifari-Finanzpolitik mehr in Langenthal gibt, da es doch anscheinend bisher so war. Der Gemeinderat wird dort dann sicherlich sehr gut darauf achten und die Abrechnungen anschauen und auch entsprechend kontrollieren, ob dies alles in Ordnung ist und richtig lief, was dabei verrechnet wurde. Da hoffe ich dann doch schwer, dass Ihr dies von der SVP mit Euren drei Gemeinderäten vollkommen im Griff haben werdet, was dort läuft. Ich begreife diese Angst nicht, die man hier schlussendlich hat; jedenfalls nicht die formelle Angst. Wenn Ihr meinerwegen dagegen seid, so sagt es doch einfach, dass Ihr dagegen seid. Bekämpft es doch bitte inhaltlich und nicht mit solch formalen Winkelzügen. Das finde ich einfach nicht in Ordnung. Merci.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Also das lasse ich mir einfach nicht gerne sagen, dass ich dagegen bin und es hier nicht offenlege, weil es einfach nicht stimmt. Aber man sollte sich vielleicht auch einmal überlegen, wie gross dann noch das Vertrauen aufgrund falscher Zahlen, falsche Berechnungen und fehlender Unterlagen ist, wenn nach fünf Jahren der Bericht vorliegt und man sich fragen muss, ob diese Zahlen und diese ganze Sache überhaupt stimmen. Die GPK ist ein Organ, das rechtlich nachzuweisen hat, ob die Sache in Ordnung ist. Sie sagte uns dabei, auch wenn der Entscheid dazu knapp ausfiel, dass es nicht in Ordnung ist. Und das hat absolut nichts damit zu tun, ob man dieses Familienzentrum will oder nicht. Ich persönlich möchte es und stimme dort auf jeden Fall dafür. Aber für mich geht ein Stückweit auch Vertrauen verloren, weshalb es mir wichtig ist, dass man im Rahmen einer 2. Lesung alles korrekt aufzeigen kann und wir nochmals darüber befinden und dazu Ja sagen können. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Also das Vorgehen ist wie folgt, dass wir so oder so über den Rückweisungsantrag abstimmen und dabei kommt dann raus, was herauskommt. Und danach würde mit der 2. Lesung ein weiterer Antrag im Raum stehen, über den wir abstimmen. Anschliessend fahren wir mit der Debatte fort. Gibt es weitere Einzelsprecher:innen?



Pascal Dietrich (parteilos): Das ist schon gleich zu Beginn dieser Sitzung ein bisschen eine schwierige Situation. Ich möchte aber sogleich auch zu Beginn, wie dies schon Franziska Zaugg machte, Roland Loser widersprechen. Es ist eben gerade nicht so, wie Du uns unterstellst, dass wir es nicht wollen und wir dies nun irgendwie mit formellen Argumenten abzuschliessen versuchen. Das stimmt eben gerade nicht. Mindestens sicherlich für einen Grossteil, und für mich persönlich trifft dies auch nicht zu. Ich freute mich, als ich von dieser Idee eines Familienzentrums hörte und ich glaube auch, dass bereits viel gute Arbeit geleistet und viele gute Vorbereitungen getroffen wurden. Aber es ist eben mit diesen verschiedenen Beteiligten nicht ganz trivial und ich glaube, dass man sogar sagen kann, dass, wenn es um die Alte Mühle geht, nichts einfach ist, was wir in den letzten 20 Jahren zur Genüge so erlebten und man eben auch hier wieder sieht. Ich muss einfach sagen, dass die Geschäftsprüfungskommission unsere einzige vorberatende Kommission dieses Stadtrats ist. Sie schaut sich vorher die Geschäfte formell und materiell gut an.

Wenn Ihr nun einfach sagt, dass Euch gleich ist, was die sagen, dann kommt es auf alle Fälle nicht gut. Dann befinden wir uns auf dem Holzweg. Deshalb – auch wenn es knapp ausfiel – dünkt es mich wichtig, dass wir berücksichtigen müssen, welche Schlüsse die GPK zog. Was der GPK-Sprecher bislang noch gar nicht erwähnte, ist, dass auch mir schon einmal Dinge wie auf Seite 26 des B&A auffallen, bei dem es um die Zuständigkeit geht. Dort wird auf Seite 26 auf der untersten Zeile des obersten Abschnitts gesagt: «Der Betrag liegt gesamthaft bei 1,375 Mio. Franken, also zwischen 1 Mio. Franken und 2 Mio. Franken», um damit die Zuständigkeit zu begründen. Wenn ich dann aber im Beschlussesentwurf die Angaben zusammenzähle, finde ich dort Beträge über Fr. 475'000.00, Fr. 190'000.00 und Fr. 700'000.00. Und das gibt eben nicht 1,375 Mio. Franken, sondern im Total lediglich 1,365 Mio. Franken. Somit stimmen diese Zahlen einfach nicht ganz. Es ging relativ zackig, was ja schön ist und zumindest für Langenthaler Verhältnisse relativ schnell war. Aber es lohnt sich eben vielleicht trotzdem nochmals zwei, drei Monate darüber zu schauen, zumal dies, wie schon Patrick Freudiger sagte, sicherlich nicht nochmals ein halbes Jahr dauern muss. Dabei sollen die GPK-Bedenken ernstgenommen, fehlende Unterlagen nachgeliefert und die Unstimmigkeiten bereinigt werden, um in einer 2. Lesung ein Geschäft vorzulegen, hinter dem dann hoffentlich eine gute und grosse Mehrheit dieses Rates stehen kann und dies dann auch so verabschiedet werden kann. Wenn man dies nicht macht, gibt es einfach Risiken. Man kann dies als Drohungen bezeichnen, aber ich glaube nicht, dass dies Drohungen sind, sondern man macht damit einfach auf gewisse Risiken aufmerksam. Deshalb stellte Patrick Freudiger zuvor auch diesen Antrag auf 2. Lesung, was genau dies ermöglichen würde. Und dies beinhaltet eben, dass man jetzt nicht über diesen Rückweisungsantrag abstimmt, weil man es nicht zurückweisen will, sondern weil man dem Gemeinderat die Chance geben will, um im Rahmen einer zur 2. Lesung diese Sache zu bereinigen und diese Unstimmigkeiten ausräumen zu können. Und dann müssen wir jetzt nicht abstimmen, der Antrag bleibt pendent und wird dann anschliessend idealerweise obsolet, weil dann auf die 2. Lesung hin die GPK sagen kann, dass es jetzt in der Ordnung ist. Um das geht es. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir sind hier anderer Meinung. Wir gehen immer noch davon aus, dass man über diesen Rückweisungsantrag abstimmen muss, weil dieser ja bereits gestellt wurde; es sei denn, dass er von der GPK zurückgezogen wird. Wir können nicht Anträge anderen Anträgen gegenüberstellen. Aber die GPK kann ja jetzt keine Sitzung durchführen. Gibt es weitere Einzelsprecher:innen?

Linus Rothacher (SP): Es gibt nun einfach einen Konflikt mit diesem GPK-Antrag und es fragt sich nun ein bisschen, wie auf diesen eingegangen werden soll? Ich erlaube mir schon darauf einzugehen, was Du Pascal Dietrich sagtest, dass es sehr wichtig wäre, dies nun ernst zu nehmen. Es gab andere Geschäfte, als es beispielsweise hier im Rat im November 2019 – zu einer Zeit, als ich noch nicht Stadtrat war – um den SCL-Nachwuchs ging und man hier ebenso mit grossen Worten den GPK-Beschluss übersteuerte und über die Sache reden wollte. Man verwies dabei darauf, dass die Aktenlage gross genug ist. Ich erlaube mir dementsprechend darauf hinzuweisen, dass bei unterschiedlichen Interessensgruppen offensichtlich auch unterschiedliche Massstäbe angesetzt werden.

Michael Schenk (SVP): Ich habe einfach noch eine ganz kurze Anmerkung, was ich erneut in meiner Sprache formuliere und ich im letzten Jahr auch hin und wieder so machte. Gebt diesem jungen Pflänzchen etwas



Zeit, damit wir darüber diskutieren können. Nach meiner Erfahrung ist es so, dass Pflänzchen, die man zu schnell «jagt», irgendeinmal umstürzen. Und diejenigen, die langsam wachsen, bleiben stehen. Ich möchte dies einfach einmal so in den Raum stellen. Merci.

Patrick Freudiger (SVP): Auch ich möchte selbstverständlich nicht drohen. Ich möchte einfach zum Ablauf sagen, dass Reglemente für mich eine gewisse Bedeutung haben. Ich erlaube mir dabei einfach auf Art. 37, Abs. 1 der Geschäftsordnung hinzuweisen: «Als formelle Anträge zur Behandlung eines Geschäfts (Ordnungsanträge) gelten insbesondere der Antrag auf Schluss der Beratung, der Antrag auf Sitzungsunterbruch, der Antrag auf eine zweite Lesung, der Antrag auf Rückkommen und der Antrag auf Wiedererwägung». So steht es in Abs. 1. Gemäss Abs. 2 sind die Ordnungsanträge zu begründen, was ich hoffentlich auch machte. Unter Abs. 3 steht dann: «Wird ein Ordnungsantrag gestellt, so wird er vor jedem anderen Antrag beraten und zur Abstimmung gebracht». Ich war auch schon einmal Stadtratspräsident. Ich weiss, dass man als Stadtratspräsident im Zweifelsfall das Vorgehen festlegt, mit allen Risiken, die das mit sich bringt. Aber ich finde, dass hier die Geschäftsordnung relativ klar ist. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Einzelsprecher:innen? Nein. Wir machen nun Folgendes. Das Büro wird bis auf Weiteres zu einer Beratung zusammengezogen. Das bedeutet einen Sitzungsunterbruch von sicherlich 5 Minuten.

(Die Sitzung wird für weitere 5 Minuten unterbrochen)

Wir gehen nun so vor, dass wir nun weiterhin den Antrag auf 2. Lesung beraten, da es stimmt, dass ein solcher gemäss GO vor jedem anderen Antrag zu behandeln ist. Sollte der Antrag auf 2. Lesung gutgeheissen werden, wird es nochmals einen Sitzungsunterbruch geben, damit die GPK eine Sitzung durchführen kann, um über das weitere Vorgehen hinsichtlich ihren Rückweisungsantrags entscheiden zu können. Sollte der Antrag auf 2. Lesung abgelehnt werden, steht der Rückweisungsantrag immer noch im Raum. Gut. Der Antrag auf 2. Lesung wurde gestellt und so frage ich, welcher Fraktion ich dazu das Wort erteilen kann? Oder gibt es Einzelsprecher:innen? Niemand? Möchte der Antragsteller nochmals das Wort? Nein. Möchte die Gemeinderätin das Wort?

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Ich möchte einfach nur ganz kurz noch sagen, dass der Gemeinderat bei seinem Antrag bleibt. Auch wenn die Vorlage teilweise Verschreiber enthält, kann ich dennoch sagen, dass das Projekt, so wie es hier mit den entsprechenden Anträgen vorliegt, kein Schnellschuss war. Einfach, dass ich dies an dieser Stelle nochmals betonte. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, so stimmen wir jetzt über den Antrag betreffend einer 2. Lesung ab. Wer diesem Antrag auf 2. Lesung zustimmen kann, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag auf eine 2. Lesung von Patrick Freudiger (SVP)

24 Ja angenommen

13 Nein

3 Enthaltungen

Wünscht der GPK-Sprecher zum Rückweisungsantrag das Wort?

Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP): Als GPK-Sprecher beantrage ich einen Sitzungsunterbruch, damit die GPK über diesen Antrag beschliessen kann, weil ich nicht über die Kompetenz verfüge, diesen zurückzuziehen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, das passiert bereits. Die GPK soll bitte zu einer Sitzung zusammenkommen.

(Die Sitzung wird erneut kurz unterbrochen)



Präsident der GPK, Martin Lerch (SVP): Ich rede zu Ihnen als Präsident der GPK. Ich möchte noch kurz etwas dazu sagen, was zuvor in den Raum geworfen wurde und die Aufgabe der GPK betrifft. Die GPK ist und muss völlig unabhängig sein. Sie hat klare Aufgaben und ist weder eine Kommission des Gemeinderates, noch eine Kommission des Stadtrates. Sie muss die Geschäfte entsprechend auf ihre formelle Richtigkeit prüfen und Ihnen anschliessend Bericht und Antrag stellen. Das möchte ich einfach hier noch einmal entsprechend erwähnen. Das gilt übrigens auch für das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission, das ebenso völlig unabhängig agieren muss. Wir entschieden rasch und wir kamen schnell zum Entschluss, ist doch eine 2. Lesung auch für uns angenehm, womit wir den GPK-Antrag auf Rückweisung zurückziehen können. Und dieser Beschluss fiel dieses Mal einstimmig. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, somit steht dieser Rückweisungsantrag nicht mehr im Raum, sodass wir mit der allgemeinen Beratung zum Geschäft in inhaltlicher Form fortfahren. Wir werden heute auch keine Schlussabstimmung durchführen, aber jeglichen Inhalt besprechen und somit auch das Reglement wie auch den vorliegenden Beschlussesentwurf. Welcher Fraktion darf ich innerhalb der allgemeinen Beratung das Wort geben?

FDP/jll-Fraktion, Deborah Nyffenegger (FDP): Ich möchte zuerst schon noch sagen, dass die FDP/jll-Fraktion die grosse Arbeit rund um das Projekt Familienzentrum sehr würdigt. Wir hörten es vorher, dass die Mehrheit dieses Projekt als Zwischennutzung der Alten Mühle für die nächsten fünf Jahre bejaht. Das Gesamtprojekt bedeutet, dass Langenthal eine neue Gemeindeaufgabe entgegennimmt, was sie für die kommenden fünf Jahre ideell unterstützen und finanziell bewältigen muss. Wir unterstützen die Idee ideell und vertrauen auf die involvierten Gruppen und Menschen, die ihr Herzblut in das Projekt stecken und auch bereits schon gesteckt haben. Wir sehen den Bedarf und möchten die Verantwortung für gute Rahmenbedingungen in der frühen Förderung mittragen. Wir tragen für die Gesamtbevölkerung von Langenthal aber auch mit, dass diese Rahmenbedingungen zukunftsgerichtet sind; einerseits bezogen auf die Alte Mühle und andererseits bezogen auf die Finanzkasse der Stadt sowie auch auf alle Generationen. Im Konzept heisst es, dass Erfahrungen gesammelt werden sollen, damit geschaut werden kann, ob das Familienzentrum die gewünschte Wirkung in der Region erzielt. Von diesem Hintergrund der regionalen Ausrichtung ist eine breitere Mitfinanzierung durch beispielsweise auch umliegende Gemeinden dringend miteinzubeziehen, spätestens über die Zeit des Pilots hinaus. Und wegen all diesen Rahmenbedingungen machten wir uns Überlegungen, wie wir dieser Verantwortung gerecht werden können und beantragen Anträge bezüglich Ziffer 5, Ziffer 6 und Ziffer 7 sowie auch weitere zusätzliche Auflagen. Wir bitten um diesbezügliche Unterstützung. Merci.

SP/GL-Fraktion, Verena Heubi (SP): Sie bekamen es bereits mit, dass es die Fraktion SP/GL vollumfänglich begrüsst, dass es in Langenthal ein solches Familienzentrum geben soll. Wir sehen sowohl den Nutzen, wie auch den Bedarf. Dass uns der Gemeinderat diese Vorlage als ein vorerst auf fünf Jahre ausgelegtes Pilotprojekt unterbreitete, zeugt von Weitsicht. Mit ToKJO ergriff eine namhafte Organisation die Initiative. Uns freut die Tatsache, dass viele Institutionen aufspringen wollen. Der Standort Alte Mühle scheint auch uns ein geeigneter Ort dafür zu sein; nicht nur, weil sie leer steht, sondern weil sie zentral liegt, über genügend Innen- und Aussenräume verfügt, wie es auch genügend Parkplätze in der Nähe hätte. Die Vorschläge der FDP werden wir teilweise gutheissen, bei anderen haben wir noch gewisse Bedenken. Was ich an dieser Stelle auch noch mitgeben möchte, ist, dass man manchmal auch etwas pragmatisch weiter hinausschauen sollte, steht doch in Herzogenbuchsee das Kreuz bereits seit vielen Jahren im Dorfzentrum und wird dabei erfolgreich im ähnlichen Sinn betrieben. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP): Wer in einer Schule arbeitet oder mit Kindergartenlehrpersonen bekannt ist, kennt die Herausforderungen, die sich dabei heutzutage stellen. Immer mehr Kinder können bei Eintritt in den Kindergarten nicht eine altersgemässe Entwicklung vorweisen. Dazu weiss ich nun beispielsweise gerade von Leuten, die Kinder haben, dass diese noch nicht eine Treppe begehen können, noch nicht richtig reden können, Anweisungen ausführen können, sodass es natürlich schwierig wird, dies nachher aufzuholen. Hier kann man mit einem Familienzentrum ansetzen. Familien bekommen dabei vor Eintritt in das Schulsystem Hilfe, sodass quasi nicht erst nach vier Jahren unter dem Radar laufend Defizite auftauchen und man feststellt, dass man schon früher hätte fördern müssen. Das Angebot ist niederschwellig und



dadurch bekommen sie eben bereits auch frühzeitig Hilfe. Wir begrüßen die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Playern und wir finden, dass sich in der Kombination mit der Alten Mühle eine Win-Win-Win-Situation ergibt. Wir danken allen Beteiligten für das Herzblut, das hier hineinsteckten. Zu den Anträgen ist zu sagen, dass wir nicht immer derselben Meinung sind und Sie werden dann sehen, wie wir abstimmen.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Wie kann es nicht anders sein, jetzt kommt der böse Wolf. Die SVP diskutierte das Familienzentrum-Thema anlässlich der Fraktionssitzung ausgiebig und man stelle sich vor: Wir sind nicht dafür. Warum ist das so? Hier wird von Leuchtturm-Projekt gesprochen, wir sprechen hier von einem «Nice to have»-Projekt. Warum? Das ist relativ einfach. Wir haben ja bereits ein Grossteil dieses Angebotes in der Stadt, und zwar direkt in der Stadt Langenthal. Wie die alle heissen, kann auch im Bericht & Antrag nachgelesen werden; wir haben hier Interunido, wir haben TokJO sowieso, wir haben diverse Krabbelgruppen und andere Gruppen und, und, und. Somit haben wir also ein hervorragendes Angebot und nun sollen wir ernsthaft für eine neue Gemeindeaufgabe so viel Geld in die Hand nehmen? Wir sprechen hier von über 1,3 Mio. Franken für fünf Jahre Da sagt die SVP Nein, das brauchen wir nicht. Definitiv nicht. Über die anderen Zahlen brauchen wir heute nicht mehr zu reden, geht die Vorlage ja noch einmal zurück und gibt dann in einer 2. Lesung unter Umständen etwas mehr Aufschluss, wie sich dann wohl auch Einnahmen generieren lassen. Und wirklich nur dafür, dass nun plötzlich alles in einem Haus an einem Platz angeboten wird, ist das doch ein bisschen viel Geld für eine Gemeindeaufgabe. Wenn nun heute Abend über diese Vorlage abgestimmt würde, würde die SVP geschlossen dagegen stimmen. Die vorliegenden Anträge der FDP werden wir zum Teil definitiv unterstützen. Wie das allerdings im Einzelnen aussieht, werden dann die jeweiligen Abstimmungen zeigen. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, so kommen wir zu den Einzelsprecher:innen. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

Nathalie Scheibli (SP): Es brauchte für mich heute Überwindung, dieser 2. Lesung zuzustimmen. Ich sehe hier unter den Gästen ganz viele Leute, mit denen ich manchmal wöchentlich zusammenarbeite. Wichtige Leute für unsere Kinder, auch für unsere Jugendlichen hier auf dem Platz Langenthal, aber vor allem wichtige Institutionen für unsere Familien. Mich freut das erhaltene Signal, dass sich die Fraktionssprecherin der FDP zu diesem Familienzentrum bekennt, weil ich überzeugt bin, dass dieses Familienzentrum die beste Chance hat, wenn es auf einem guten Boden wachsen kann. Ich hoffe, dass auch in der SVP vielleicht in den nächsten Monaten, bis dieses Geschäft nochmals vorgelegt wird, bei dem einen oder anderen Gespräch den Wert dieser Institution und dieses Angebots erkennt und dabei zu einem Umdenken und zu einer anderen Meinung führt. Corinna Grossenbacher sagte, dass wir ja bereits alles haben. Es wäre schön, wenn wir wirklich alles hätten. Janina Müller zeigte auf, wie wichtig die frühe Förderung für unsere Bildung und unsere Volksschule ist. Das brauche ich nicht weiter auszuführen, sondern kann es einfach bestätigen, dass das, was wir heute in den Kindergärten antreffen, sich massiv veränderte. Und gerade diejenigen, die in der Kommission der Volksschule sind, wissen genau, mit was wir zu kämpfen haben. Es wäre wichtig, dass diese Kinder vor dem Kindergarten in eine Spielgruppe, in eine Krabbelgruppe oder irgend in ein Frühförderangebot gehen könnten. Wenn jemand im August nach Langenthal zieht, dann hat er vielleicht Pech, dass er gar keinen Spielgruppenplatz findet. Oder es ist dann einer im Hochpreissegment. Aber unsere Zuzüger, was ich Ihnen sagen kann, sind in der Regel nicht Leute, die eine Hochpreissegment-Spielgruppe bezahlen können. Wenn ein Kind im Kindergarten nicht funktioniert und man das Ganze abrechnen und das Kind wieder in die Spielgruppe schicken muss, so habe ich keine Chance eine Spielgruppe zu finden, die nicht im Monat Fr. 120.00 oder noch mehr kostet. Das ist nicht für alle zahlbar. Bei den Spielgruppen haben wir ein massives Defizit. Wir haben viele Kinder, die in gar keine Spielgruppe gehen, wobei es in den bestehenden Spielgruppen auch meist gar keinen Platz hätte. Da besteht höchster Handlungsbedarf und diesen Schwierigkeiten müssen wir früher begegnen als wir es jetzt können, denn im Kindergarten ist es zu spät. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Robert Kummer (FDP): Am Informationsabend wurde die Frage, worin der Grund für ein neues Baugesuch liegt, dahingehend beantwortet, dass es nicht um die Nutzung geht, die baupolizeilich ein Baugesuch auslöst, sondern der Einbau der Glaswände im ersten Obergeschoss. Ich befürchte, dass ein Baugesuch in



diesem Gebäude die Büchse der Pandora öffnen und Auflagen zu Punkten wie Erdbebensicherheit, Brandschutz, Energie oder Kanalisation vom Zaun reissen könnte. Entsprechend würde ich beliebt machen, diese drei Räume anders zu organisieren sind, so dass nicht wegen diesen betreffenden Räumen ein Baugesuch nötig ist. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Einzelvoten? Gut. Möchte die Gemeinderätin noch das Wort?

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Vielleicht brauche ich hier zum Ablauf noch kurz Unterstützung, geschätzte Stadtratspräsidentin. Die Anträge stehen ja jetzt noch nicht zur Diskussion. Ich bin jetzt auch nicht ganz sicher, ob das letzte Votum als Antrag zu verstehen ist? Einfach, dass dies geklärt werden kann.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Diesen verstand ich nun nicht als Antrag.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Ok, gut. Ich möchte vor allem auch einmal für die grossmehrheitlich positiven Voten merci sagen, die wirklich auch erkennen lassen, dass dieses Familienzentrum in der Stadt Langenthal hier in diesem Gebäude ein Mehrwert darstellt. Das ist mir auch wichtig an dieser Stelle zu sagen. Zu den noch folgenden Anträgen würde ich in dem Fall noch nichts sagen. Hingegen sage ich vielleicht noch kurz etwas zu dem, was Du Robert Kummer als Hinweis einbrachtest, aber nicht als Antrag formulierst. Wir schauten das Ganze nach Deiner Frage am Informationsanlass nochmals mit dem Stadtbauamt an. Gerade auch in Bezug auf diese Brandschutz-Thematik wurde uns versichert, dass bereits im Rahmen der jetzigen Nutzung und auch im Rahmen der Nutzung durch die Haslibrunnen AG die entsprechenden Abklärungen und Massnahmen geklärt wurden und wir mit keinen Überraschungen rechnen müssen. Das ist das, was ich Dir auf diese Frage von damals und auch heute als Rückmeldung antworten kann. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So gehen wir nun in die Detailberatung des Reglements, wobei wir seitenweise vorgehen.

Seite 2 und Seite 3 mit Art. 1 bis Art. 6

Ohne Wortmeldung

Somit fahren wir mit der Beratung fort. Dazu kann nun auch zum Beschlussesentwurf Stellung genommen werden. Welcher Fraktion darf ich das Wort übergeben?

FDP/jll-Fraktion, Deborah Nyffenegger (FDP):

Die FDP/jll-Fraktion bereitete die Anträge zuhanden des Büros vor. Ich hätte deshalb gerne, dass diese allenfalls sogleich eingeblendet werden könnten. Zu Ziffer 5, lit. b des Beschlussesentwurfs hätten wir gerne, dass jeweils «maximal» stehen würde, dies im Sinne eines Maximalbetrags von diesen Fr. 140'000.00. Wir sind der Meinung, dass, bevor nicht die definitiven Verträge vorliegen, kein fixer Betrag für diese Budgetierung vorgeschrieben werden sollte. Ich

mache hier auch kurz den Link zur Schulsozialarbeit, bei der das auch ein Thema war, zumal auch Martina Moser dazu ausführte, dass es als maximale Ausgaben im Sinne eines Kostendach zu verstehen ist. Somit sollte dies unserer Meinung nach auch so festgehalten werden. Und aus dem später zugestellten Papier der Projektgruppe Familienzentrum Alte Mühle vom 19. November 2024 geht zudem hervor, dass nur die tatsächlichen Aufwendungen bezahlt werden sollen. Das heisst, dass die effektiv bezahlten Beträge wahrscheinlich tiefer liegen als die Maximalbeträge. Und wenn man gemäss dem Beschlussesentwurf zwingend jedes Jahr den Maximalbetrag in das Budget einstellen muss, so müssten in anderen Budgetpositionen Einsparungen vorgenommen werden, damit das gewünschte Ergebnis des Budgetziels erreicht werden kann, was aus unserer Sicht keinen Sinn ergibt. Deshalb würden wir diesen Antrag stellen, dass dieser Betrag maximal Fr. 140'000.00 umfasst.

FDP/jll-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3, Anträge (1/2)

Ziff. 5 Bst. b des Beschlussesentwurfs:

... ein Betrag von jeweils maximal Fr. 140'000.00 ...

Ziff. 5 Bst. c des Beschlussesentwurfs:

... ein Betrag von maximal Fr. 70'000.00 (Fr. 55'000.00 Hauswartung, Fr. 15'000) Bewirtschaftung Gratinutzung) eingestellt wird.

Ziff. 7 des Beschlussesentwurfs:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem zuständigen Organ bis spätestens 30. April 2029 eine Vorlage ...

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3



Bei Ziffer 5, lit. c des Beschlussesentwurfs soll der Beitrag von Fr. 70'000.00 ebenso mit «maximal» definiert werden. Dies begründen wir erneut damit, dass, bevor nicht die definitiven Verträge vorliegen, kein fixer Betrag in das Budget aufgenommen werden sollte. Auch der heutige Beschluss für eine 2. Lesung unterstreicht, dass man dies nochmals überdenken sollte. Was ebenso zu erwähnen ist, ist, dass hier aus unserer Sicht eigentlich nur der Halbjahresbetrag zu nennen nötig wäre, was dabei in diesem Beschluss aber nicht klar zum Vorschein kommt.

Wir haben damit nicht den Anspruch, dass wir heute darüber abstimmen müssen, möchten dies aber einfach an dieser Stelle in den Raum werfen, damit es bei der 2. Lesung aufgenommen werden kann.

Bei Ergänzung zu Ziffer 6, lit. a wird der Gemeinderat beauftragt, die Nutzungsordnung der Alten Mühle so zu regeln, dass keinen unerwünschten Personen oder Organisationen die Räumlichkeiten der Alten Mühle zur Miete oder zur Gratisnutzung zur Verfügung gestellt werden sollen. Er wird auch weiter beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 30. September 2025 dazu Bericht zu erstatten. Wir begründen dies damit, dass es eigentlich auch um den Schutz der Organisation geht, die dann neu für die

Verwaltung dieser städtischen Räumlichkeiten zuständig ist und damit sichergestellt sein soll. Dabei soll ebenso sichergestellt sein, dass die Alte Mühle als Gebäude der Stadt Langenthal nicht von unerwünschten Gruppierungen genutzt werden können sollte. Lit. b bleibt bestehen und würde nun einfach in lit. a und lit. b aufgeteilt, was ja als lit. b in dieser Ziffer bereits vorliegt.

Ziffer 7 des Beschlussesentwurfs hinsichtlich der Vorlage zur Aufhebung der Gratisnutzung würden wir gerne vordatieren, und zwar, dass diese nicht «bis Ende Jahr 2029», wie dies bislang an dieser Stelle so definiert wurde, sondern «bis spätestens 30. April 2029» vorliegen sollte, damit wir dort dann auch rechtzeitig eine Vorlage haben. Das ist so zu begründen, dass wir wirklich auch genügend Zeit bekommen, damit auch dazu eine echte Beratung durchgeführt werden kann und das zuständige Organ nicht vor eine solche Situation wie «A predre ou à laisser» gestellt wird, sondern mit dem neuen Termin eine bestmögliche Ausgangslage erzielen.

Bei diesem Antrag hier geht es darum, dass wir dies gerne auch als Gesamtsituation in der weiteren Betrachtung der Nutzung der Alten Mühle wahrnehmen möchten. Dabei soll der Gemeinderat beauftragt werden, dem zuständigen Organ so rasch als möglich, aber spätestens bis am 30. Mai 2027 eine Vorlage zur Aufhebung der Gratisnutzung der Alten Mühle zu unterbreiten. Eine Gratisnutzung ist zwar sinn- und wertvoll und wurde auch so vom Volk im Rahmen einer Abstimmung entsprechend beschlossen. Sie behindert aber eine nachhaltige und zukunftsweisende Lösung in Bezug auf die Alte Mühle. Selbst das Familienzentrum, wenn es dann in der Alten Mühle beheimatet wäre, müsste sich heute aufgrund der Gratisnutzung einschränken, was auch einer späteren definitiven Lösung im Weg stehen würde. Eine neue Vorlage könnte und sollte auch Alternativen für eine Gratisnutzung von vielleicht anderen Räumen für die Langenthaler Vereine vorsehen. Wir würden dies gerne im Zusammenhang mit dieser Zwischennutzung der Alten Mühle so in Auftrag geben. Ich glaube, das ist alles.

FDP/jll-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3, Anträge (1/2)

Ergänzung Ziff. 6:

- Der Gemeinderat wird beauftragt, die Nutzungsordnung der Alten Mühle so zu regeln, dass keine unerwünschten Personen und Organisationen die Räume der Alten Mühle zur Miete oder zur Gratisnutzung zur Verfügung gestellt erhalten; er wird weiter beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 30. September 2025 darüber Bericht zu erstatten.
- Der Gemeinderat wird beauftragt, die Mietverträge, die Verträge über die Hauswartung, die Verträge über die Bewirtschaftung der Gratisnutzung, sowie alle weiteren Verträge, die in Zusammenhang mit diesem Beschluss stehen, vor Unterzeichnung der Verträge durch die Stadt der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme vorzulegen.

Ziff. 7 des Beschlussesentwurfs:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem zuständigen Organ bis spätestens 30. April 2029 eine Vorlage ...

Stadtratsitzung 24. November, Traktandum Nr. 3

25. November 2024

3

FDP/jll-Fraktion

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 3, Anträge (2/2)

Neue Ziff. Beschlussesentwurf:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem zuständigen Organ so rasch als möglich, spätestens aber bis 30. Mai 2027, eine Vorlage zur Aufhebung der Gratisnutzung der Alten Mühle zu unterbreiten.

Stadtratsitzung 24. November, Traktandum Nr. 3

4



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Ja, das sind alle Anträge, aber es ist nicht eindeutig. Du sagtest vorher, dass dies nun keine Anträge sind und wir nicht darüber abstimmen. Nun liegen aber einerseits von Dir erläuterte Anträge vor und andererseits sagtest Du, dass dazu nun nicht darüber abgestimmt werden muss. Was wollt Ihr jetzt genau?

FDP/jll-Fraktion, Deborah Nyffenegger (FDP): Wir wollten diese Anträge vorstellen, sodass sie als Anträge im Raum stehen. Wir sehen es aber in Folge der 2. Lesung, die dann stattfindet, nicht für nötig, darüber zum heutigen Zeitpunkt abzustimmen, aber zur Diskussion und Beratung freizugeben und dabei auch Zeit zu sparen, um bei der 2. Lesung darüber abstimmen zu lassen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Dann sind es aber keine Anträge, sondern es geht hier einfach um ein Votum Eurerseits.

FDP/jll-Fraktion, Deborah Nyffenegger (FDP): Ja, in dem Fall ist es so.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Das heisst, dass es dann wahrscheinlich keine Auswirkungen auf die 2. Lesung hat. So steht nun einfach im Raum, was Eure Wünsche wären, wir stimmen aber nicht darüber ab.

FDP/jll-Fraktion, Deborah Nyffenegger (FDP): Ja, für den Moment ist es so.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Okay, gut. Gibt es weitere Voten zum Beschlussesentwurf?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wir sind nun auch ein bisschen verwirrt. Werden wir dann diese Anträge in der 2. Lesung nicht behandeln? Oder reicht Ihr sie dann im Rahmen der 2. Lesung ein? Einfach, damit wir wissen, was wir für das nächste Mal zu diskutieren haben. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Es liegen nun keine gestellten Anträge vor, weil es hiess, dass man nicht darüber abstimmen lassen will. Dementsprechend müssten die Anträge in der 2. Lesung nochmals gestellt werden, falls es dann inhaltlich immer noch entsprechend gewünscht ist.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Danke vielmals, wenn ich hier kurz das Wort ergreifen kann. Angesichts der 2. Lesung und angesichts dessen, dass ja hier auch noch Verbesserungswünsche aufgeworfen wurden, müssten wir dann schon wissen, in welche Richtung wir arbeiten sollten. Von dem her wäre ich schon froh um das Stellen von Anträgen, damit sich auch ein klares Bild ergibt. Merci vielmals.

FDP/jll-Fraktion, Deborah Nyffenegger (FDP): Gut, so stellen wir hiermit diese Anträge auch offiziell.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. Gibt es weitere Anträge zum Beschlussesentwurf? So stehen somit die Anträge der FDP im Raum. Welcher Fraktion darf ich dazu das Wort geben? Keiner. Gibt es Einzelsprecher:innen?

Nathalie Scheibli (SP): Mir erhielten diese Anträge vorgängig und besprachen sie auch. Wir werden den Anträgen teilweise zustimmen. Es ist jetzt gerade ein bisschen schwierig zu allen Anträge Stellung zu nehmen. Beim zweiten Antrag sind wir nicht ganz sicher, wieso andere Zahlen im Beschlussesentwurf enthalten sind, da ja Fr. 70'000.00 bereits die Hälfte von Fr. 140'000.00 sind. Aber es wird sicherlich einen Grund geben, dass dort Fr. 116'000.00 drinstehen. Das möchte ich gerne noch von Martina Moser erläutert bekommen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir sammeln zuerst noch die weiteren Voten und anschliessend erhält die Gemeinderätin das Wort. Gibt es weitere Voten zu diesen Anträgen? Nein. Möchte die antragstellende Fraktion nochmals das Wort? Martina Moser?

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Ja, ich beantworte gerne als Erstes diese Frage. Man muss in Betracht ziehen, dass die Haslibrunnen AG die Hauswartung und die Bewirtschaftung der Gratisnutzung noch bis Ende Oktober 2025 innehat. Das heisst, dass unsere erste Rechnungsperiode mit 1. November 2025 be-



ginnt und bis 31. Dezember 2025 dauert. Deshalb rechneten wir von dort aus in einem Fünf-Jahres-Rhythmus, weshalb es dann im Jahr 2030 eben auch im Sinn dieser fünf Jahre als Übergangssituation darüber hinausgehen würde. Das ist unsere Berechnungsgrundlage für diese Zahl. Wir definierten den Abschluss damit nicht mit dem Projektende, sondern wir schauten es im Fünf-Jahres-Rhythmus an; das heisst ab dem Moment, wenn man es von der Haslibrunnen AG übernimmt.

Und daneben würde ich sehr gerne noch zu demjenigen Antrag bezüglich der Gratisnutzung etwas sagen. Der Gemeinderat empfiehlt hier ganz klar, diesen Antrag abzulehnen. Wir sind hier der Meinung, dass dies nicht der Einheit der Materie entspricht und diese somit verletzt wird. Wenn man dieses Thema aufgreifen und diese Gratisnutzung zur Diskussion stellen möchte, so sind wir klar der Ansicht, dass man dies im Rahmen eines politischen Vorstosses machen muss, und nicht im Zusammenhang mit diesem Geschäft. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So stimmen wir jetzt über diese Anträge ab; für jeden Antrag jeweils separat und nacheinander. Der erste Antrag bezieht sich auf Beschlussesentwurf Ziff. 5, lit b. Dort soll das Wort «maximal» vor dem Betrag von Fr. 140'000.00 eingefügt werden. Wer diesem Antrag der FDP/jll-Fraktion zustimmen möchte, dokumentiert es mit der Stimmkarte. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der FDP/jll-Fraktion zu Beschlussesentwurf Ziff. 5, lit b

34 Ja angenommen

4 Nein

2 Enthaltungen

FDP/jll-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3, Anträge (1/2)

Ziff. 5 Bst. b des Beschlussesentwurfs:

... ein Betrag von jeweils maximal Fr. 140'000.00 ...

Ziff. 5 Bst. c des Beschlussesentwurfs:

... ein Betrag von maximal Fr. 70'000.00 (Fr. 55'000.00 Hauswartung, Fr. 15'000) Bewirtschaftung Gratisnutzung) eingestellt wird.

Abstimmung 24. November, Traktandum Nr. 3

Nach der Annahme dieser Ergänzung kommen wir zum Antrag über den Beschlussesentwurf Ziffer 5, lit. c. Sandro Baumgartner bitte um das Wort um einen Ordnungsantrag einzubringen.

Sandro Baumgartner (SP): Im Wissen, dass diese hier aufgeführte Zahl falsch ist, dürfen wir ja eigentlich gar nicht darüber befinden, sodass ich den Ordnungsantrag stelle, hier nicht darüber abzustimmen. Das ist meine Meinung, aber ich bin kein Jurist.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit steht ein Ordnungsantrag im Raum, den wir nun diskutieren.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich glaube, die Sinnhaftigkeit nun darüber abzustimmen, ist an einem kleinen Ort. Wenn dieses Geschäft noch einmal überdacht werden muss, so wird man wahrscheinlich zum Schluss kommen, dass man bei Vorliegen eines Reglements mit Laufzeit bis zum 30. Juni diesen Betrag dann eben auch bis am 30. Juni sprechen muss. Wenn man darüber hinausgeht, ist möglicherweise die Einheit der Materie verletzt, weil man dann aufgrund der Befristung auch gar keinen Vertrag mehr hat. Und dies legen wir ja genau fest. Ich würde einfach uns selber beliebt machen, dass wir diesen Antrag zurückziehen. Die Ergänzung mit dem Wort «maximal» ist wohl klar, dass man dies will, weil es keinen Sinn macht, wenn man es unter lit.b hat und unter lit. c nicht. Und bei diesem Betrag von Fr. 70'000.00 muss der Gemeinderat nochmals über die Bücher gehen und dann in der Gesamtvorlage schauen, ob dies richtig oder falsch ist. Aber wenn wir heute diesbezüglich eine Vorgabe beschliessen, die nicht in das Gesamtkonzept hineinpasst, bringt dies gar nichts. Insofern hatte Sandro Baumgartner aus meiner Sicht einen guten Riecher. Somit attestiere ich Dir, dass Du ein Dreiviertel-Jurist bist.



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Also, wir debattieren weiterhin über diesen Ordnungsantrag. Möchte die FDP/jll-Fraktion dazu das Wort bekommen? Ihr könnt diesen Antrag auch zurückziehen oder ändern.

FDP/jll-Fraktion, Deborah Nyffenegger (FDP): Deshalb war es mir ein Anliegen diese Anträge vorzustellen, auch wenn es wahrscheinlich schwierig ist über gewisse Anträge zum jetzigen Zeitpunkt abzustimmen. Wir ziehen diesen Antrag betreffend Ziffer 5, lit. c zurück und ich kann an dieser Stelle auch sogleich mitteilen, dass wir auch diesen Antrag der Gratisnutzung zurückziehen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci vielmals. Somit sind diese Anträge zurückgezogen und dementsprechend der Ordnungsantrag hinfällig, sodass wir nicht darüber abstimmen müssen. Dann haben wir noch die Anträge der FDP/jll-Fraktion zu Ziffer 6, bei der zwei neue Buchstaben eingefügt werden sollen. Es geht somit um Absatz a) und um Abs. b), so wie es hier aufgeschrieben steht. Wir stimmen über beide Absätze getrennt ab. Wer gemäss Antrag der FDP/jll-Fraktion bei Ziffer 6, Abs. a) einfügen möchte und dem so zustimmen will, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der FDP/jll-Fraktion zu Beschlussesentwurf Ziff. 6, Abs. a)

25 Ja angenommen

12 Nein

3 Enthaltungen

FDP/jll-Fraktion

Stadtratssitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3, Anträge (1/2)

Ergänzung Ziff. 6:

- a) Der Gemeinderat wird beauftragt, die Nutzungsordnung der Alten Mühle so zu regeln, dass keine unerwünschten Personen und Organisationen die Räume der Alten Mühle zur Miete oder zur Gratisnutzung zur Verfügung gestellt erhalten; er wird weiter beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 30. September 2025 darüber Bericht zu erstatten.
- b) Der Gemeinderat wird beauftragt, die Mietverträge, die Verträge über die Hauswartung, die Verträge über die Bewirtschaftung der Gratisnutzung, sowie alle weiteren Verträge, die in Zusammenhang mit diesem Beschluss stehen, vor Unterzeichnung der Verträge durch die Stadt der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme vorzulegen.

Ziff. 7 des Beschlussesentwurfs:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem zuständigen Organ bis spätestens 30. April 2029 eine Vorlage ...

Stadtratssitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3

25. November 2024

1

So stimmen wir jetzt auch über die Einfügung von Abs. b) im Beschlussesentwurf in Ziffer 6 ab. Wer dem Antrag der FDP/jll-Fraktion zustimmen kann, zeigt auch dies mit der Karte an. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der FDP/jll-Fraktion zu Beschlussesentwurf Ziff. 6, Abs. b)

20 Ja

20 Nein abgelehnt*

0 Enthaltungen

** mit Stichentscheid der Stadtratspräsidentin*

FDP/jll-Fraktion

Stadtratssitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3, Anträge (1/2)

Ergänzung Ziff. 6:

- a) Der Gemeinderat wird beauftragt, die Nutzungsordnung der Alten Mühle so zu regeln, dass keine unerwünschten Personen und Organisationen die Räume der Alten Mühle zur Miete oder zur Gratisnutzung zur Verfügung gestellt erhalten; er wird weiter beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 30. September 2025 darüber Bericht zu erstatten.
- b) Der Gemeinderat wird beauftragt, die Mietverträge, die Verträge über die Hauswartung, die Verträge über die Bewirtschaftung der Gratisnutzung, sowie alle weiteren Verträge, die in Zusammenhang mit diesem Beschluss stehen, vor Unterzeichnung der Verträge durch die Stadt der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme vorzulegen.

Ziff. 7 des Beschlussesentwurfs:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem zuständigen Organ bis spätestens 30. April 2029 eine Vorlage ...

Stadtratssitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3

25. November 2024

1

So haben wir nun noch den Antrag zu Ziffer 7 im Beschlussesentwurf. Anstatt 31. Dezember 2029 soll hier der 30. April 2029 eingesetzt werden. Wer diesem Antrag zustimmen kann, zeigt es mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Abstimmung über den Antrag der FDP/jll-Fraktion zu Beschlussesentwurf Ziff. 7

39 Ja angenommen

0 Nein abgelehnt

1 Enthaltung

FDP/jll-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 3, Anträge (1/2)

Ergänzung Ziff. 6:

- Der Gemeinderat wird beauftragt, die Nutzungsordnung der Alten Mühle so zu regeln, dass keine unerwünschten Personen und Organisationen die Räume der Alten Mühle zur Miete oder zur Gratsnutzung zur Verfügung gestellt erhalten; er wird weiter beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 30. September 2025 darüber Bericht zu erstatten.
- Der Gemeinderat wird beauftragt, die Mietverträge, die Verträge über die Hauswartung, die Verträge über die Bewirtschaftung der Gratsnutzung, sowie alle weiteren Verträge, die in Zusammenhang mit diesem Beschluss stehen, vor Unterzeichnung der Verträge durch die Stadt der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme vorzulegen.

Ziff. 7 des Beschlussesentwurfs:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem zuständigen Organ bis spätestens 30. April 2029 eine Vorlage ...

Stadtratsitzung 24. November, Traktandum Nr. 3

25. November 2024

3

So sind nun alle Anträge der FDP/jll-Fraktion beraten. So frage ich nun an, ob es weitere Wortmeldungen gibt?

Janosch Fankhauser (SVP): Es ging vorher alles ein bisschen schnell für mich, obwohl wir viele Pausen einlegten. Ich wünschte mir, dass sich der Gemeinderat doch ein paar Gedanken macht, falls es zu Mehrkosten kommt, wie wir diese in welcher Form auch immer kompensieren können. Das wollte ich einfach hier zu Protokoll geben und dies ist kein Antrag. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäft?

Diego Clavadetscher (FDP): Auch ich möchte gerne zu Protokoll geben, dass man die Gestaltung dieses Kreditbeschlusses mit diesem Verzicht auf Leistungen klar regelt. Ein Weg dazu ist, dass man uns eben die Verträge vorlegt und dabei ersichtlich wird, was Linus Rothacher dazu vermutete. Wenn dies dann so klar darinsteht, ist dieses Argument keines mehr. Aus diesem Grund ist es wahrscheinlich nötig ein Gesamtpaket vorgelegt zu bekommen, damit wir es das nächste Mal richtig anschauen können. Und dies wird auch kaum ein Problem sein, da wir dann bis zum 31. März genügend Zeit haben, wozu ich hoffe, dass dieses Geschäft bis dann vorgelegt werden kann, da dannzumal die erste Stadtratsitzung stattfindet, an der wir beschliessen können. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten diese Verträge erarbeitet werden können. Dann sollte uns auch ein Gesamtpaket vorliegen und wir in diese Richtung keine Probleme mehr haben, was die Interpretation der Überlassung betrifft.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Weitere Voten? Wünscht die Gemeinderätin nochmals das Wort? Gut. Somit verlassen wir dieses Traktandum und es gibt wie angekündigt keine Schlussabstimmung, sondern wir führen eine 2. Lesung in der neuen Legislatur durch. Wir machen nun eine Pause. Wie Ihr wisst, sind Sandwiches organisiert. Ich vernahm, dass es auch irgendwelche ominöse andere Sandwiches gibt, die aber somit nicht von uns sind, sondern nur diejenigen von der Kulturküche. Wer weiss, vielleicht sind diese ja auch für das Publikum gedacht. Falls irgendjemand aus dem Rat diese Sandwiches selber bestellte, finde ich dies ein bisschen kindisch, sodass ich mir eigentlich wünschen würde, dass, wenn man mit etwas nicht zufrieden ist, dass man dies sagt und die Bedürfnisse anmeldet, anstatt hinter dem Rücken der Leute, die etwas organisieren, einfach selber Hand anlegt. Insofern hoffe ich, dass es heute kein Food Waste gibt und wünsche somit «e Guetes».

(Pause von 20.45 Uhr bis 21.05 Uhr)

Bereinigter Beschlussesentwurf für die 2. Lesung:

■ Keine Abstimmung

1. Der Einführung und dem Betrieb eines Familienzentrums in der Alten Mühle Langenthal per 1. Juli 2025 als eine bis am 30. Juni 2030 befristete Gemeindeaufgabe wird zugestimmt.



2. Das Reglement über das Familienzentrum Alte Mühle, im Entwurf vom 5. September 2024, wird genehmigt.
3. Für die finanzielle Unterstützung des Betriebs für die Jahre 2025 – 2030 wird ein Verpflichtungskredit für die Ausgabe von brutto maximal Fr. 475'000.00 bewilligt, wobei im Detail:
 - a. Der hierfür erforderliche Nachkredit von Fr. 47'500.00 zu Lasten des Budgets der Erfolgsrechnung 2025, Konto 5370.3636.31 "Familienzentrum Langenthal Unterstützungsbeitrag", bewilligt wird.
 - b. In den Budgets der Erfolgsrechnungen 2026 bis 2029, Konto 5370.3636.31 "Familienzentrum Langenthal Unterstützungsbeitrag", ein Betrag von jeweils Fr. 95'000.00 als Bruttoaufwand eingestellt wird.
 - c. Im Budget der Erfolgsrechnung 2030, Konto 5370.3636.31 "Familienzentrum Langenthal Unterstützungsbeitrag", ein Betrag von Fr. 47'500.00 als Bruttoaufwand eingestellt wird.
4. Für die baulichen Anpassungen in der Alten Mühle wird, unter dem Vorbehalt, dass die übrige Finanzierung des Angebots für die nächsten fünf Jahre sichergestellt ist, ein Verpflichtungskredit für die Ausgabe von brutto Fr. 190'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 2150.5040.12 "Gebäude Alte Mühle; Umnutzung in Familienzentrum", bewilligt. Allfällige Erträge Dritter werden zu Gunsten der Investitionsrechnung, Konto 2150.6310.12 Gebäude Alte Mühle, Umnutzung in Familienzentrum, Beiträge Dritter", gutgeschrieben.
5. Für die Abgeltung der Hauswartung sowie der Bewirtschaftung der Gratisnutzung in der Alten Mühle wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von gesamthaft maximal Fr. 700'000.00 (max. Fr. 550'000.00 für die Hauswartung sowie max. Fr. 150'000.00 für die Bewirtschaftung der Gratisnutzung an ToKJO) bewilligt, wobei im Detail:
 - a. der hierfür erforderliche Nachkredit von Fr. 23'333.35 (Fr. 18'333.35 Hauswartung, Fr. 5'000.00 Bewirtschaftung Gratisnutzung) zu Lasten des Budgets der Erfolgsrechnung 2025, Konto 5370.3636.32 "Familienzentrum Langenthal Hauswartung und Bewirtschaftung Gratisnutzung", bewilligt wird.
 - b. in den Budgets der Erfolgsrechnungen 2026 – 2029, Konto 5370.3636.32 "Familienzentrum Langenthal Hauswartung und Bewirtschaftung Gratisnutzung", ein Betrag von jeweils maximal Fr. 140'000.00 (Fr. 110'000.00 Hauswartung, Fr. 30'000.00 Bewirtschaftung Gratisnutzung) als Bruttoaufwand eingestellt wird.
 - c. im Budget der Erfolgsrechnung 2030, Konto 5370.3636.32 "Familienzentrum Langenthal Hauswartung und Bewirtschaftung Gratisnutzung", ein Betrag von Fr. 116'666.65 (Fr. 91'666.65 Hauswartung, Fr. 25'000.00 Bewirtschaftung Gratisnutzung) eingestellt wird.
 - d. in den Budgets der Erfolgsrechnungen 2025 – 2030, Konto 5370.3636.32 "Familienzentrum Langenthal Hauswartung und Bewirtschaftung Gratisnutzung", allfällige Erträge eingestellt werden.
6. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug (namentlich der Genehmigung der Mietverträge mit dem Verein ToKJO und dem Verein Familienzentrum Alte Mühle sowie der Vereinbarung über die Bewirtschaftung der Alten Mühle mit dem Verein ToKJO) beauftragt.
 - a. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Nutzungsordnung der Alten Mühle so zu regeln, dass keine unerwünschten Personen und Organisationen die Räume der Alten Mühle zur Miete oder zur Gratisnutzung zur Verfügung gestellt erhalten; er wird weiter beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 30. September 2025 darüber Bericht zu erstatten.
7. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem zuständigen Organ bis spätestens 30. April 2029 eine Vorlage betreffend das weitere Vorgehen (allfällige Weiterführung Projekt Familienzentrum, Nutzung Liegenschaft Alte Mühle) nach Ablauf der fünfjährigen Pilotphase auszuarbeiten.



4. Ferienbetreuungsangebot: Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004; Genehmigung; Leistungsvereinbarung mit dem Verein Kita Tagi Windrose; Genehmigung; Kreditbewilligung; Reduktion des Bestands an Stellen in der Stadtverwaltung; Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, wir kommen zu Traktandum Nr. 4. Hier geht es um die Genehmigung der Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004 bezüglich Ferienbetreuungsangebot, um die Genehmigung und Kreditbewilligung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Kita Tagi Windrose sowie um die Genehmigung der Reduktion des Bestands an Stellen in der Stadtverwaltung. Wird das Eintreten bestritten? Das sieht nicht danach aus und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Die Berichterstattung ist von Matthias Wüthrich, Ressortvorsteher Bildung und Jugend angekündigt. Er hat das Wort.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Manchmal wird auch der Gemeinderat schlauer und bringt einen Vorschlag nochmals zur Diskussion, den er selber hier im Rat vertrat. Nun lobe ich mich damit aber ein bisschen zu sehr, weil es am Schluss auch die Unterstützung und die Initiative der Windrose und von Franziska Zaugg brauchte, die das Ganze dann ins Rollen brachte. Schon länger stellten wir in der Volksschulkommission fest, dass das Ferienbetreuungsangebot der Stadt Langenthal nicht richtig ins Fliegen kommt. Als ein grosses Problem stellte sich heraus, dass diese Ferienbetreuungsangebote nicht zuverlässig funktionieren. Das heisst, zum Zeitpunkt, an dem Eltern zu Jahresbeginn ihre Ferien in einem Geschäft eingeben mussten, wussten sie noch nicht, ob das Ferienbetreuungsangebot der Stadt Langenthal stattfindet oder nicht. Das verunmöglicht die Planung komplett. Auch Leute, die neu zuzogen, hatten keine Ahnung, wann und ob sie sich für so etwas anmelden können. Dieses Defizit diskutierten wir in der Volksschulkommission des Öftern. Die Windrose machte uns dann ein Angebot, dass sie diese Ferienbetreuung für uns als Dienstleistung erbringen könnte. Wir handelten dabei einen Vertrag aus und dieser sieht vor, dass sie das Angebot bezüglich der Anzahl Ferienwochen sogar ausbauen können und dass die von den Eltern zu leistende Beiträge tiefer ausfallen werden. Dabei werden die Beiträge der Stadt pro Kind und Tag maximal bei Fr. 30.00 zu liegen kommen. Aus meiner Sicht ist auch dies eine Win-Win-Win-Situation und ich hoffe, dass Sie diesem Geschäft mit der Reglementsänderung, die neu berücksichtigt, dass man diese Aufgabe eben auch auswärts vergeben kann und dabei die Anpassungen, wie man sie nun mit der Windrose vereinbarte auch entsprechend abbildet, zustimmen können. Ich bin gespannt auf Ihre Diskussion. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Eine Berichterstattung der Geschäftsprüfungskommission ist keine angemeldet, sodass wir sogleich zu den Stellungnahmen der Fraktionen übergehen. Welcher darf ich das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Stefanie Barben-Kohler (FDP): Die FDP/jll-Fraktion stimmt dem Geschäft mit diesem umfangreichen Beschlussesentwurf von Ziffer 1 bis Ziffer 7 einstimmig zu. Es freut mich sehr, dass sich die Verwaltung in dieser Angelegenheit nach mehrjähriger Erfahrung aktiv darum bemühte, dieses Projekt effizienter zu gestalten, beziehungsweise bereit war, die Verpflichtung für die nächsten paar Jahre weiterzureichen. Dass diese Ferieninsel mit der gemeinsamen Leistungsvereinbarung jetzt für Eltern preislich und zeitlich attraktiver wird, ist nicht selbstverständlich. Dafür danke ich dem Verein Kita Tagi Windrose ganz herzlich. Danke.

SVP-Fraktion, Michael Schenk (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft ebenso einstimmig zu und dankt für die sehr gute Aktenauflage, die sehr stimmig war. Und es ist schön, wenn die Gemeinde und Private so zusammenarbeiten können und auf solch kreative Ideen kommen, die schlussendlich beiden Seiten nützen. Merci vielmals.

GLP/EVP-Fraktion, Andreas Meier (GLP): Es freut mich natürlich sehr auch von der SVP zu hören, dass sie



diesem Geschäft zustimmt. Wunderbar. Wir diskutierten das in der Volksschulkommission auch x-mal, wobei ich hier nun aber als Fraktionssprecher rede. Als GLP/EVP-Fraktion stimmen wir diesem Geschäft geschlossen zu. Wir sind der Meinung, dass die Stadt damit nur gewinnen kann, zumal das Baby ja bereits läuft. Es ist somit ein Kleinkind, das bereits gut laufen kann. Offen gesagt wäre es deshalb überhaupt nicht zu verstehen, wenn man irgendetwas dagegen haben könnte. Danke vielmals.

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Auch die SP/GL-Fraktion stimmt diesem Geschäft einstimmig zu. Als Schulleiterin schätze ich die Zusammenarbeit mit der Windrose sehr. Sie sind für das Schulwesen ein verlässlicher und kompetenter Partner. Dass sie diese Ferienbetreuung übernehmen, freut mich ausserordentlich, weil es für die Eltern Verlässlichkeit braucht, was die Stadt mit dem eigenen Projekt leider nicht bieten konnte. Ich bin überzeugt, dass dies gut kommt und manchmal muss man eben etwas auslagern, wie man manchmal auch schon etwas selber machen musste. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So kommen wir zu den Einzelsprecher:innen. Wem darf das Wort geben? Niemandem. Möchte der Gemeinderat nochmals das Wort? Nein. So schauen wir noch das Reglement an. Gibt es hier zur Beilage C Wortmeldungen?

Seite 1 und Seite 2 mit Ziff. I und Ziff. II

Ohne Wortmeldung

Wünscht irgendjemand noch in irgendeiner Form das Wort zu diesem Geschäft? Nein, dann stimmen wir ab. Wer dem Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 7 so zustimmen kann, zeigt es mit der orangen Karte. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

1. Die Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004 gemäss Änderungserlass (Entwurf vom 9. September 2024) wird genehmigt.
2. Die Leistungsvereinbarung über das Ferienbetreuungsangebot mit dem Verein Kita Tagi Windrose wird genehmigt.
3. Der erforderliche Verpflichtungskredit für drei Jahre von insgesamt Fr. 261'000.00 wird bewilligt, wobei im Einzelnen:
 - a. der für die anfallenden Ausgaben im Jahr 2025 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 81'000.00 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2025, Konto 6715.3636.00 "Beiträge an Ferienbetreuung Windrose", bewilligt wird.
 - b. für die Jahre 2026 und 2027 jeweils Fr. 90'000.00 im Budget der Erfolgsrechnung, Konto 6715.3636.00 "Beiträge an Ferienbetreuung Windrose", einzustellen sind.
4. Die Erträge aus den Kantonsbeiträgen sind ab dem Jahr 2025 der Erfolgsrechnung, Konto 6715.4611.00 "Vergütung des Lastenausgleichs an die Stadt", gutzuschreiben.
5. Im Budget der Erfolgsrechnung 2025 sind die folgenden Positionen zu sperren:

Konto	Institutionelle Gliederung	Franken
6710.3010.10	Besoldungen Verwaltungs- und Betreuungspersonal	54'000.00
6710.3010.20	Löhne an nebenamtliches Personal	2'900.00
6710.3050.10	Sozialversicherungsbeiträge AHV, IV, EO, ALV, VK und FAK	4'600.00



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

6710.3052.10	Pensionskassenbeiträge	5'000.00
6710.3053.10	Unfallversicherungsbeiträge	800.00
6710.3090.10	Aus- und Weiterbildungskosten	500.00
6710.3100.10	Büromaterial, Drucksachen, Inserate	500.00
6710.3101.25	Reinigungs- und Waschmaterial	500.00
6710.3101.70	Verbrauchs-, Unterhalts- und Hilfsmaterial	500.00
6710.3104.30	Lehrmittel und Verbrauchsmaterial	1'000.00
6710.3105.40	Lebensmittel und Getränke	15'200.00
6710.3106.50	Sanitäts- und Desinfektionsmaterial	100.00
6710.3110.10	Büromöbel- und Büromaschinen	800.00
6710.3111.30	Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	500.00
6710.3130.45	Telefon- und Kommunikationsgebühren	400.00
6710.3130.50	Dienstleistungen Dritter	300.00
6710.3170.10	Spesenentschädigungen	500.00
6710.3171.30	Eintrittsgebühren	7'000.00
6710.3930.30	Verwaltungskostenanteil	9'800.00
6710.4611.00	Vergütung des Lastenausgleichs an die Stadt	42'000.00
6710.4637.00	Elternbeiträge	57'800.00
6710.4637.01	Elternbeiträge Mahlzeiten	14'000.00

6. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung (Stellenetat) wird per 1. Januar 2025 um 110 Stellenpro-zente reduziert.
7. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



5. **Finanzielle Unterstützung des FC Langenthal: Anpassung Leistungsvereinbarung; Genehmigung und Kreditbewilligung**

I **Eintreten:**

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Es folgt Traktandum Nr. 5. Hier geht es um die Genehmigung und Kreditbewilligung mit der Anpassung der Leistungsvereinbarung zur finanziellen Unterstützung des FC Langenthal. Ist das Eintreten bestritten? Nein, es ist somit stillschweigend genehmigt.

II **Beratung:**

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Die Berichterstattung erfolgt durch Gemeinderätin Helena Morgenthaler, Ressortvorsteherin Kultur und Sport.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Bei diesem Geschäft geht es um eine Anpassung des jetzt gültigen und laufenden Leistungsvertrag mit dem FC Langenthal. Der Verein FC Langenthal wurde vor 122 Jahren gegründet. Er ist einer der grössten Langenthaler Sportvereine, hat zurzeit 14 Mannschaften, wobei die erste Mannschaft mit Erfolg in der 1. Liga spielt. Daneben gibt es zehn Juniorenmannschaften, die etwa 250 Kinder umfassen. Der FC Langenthal übernimmt und erfüllt, wie natürlich auch die anderen Sportvereine, in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben und gewann vor etwa zehn Jahren zurecht den Sozialpreis der Stadt Langenthal. Der FCL spielt vorwiegend auf der Rankmatte. Sie sehen hier auf dem Bild im Zentrum das Kunstrasenfeld. Etwa auf der Höhe, dort rechts neben dem Tor etwas unterhalb befindet sich ein Container, um den es dann später noch gehen wird sich um einen Garderoben-Container handelt. Der FC ist Besitzer dieser Anlage auf der Rankmatte. Es ist in der Region und im Kanton ein bisschen ein Kuriosum, dass ein Verein Besitzer einer solchen Anlage ist. Die Stadt Langenthal kann sich aber von schreiben, dass der FC Langenthal diese Anlage selber betreibt. Was ich zuvor beim Beschrieb noch vergass zu erwähnen, ist, dass im Übrigen angrenzend am unteren Bildrand auch noch das Trainingsfeld dazugehört. Die Mitglieder des FC und wahrscheinlich auch die Freunde und Sympathisanten leisten draussen in der Rankmatte sehr viel freiwillige Fronarbeit. Wie gesagt ist sich der Gemeinderat dessen bewusst, dass dies eine sehr passende Lösung für die Stadt darstellt.

Bei diesem Geschäft geht es nun um die Anpassungen des jetzt gültigen und laufenden Leistungsvertrag. Die Infrastruktur in der Rankmatte kam mittlerweile in die Jahre. Sie sehen hier als Beispiel die festen Gebäude; der Grossteil der Gebäude sind mit Ausnahme des Kunstrasenfelds zwischen 40 und 80 Jahre alt. Es fehlen dem Verein zusätzliche Garderoben, sanitäre Anlagen für einen geordneten Spielbetrieb, damit man die Auflagen des Verbands erfüllen kann. Weiter kämpft man in den Garderobenräumen mit immer wiederkehrendem Schimmelpilz wie auch mit einer Rattenplage; dies natürlich auch aufgrund der Nähe zur Langeten. Es stehen zudem Dachsanierungen an und der Einbau von Isolation und Feuchtigkeitssperren wurde notwendig und kam dabei auch teurer als vorgesehen. Die massiv gestiegenen Strom- und andere Betriebskosten schlagen ebenso enorm zu Buche und sind in der Zwischenzeit Fr. 45'000.00 pro Jahr höher als man damals im Leistungsvertrag vor fünf Jahren festlegte. All dies teilte der FC Langenthal bereits vor über einem Jahr dem Gemeinderat mit, legte dies auch schriftlich dar und wies im Detail alles

stadtlangenthal
Finanzielle Unterstützung des FC Langenthal: Anpassung Leistungsvereinbarung; Genehmigung und Kreditbewilligung

Ausgangslage

- Verein
- Rankmatte



20.11.2024 2

stadtlangenthal
Finanzielle Unterstützung des FC Langenthal: Anpassung Leistungsvereinbarung; Genehmigung und Kreditbewilligung

Worum geht es?



20.11.2024 3



entsprechend aus. Der Leistungsvertrag wird ja jährlich kontrolliert, um zu sehen, ob alles erfüllt wird. Dabei geniesst die Stadt jederzeit Einsicht in die Bücher des FC Langenthal, was so auch im Leistungsvertrag gemäss Art. 5 beschrieben ist.

Nach dem ersten Lösungsansatz, der dem FC in diesem Sommer vorgeschlagen wurde, fand ein weiteres Gespräch zwischen den beiden Partnern statt. Dabei teilte der FC Langenthal mit, dass sich die Situation, wie ich sie zuvor beschrieb, in der Zwischenzeit nochmals verschärfte. Im Nachgang zu diesem Gespräch und kurz vor den Herbstferien beschloss der Gemeinderat, dass der Verpflichtungskredit jährlich um Fr. 40'000.00 erhöht werden soll, wobei auch noch Nachkredite für das Jahr 2024 und 2025 zu bewilligen sind, was auch in Art. 7 des Leistungsvertrag ersichtlich ist. Auf der anderen Seite hat sich der FC Langenthal zu verpflichten, bis zum 31. Dezember 2025 ein bewilligungsfähiges Baugesuch betreffend Neubau von Garderoben und sanitären Anlagen auf der Rankmatte einzureichen. Es geht dabei hauptsächlich auch um einen Ersatz dieses Containers, auf den ich zuvor hinwies. In einem weiteren Punkt soll der FC Langenthal bis zum 31. Dezember 2026 eine Bedarfsplanung zur Zukunft des FC Langenthal auf der Rankmatte erstellen. Das wären diese drei Anpassungen.

Finanzielle Unterstützung des FC Langenthal: Anpassung
Leistungsvereinbarung; Genehmigung und
Kreditbewilligung

Anpassung des Leistungsvertrages



Erlauben sie mir noch eine Bemerkung in eigener Sache. Genau auf den Tag heute vor fünf Jahren sprachen wir hier im Saal auch bereits schon über Darlehen und Leistungsvereinbarung mit dem FC Langenthal und fassten dabei auch die entsprechenden Beschlüsse. Damals wurde moniert, dass der FC Langenthal in Sachen Damenfussball seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Laut Auskunft des FC Langenthal kann ich dazu berichten, dass Herzogenbuchsee zwei Damentteams in verschiedenen Ligen sowie auch ein Juniorenteam unterhält. Roggwil hat ebenso ein Damenteam und verschiedene Juniorinnenteams. Der FC Lotzwil und Steckholz haben zusammen ein Damenteam, das in der Alternativliga spielt. Sie sehen, dass rund um Langenthal solche Angebote existieren. Leider kommen der FC Aarwangen, der FC Wynau, AS Italica, KF Shqiponja und eben auch der FC Langenthal dem nicht nach. Das ist schade. Es gab immer wieder Bemühungen, dass dies der FC zusammen mit AS Italica lanciert. Aber es scheiterte jeweils an der knappen Kapazität, da der Platz auf der Rankmatte einfach knapp ist, und auch an den fehlenden Funktionärinnen und Funktionären. Der FC Herzogenbuchsee ist sehr aktiv, Roggwil ebenfalls, vor allem im Juniorinnenbereich und arbeitet sehr gut mit Langenthal zusammen. Die Vereine stehen immer in Verbindung zueinander und die Wege im Oberaargau sind ja wirklich kurz. Der FC Herzogenbuchsee verfügt natürlich über eine optimale Infrastruktur mit zwei reglements-konformen Spielfeldern, zwei Trainingsplätze auf dem Waldäcker. Sie erinnern sich, dass Herzogenbuchsee dank der Bahn 2000 relativ einfach zu dieser Infrastruktur kam.

Ja, auf der Rankmatte ist es einfach nicht möglich, wozu ich Ihnen die Gründe bereits nannte. Und auch auf dem Hauptrasenfeld im Leichtathletikstadion wird es schwierig. Nebst den Leichtathleten sind dort auch noch die Invaders, AS Italica und KF Shqiponja am Trainieren. Dabei gibt es dort auch noch ein Problem mit den Kabinen, da diese doch auch immer noch geschlechtergetrennt genutzt werden müssen, was ja auch richtig ist. Das sind meine Ausführungen zu diesem Geschäft. Es würde mich ausserordentlich freuen – und die Vertreter, die heute Abend vom FCL anwesend sind, sicher auch – wenn Sie diesem Geschäft Ihre Stimmen geben könnten. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Eine Berichterstattung der GPK ist angekündigt und übernimmt Diego Clavadetscher.

Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK schaute sich das Geschäft an und stellte mit 6:0 Stimmen bei einer Abwesenheit die formelle Richtigkeit dieses Geschäfts fest. Die Fragen, die im Rahmen dieser GPK-Sitzung gestellt wurden und eigentlich auch dazu führten, dass wir Bericht erstatten, wurden



zum Teil von Gemeinderätin Morgenthaler beantwortet. Dabei wurde auch noch die Frage gestellt, ob man heute schon weiss, wo sich der Standort für die neuen Garderoben befinden wird? Dazu wurde erklärt, dass es bislang provisorische Abklärungen gab, aber noch nichts sicher ist. Klar ist, dass der heutige Standort aufgrund des zu geringen Gewässerabstands nicht mehr geht. Danach erkundigte sich ein GPK-Mitglied noch über die im Geschäft vor fünf Jahren monierte Pendenz in Bezug auf den Darlehensvertrag und dessen Absicherung und fragte an, ob diese nun aufgearbeitet werden konnte? Diese Frage wurde verneint. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So kommen wir zu den Fraktionen.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion diskutierte dieses Geschäft zur Erhöhung des Beitrags an den FC Langenthal intensiv, aber auch kontrovers. Dabei kann ich es vorwegnehmen, dass unsere Fraktion diesem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen wird. Uns ist bewusst, dass der FCL eine wichtige Funktion in Langenthal einnimmt. Es ist nicht nur die erste Mannschaft, die sehr erfolgreich unterwegs ist, sondern eben auch das grosse Engagement im Nachwuchsbereich. Dabei geht es nicht nur um Sport, sondern auch um Integration und um den Zugang zu niederschweligen Sportangeboten auch für Familien, die nicht über grosse finanzielle Möglichkeiten verfügen. Die Rankmatte – wie auch der Schoren – ist eben eine Sportanlage, die nicht direkt von der Stadt unterhalten wird. Das führt dazu, dass die Zuwendungen an solche Vereine, in dem Fall nun an den FCL, explizit ausgewiesen werden müssen und auf den ersten Blick auch als relativ hoch erscheinen. Auf den zweiten Blick muss man aber feststellen, dass andere Vereine mit den Turnhallen und beispielsweise auch im Leichtathletikstadion die Infrastruktur fast gratis zur Verfügung gestellt bekommen. Deshalb lassen sich diese Zuwendungen auch nicht miteinander vergleichen. Falls die Stadt diese Anlage selber unterhalten müsste, wären die Kosten ja wahrscheinlich ziemlich viel grösser.

Was in unserer Fraktion kontrovers diskutiert wurde und Helena Morgenthaler zuvor bereits etwas antönte und vorwegnahm, ist, dass der FCL leider immer noch kein Frauenteam hat. Uns ist bewusst, dass dies zum Teil mit den sehr prekären Garderobensituation – die Bilder vorher erinnerten mich übrigens irgendwie an unsere Kindergärten – und mit der Tatsache, dass sich doch andere Vereine wie der FC Roggwil sehr darauf spezialisierten, zu tun hat. Die SP/GL-Fraktion würde es aber dennoch sehr begrüssen, wenn in diese Richtung weitergearbeitet würde. Es wäre unsere Hoffnung, dass spätestens nach Bau der neuen Garderoben diesbezüglich etwas gemacht werden könnte. Gerade auch, wenn man daran denkt, dass im nächsten Jahr die Fussball-EM der Frauen in der Schweiz stattfindet, und auch angedacht ist, dass ein Team in Langenthal beherbergt wird, könnten wir uns vorstellen, dass danach die Nachfrage doch ziemlich ansteigt und es dann Langenthal sehr gut anstehen würde, vielleicht auch im Frauenfussball etwas vorwärts zu machen. In dem Sinn möchten wir Euch beantragen dieses Geschäft anzunehmen. Dabei sind wir jetzt gespannt, wie diese neuen Ausgaben von unseren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen kommentiert werden.

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos): Ja, Roland Loser sprach es soeben an, dass dies heute Abend teuer wird. Wenn man auf die Kasse schaut, wären wir wohl alle gescheiter zuhause geblieben. Aber so einfach geht es eben nicht. Es ist teurer Abend und vor allem ist auch der Sport in Langenthal teuer; ich denke da auch an den SCL, an den Eissport und insgesamt auch an Curling und den Eislauf, das alles sehr viel Geld braucht, sei es wie jetzt für Investitionen, die ja zudem jährlich anfallen. Ich denke aber auch an die Leichtathleten, Stichwort «Zeitnehmerhüsli», die Ansprüche und Bedarf haben und nun kommt auch wieder der FC Langenthal und möchte noch mehr Geld. In unserer Fraktion gab dies wirklich auch zu reden und wir fragen uns, wo dies noch hinführt. Irgendeinmal geht es einfach nicht mehr, wenn alle dauernd mehr wollen. Auf der anderen Seite, und dies wurde auch klar gesagt, können wir natürlich auch glücklich und stolz sein, dass wir starke und gute geführte Vereine hier in Langenthal haben, die auf grosse Nachwuchsabteilungen haben und vielen Kindern eine gute, schöne und sinnvolle Freizeitbeschäftigung ermöglichen. Und auf der anderen Seite gibt es damit auch erste Mannschaften, die den Namen von Langenthal in die Schweiz hinaustragen. In diesem Dilemma befinden wir uns und müssen nun schauen, was wir machen wollen.

Lustigerweise sehen wir es etwas ähnlich wie die SP/GL-Fraktion, sind doch auch wir grossmehrheitlich dafür, dass wir halt auch hier noch einmal – und ich sage es jetzt einmal so – in diesen sauren Apfel beißen



und diesen Beitrag erhöhen, um damit eigentlich auch zu estimieren, was der FC Langenthal gerade im Nachwuchsbereich alles macht. Hier erbringt der FC Langenthal auch eine gewaltige Integrationsleistung, was auch einmal gesagt werden darf und auch oft unterschätzt wird. Dies ist nicht erst seit gestern so, sondern schon seit Jahrzehnten. Das ist wirklich beeindruckend. Aber es gab schon auch Stimmen in der Fraktion, die sich beispielsweise fragten, ob man dann nicht zuerst bei dieser teuren ersten Mannschaft mit diesen teuren Transfers und diesem teuren Trainer etwas sparen könnte, wofür sie dann etwas mehr Geld vorhanden wäre, um nicht immer bei der Stadt um anzufragen? Das waren schon auch Stimmen, die klar zum Ausdruck gebracht wurden. Wobei wir uns bewusst sind, dass bei Fehlen eines Aushängeschildes mit der ersten Mannschaft auch die Sponsorengelder geringer ausfallen. Das ist dann wieder die Kehrseite davon. Von dem her stimmen wir in einer Gesamtbetrachtung diesem Geschäft zu und erhöhen diesen Beitrag noch einmal in der Hoffnung, dass es dann auch wirklich dabeibleibt und dies dann auch ausreicht.

Wie es der GPK-Sprecher bereits antönte, ist noch eine Pendeuz aus dem Jahr 2019 offen. Dabei hat unsere Fraktion schon auch den Eindruck, dass man dies nun bereinigen sollte, sodass dazu in einer späteren Phase noch ein entsprechender Antrag von uns gestellt wird. Sollen wir ihn bereits jetzt schon behandeln? Oder später?

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Du kannst diesen Antrag gerne auch bereits jetzt stellen.

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos):

Also gut. Sie sehen ihn hier sogleich eingeblen-det. Diejenigen, die damals bereits dabei waren, erinnern sich, dass wir damals im November 2019 vor genau fünf Jahren über die letzte Leistungsvereinbarung und den Darlehensvertrag für das neue Kunstrasenfeld diskutierten, was wir dann hier im Rat auch so beschlossen. Danach mussten wir aber feststellen, dass die Vorbereitung des Geschäfts insofern eine Diskrepanz aufwies, als dass man den Darlehensvertrag auf 40 Jahre abschloss und dieser seitens des FCL sogar noch um zehn Jahre verlängert und somit 50 Jahre dauern könnte. Auf der anderen Seite gibt es dieses Vorkaufsrecht, zu dem man sich nach längeren Verhandlungen darauf einigte, der Stadt Langenthal ein Vorkaufsrecht für die Rankmatte einzuräumen, dieses aber nur für 25 Jahre im Grundbuch eingetragen werden kann, weil eine längere Dauer im OR gar nicht eingetragen werden kann. Die GPK und verschiedene Ratsmitglieder waren über diese Situation nicht glücklich. Am Schluss war man sich aber einig, dass man das ganze Geschäft aufgrund dessen nicht gefährden möchte und es so auch beschlossen wurde. Nun hätten wir aber eigentlich schon erwartet, dass dies dann im Anschluss noch bereinigt worden wäre. Das passierte nun fünf Jahre lang nicht. Uns dünkt, dass nun Gelegenheit wäre, dies zu bereinigen und nachzuholen, damit man hier einen reinen Tisch und eine saubere Sache hat. Dazu müsste mit dem FCL eine kurze Vereinbarung aufgesetzt werden, dass bei Ablauf dieser 25 Jahre und dabei das Vorkaufsrecht aus dem Grundbuch gestrichen wird, man dies dann nochmals neu eintragen könnte. Oder falls es nicht geht und sich die dannzumal Verantwortlichen des FCL dagegen wehren, man dann auch das Darlehen kündigen könnte. Entweder kann man es über die gesamte Darlehensdauer eintragen oder dann kann man das Darlehen kündigen. Das ist somit unser Antrag, den wir nun noch im Zusammenhang mit diesem Geschäft einbringen möchten. Damit schliesse ich. Merci.

FDP/jll-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 5, Antrag

Im Zusammenhang mit dem Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem FC Langenthal und der Erhöhung des entsprechenden Unterstützungsbeitrags ist mit dem FC Langenthal eine Regelung zu treffen, wonach der Darlehensvertrag vom 24. Oktober 2019 / 15. Januar 2020 zwischen der Stadt Langenthal und dem Verein Fussballclub Langenthal für die Erstellung eines unverfüllten Kunstrasenfelds durch den FC Langenthal auf der Fussballanlage Rankmatte nach einer Frist von 25 Jahren kündbar wird, sofern zu diesem Zeitpunkt kein erneutes Vorkaufsrecht für die Stadt Langenthal für eine weitere Dauer von 25 Jahren im Grundbuch (gem. Art. 216a OR) eingetragen werden kann.

Begründung: Der am 24. Oktober 2019 / 15. Januar 2020 abgeschlossene Darlehensvertrag hat eine Laufzeit von 40 Jahren, wobei er vom FCL sogar noch um 10 Jahre verlängert werden kann. Das damit verbundene Vorkaufsrecht für die Stadt Langenthal konnte indes von Gesetzes wegen nur für 25 Jahre im Grundbuch eingetragen werden. In der Vorbereitung des Geschäfts war dieser Umstand seinerzeit offensichtlich übersehen worden. Trotz Bemühungen der FDP/jll-Fraktion konnte die Diskrepanz bei der Behandlung des Geschäfts in der Stadtratsitzung vom 25. November 2019 nicht bereinigt werden. Nun bietet sich die Gelegenheit, die legitimen Interessen der öffentlichen Hand abzusichern, indem mit dem FCL eine kurze Vereinbarung getroffen wird, wonach das Vorkaufsrecht nach dessen Ablauf nach 25 Jahren erneuert und wiederum im Grundbuch eingetragen wird bzw. andernfalls das gewährte Darlehen kündbar wird.

Heldensitzung 23. November, Traktandum Nr. 5

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. Wir sind uns nicht sicher, ob dieser Antrag tatsächlich im Rahmen dieses Geschäfts gestellt werden kann, weil er weder auf den vorliegenden Entwurf der Leistungsvereinbarung eingeht, noch auf den Beschlussesentwurf. Unserer Meinung nach ist er in dieser Debatte eigentlich sachfremd und müsste eigentlich als Vorstoss eingereicht werden. Ich würde vorschlagen, dass wir die Debatte in der Beratung weiterführen und dann würde ich auch gerne die Gemeinderätin um eine entsprechende Stellungnahme bitten. Welcher Fraktion darf ich noch das Wort geben?



SVP-Fraktion, Patrick Fluri (SVP): Auch die SVP-Fraktion diskutierte dieses Geschäft kontrovers und wir diskutierten länger darüber als wie ich zuerst dachte. Aber wir kamen einstimmig zum Entschluss, dass wir dieses Geschäft so unterstützen. Und meine Vorredner nannten ja bereits alles, was dazu zu sagen. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Auch unsere Fraktion diskutierte diesen Vorstoss intensiv und kontrovers. Man muss sich vielleicht überlegen, wie es dazu kommt. In anderen Gemeinden unterhalten die Gemeinden den Fussballplatz und dies kommt dabei in vielen Fällen eigentlich viel teurer, als wie es in Langenthal der Fall ist. Bei den Vereinen, die das Glück haben über eine Sportstätte zu verfügen, die durch die Stadt unterhalten wird und sie diese fast gratis benützen dürfen, fliessen keine Geldbeträge. So sieht es dann beim FCL oder vielleicht auch beim SCL, der die KEB¹ braucht, so aus, als müsste man mega viel bezahlen. Was dabei aber eigentlich fehlt, ist eine Vollkostenrechnung um einmal zu sehen, was uns die anderen Vereine kosten. Im Moment lässt sich dies einfach nicht 1:1 vergleichen. Wir diskutierten dann auch noch darüber, dass der FCL eben auch sehr viel integrative Arbeit leistet und den Kindern eine sehr sinnvolle Freizeit ermöglicht, wie es bereits Pascal Dietrich erwähnte. Aus diesen Gründen werden wir einstimmig dafür stimmen. Wir haben dann auch noch einen Antrag. Dabei geht es um die Bedarfsabklärung bis Ende 2025 gemacht werden soll. Uns geht es darum, dass wir einerseits seitens der Stadt Planungssicherheit bekommen sollten, was da noch auf uns zukommt, weil es wohl mehr sein wird als nur diese Garderoben. Andererseits braucht aber auch der FCL Planungssicherheit, wenn sie auf dieser Rankmatte bleiben sollen und sie wissen müssen, wie sie dort in Zukunft weitermachen können. Von dem her bitte ich Euch auch diesem Antrag zuzustimmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Und Euer Antrag bezieht sich auf die Leistungsvereinbarung, gell? Das betrifft eine Änderung der Leistungsvereinbarung? Ja, gut. So kommen wir jetzt zu den Einzelsprecher:innen. Wir werden die Anträge nachher nochmals in Ruhe anschauen und fahren jetzt aber mit der allgemeinen Beratung des Geschäfts fort.

Sandro Baumgartner (SP): Es freut mich, dass der FCL so grosse Unterstützung erfahren kann. Ich finde den FCL auch super und auch ich spielte dort Fussball; es war eine fantastische Zeit. Zudem kenne ich von damals noch ganz viele Kollegen, sodass ich noch heute gerne an diese Zeit zurückdenke. Mich persönlich gibt es aber zu denken – und das muss ich hier noch schnell loswerden – dass wir einfach so Fr. 40'000.00 ausgeben. Als wir über die Schulsozialarbeit redeten, bei der 1'700 Kinder davon hätten profitieren können, redeten wir lange über Fr. 30'000.00. Viel länger als jetzt hier. Ich weiss, dass es nicht ganz zusammenpasst, aber ich muss dennoch meinem Herzen Luft verschaffen. Ich werde diesen Antrag selbstverständlich auch unterstützen, der FC Langenthal ist eine Superorganisation, leistet sehr viel und dagegen gibt es nicht zu sagen. Mir ging es persönlich nur darum, dass diese Gedanken auch im Protokoll festgehalten sind. Merci.

Diego Clavadetscher (FDP): Lieber Herr Dreiviertel-Kollege, selbstverständlich kann man Zahlen miteinander vergleichen. Aber dann sollte man auch andere Dinge miteinander vergleichen. Heute äusserte sich niemand von Euch zu einem Reglement, in dem ein Betrag festgeschrieben wurde. Und das war die einzige Diskussion, die wir dannzumal führten, bei der es enorme Widerstände gab, für das zu machen, was Ihr heute einfach so durchwinkt. Dies einfach als Hinweis, wenn man Geschäfte miteinander vergleichen will. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Weitere Einzelvoten? Nein. Gut, so hat nun die Gemeinderätin nochmals das Wort. Du kannst gerne im Rahmen der allgemeinen Beratung Stellung nehmen, kannst aber gerne auch bereits etwas zu den Anträgen etwas sagen, weil dazu ja auch noch eine Frage offen ist. Anschliessend schauen wir dann in Ruhe die Leistungsvereinbarung an.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): So würde ich mich sogleich zu diesen beiden Anträgen äussern. Zum Antrag von Fabian Fankhauser, respektive von seiner Fraktion, möchte ich sagen, wonach bei der Bedarfsplanung eine Verkürzung auf ein Jahr gewünscht wird, anstatt man dem FC Langenthal zwei Jahre Zeit

¹ KEB = Kunsteisbahn Langenthal AG



gibt, dass dies einfach eine Verhandlungssache war, da man wollte, dass der FCL dafür genügend Zeit erhält und dies so zusammen aushandelte. Der Gemeinderat bleibt auch bei diesem Beschluss, wie er von ihm gefasst wurde. Zum Antrag der FDP/jll-Fraktion ist zu sagen, dass es stimmt, dass wir am 25. November 2019 über das Kunstrassenfeld und über verschiedene andere Dinge in diesem Zusammenhang berieten und das Geschäft auch bewilligten. Anlässlich dieser Beratung wies Stadtrat Clavadetscher wirklich auf diese verschiedenen Laufzeiten hin, wozu hier gewisse Dinge auch durch das Obligationenrecht vorgegeben sind. Dazu stellte er auch einen entsprechenden Antrag, wie er nun auch heute vorliegt. Dannzumal wurde dieser Antrag mit 22 Nein gegenüber 12 Ja abgelehnt. Heute Abend geht es ausschliesslich um eine Anpassung des Leistungsvertrags und dabei um die Erhöhung des Verpflichtungskredits plus noch die zwei weiteren Punkte, wie ich sie erwähnte. Es liegt heute ein anderes Geschäft vor als dasjenige von vor fünf Jahren. Deshalb bitte ich sie darum diesen Antrag abzulehnen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Nun schauen wir uns den Leistungsvertrag an. Dazu liegt einerseits der Antrag der GLP/EVP-Fraktion vor, der sich auf Art. 4, letzter Absatz bezieht. Statt 31. Dezember 2026 wird als Termin der 31. Dezember 2025 beantragt. Ist das korrekt so? Gut. Wer möchte zu diesem Antrag das Wort? Niemand. Bevor wir nun zur Abstimmung über diesen Antrag schreiten, frage ich nach, ob es weitere Wortmeldungen oder Anträge zur vorliegenden Leistungsvereinbarung gibt? Keine. So stimmen wir jetzt über den Antrag der GLP/EVP-Fraktion ab, wonach die Eingabefrist für die Bedarfsplanung bereits per 31. Dezember 2025 erfolgen soll. Wer diesem Antrag zustimmen kann, zeigt es mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GLP/EVP-Fraktion zu Art. 4 betr. Eingabefrist der Bedarfsplanung

32 Ja angenommen

3 Nein

5 Enthaltungen

GLP / EVP-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 5, Antrag

Die Eingabefrist für die Bedarfsplanung des FC Langenthal ist auf den 31.12.2025 festzulegen.

Begründung: Um der Stadt wie auch dem FCL möglichst rasch eine planerische und v.a. auch finanzielle Sicherheit und Klarheit zu geben, ist aus unserer Sicht das in der Leistungsvereinbarung eingesetzte Datum vom 31.12.2026 nicht zielführend. Wir gehen davon aus, dass der FCL den grundsätzlichen Bedarf bereits heute kennt und diesen deshalb auch per Ende 2025 eingeben kann. Dies umso mehr, als die Erhöhung des jährlichen Beitrages gemäss Stellungnahme des Finanzamtes grundsätzlich nicht vertretbar ist und auch die Finanzkommission nur unter dem Vorbehalt dieses Punktes dem Geschäft zugestimmt hat.

Bedarfsplanung 2025/2026, Traktandum Nr. 5

So liegt zur Leistungsvereinbarung nichts mehr vor. Gut. So frage gerne nochmals die FDP/jll-Fraktion an, ob sie an ihrem vorliegenden Antrag festhält, auch wenn wird dessen Machbarkeit an dieser Stelle bezweifeln?

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos): Danke. Gemeinderätin Helena Morgenthaler hat selbstverständlich völlig recht, dass dieser Antrag am 25. November 2019 in ähnlicher Form vorlag und auch tatsächlich abgelehnt wurde. Warum war das so? Eben gerade deshalb, weil man das Geschäft nicht gefährden wollte. Damals war Patrick Freudiger Ratspräsident und sagte, dass dies bei Annahme des Antrags zu einer Rückweisung führt und dabei das Geschäft an den Gemeinderat zurückgehen würde. Und das wollte man dann wegen solch einem Detail nicht. Und nun hätte der Gemeinderat ja wirklich auf den Tag genau Zeit gehabt, dieses Detail eigentlich zu bereinigen. Und ich bedaure es schon sehr, dass man dies nun wieder fünf Jahre lang nicht machte. Deshalb kommen wir ja heute Abend nochmals mit diesem Antrag. Aber heute Abend wollen wir das Geschäft natürlich ebenso wenig nicht gefährden. Ich bin der Meinung, dass man dies als Auflage eigentlich relativ schlank hätte verabschieden können; in dem Sinn, dass der Gemeinderat mit dem FCL eine kurze Vereinbarung über diesen Punkt abschliesst. So wie ich hörte, würde sich der FCL dabei auch nicht bis auf das Blut dagegen wehren, ist es doch eigentlich klar, dass die beiden Laufzeiten kongruent sein sollten. Das ist eine Frage der Logik und der Vernunft, nichts anderes. So wäre das eigentlich eine kleine Sache gewesen. Wenn man aber hier das Gefühl hat, dass auch dieser Antrag problematisch ist,



zumal wir das Geschäft damit nicht gefährden wollen, so ziehen wir ihn eben zurück. Wir werden aber auch keinen Vorstoss dazu einreichen, weil es nämlich aus unserer Sicht für einen Vorstoss nicht bedeutend genug ist und zu weit führen würde. Das wäre eigentlich zu weitläufig dazu einen Vorstoss zu machen. Ich möchte einfach schliessen mit der Aufforderung und dem Appell an den Gemeinderat, was dann heute vielleicht nicht mehr reicht und dann eben an Patrick Fluri geht, dies noch zu bereinigen, damit man hier eine saubere Sache hat. Und wenn dann irgendeinmal wieder ein Geschäft vom FCL vorliegt und es immer noch nicht erledigt wäre, dann machen wir dann vielleicht effektiv einen Vorstoss. Aber jetzt dünkt es uns zu wenig bedeutend für einen Vorstoss. Es ist einfach ein Detail, das man bereinigen sollte. Wir ziehen den Antrag zurück. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci vielmals für diese Klärung. Wünscht sonst noch jemand das Wort zu diesem Geschäft? Nein. Somit ist die Beratung geschlossen und wir schreiten zur Abstimmung. Wer dem Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 so zustimmen kann, zeigt es mit der Karte. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 33 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 6 Enthaltungen:**
- 1. **Die Leistungsvereinbarung betreffend die finanzielle Unterstützung des Fussballclubs Langenthal zwischen der Stadt Langenthal und dem Fussballclub Langenthal vom 30. September 2024 wird genehmigt.**
- 2. **Die Erhöhung des Verpflichtungskredites für den Unterstützungsbeitrag an den Fussballclub Langenthal von Fr. 130'000.00 auf Fr. 170'000.00 pro Jahr ab dem Jahr 2024 wird bewilligt, wobei im Einzelnen:**
 - a. **der hierfür im Jahr 2024 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 40'000.00 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2024, Konto 6160.3636.17 "Fussballclub Langenthal; Unterstützungsbeitrag", bewilligt wird.**
 - b. **der hierfür im Jahr 2025 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 40'000.00 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2025, Konto 6160.3636.17 "Fussballclub Langenthal; Unterstützungsbeitrag", bewilligt wird.**
 - c. **ab dem Jahr 2026 jeweils Fr. 170'000.00 im Budget der Erfolgsrechnung, Konto 6160.3636.17 "Fussballclub Langenthal; Unterstützungsbeitrag", einzustellen sind.**
- 3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



6. Sanierung der Aarwangen- und der St. Urbanstrasse: Genehmigung des Vorprojektes; Bewilligung eines Verpflichtungskredites

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Es folgt nun Traktandum Nr. 6: Sanierung der Aarwangen- und der St. Urbanstrasse: Genehmigung des Vorprojektes sowie Bewilligung eines Verpflichtungskredites. Ist das Eintreten bestritten? Nein.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So starten wir mit der Beratung. Die Berichterstattung erfolgt durch Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es geht um drei Projekte aus dem Agglomerationsprogramm der dritten Generation. Ich erlaube mir hier sehr rasch vorwärts zu gehen, angesichts der auch schon bereits fortgeschrittenen Zeit.

Es geht dabei um die Aarwangenstrasse, bei der wir Defizite punkto Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und der Strassenumgestaltung haben. Entsprechend gibt es einen hohen baulichen Sanierungsbedarf. Es ist so, dass, wenn Sie diese Strasse mit dem Velo passieren, anhand der Schlaglöchern etc. ein erheblicher Bedarf spürbar wird. Es gibt dort zudem auch eine hohe Bus- und Passagierfrequenz; das heisst, es verkehren dort beim Coop, respektive bei der BEKB nebst dem Bahnhof am Zweitmeisten Passagiere und Busse in der Stadt Langenthal. Wir haben hier ein Vorprojekt, das wir Ihnen zur Genehmigung vorlegen.

Ausgangslage

Defizite punkto Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und Strassenraumgestaltung
Hoher baulicher Sanierungsbedarf
Hohe Bus- bzw. Passagierfrequenzen

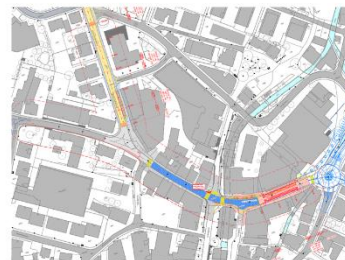
Vorprojekt liegt vor

25.11.2024

11

Sie erkennen hier den ungefähren Perimeter, den es betrifft; das heisst hier vom blauen Bereich an der unteren Bahnhofstrasse, wo auch dort der Belag nochmals saniert werden muss. Dann haben wir die Kreuzung, die die Marktgasse durchquert und wir haben das Projekt mit diesen Bushaltestellen; ein Projekt, das Sie eigentlich schon kennen, weil der Stadtrat dies bereits schon einmal genehmigte. Der Gemeinderat sistierte dann die Umsetzung, gab es in das Agglomerationsprogramm ein und wollte auch warten, bis die Waldhofstrasse saniert war.

Perimeter



25.11.2024

12

Wenn man dieses Kernstück etwas genauer anschaut, so gehen wir hier immer noch vom selben aus. Das heisst, dass dort die Vorbereiche bei diesen Läden erweitert werden und es eine breitere Trottoir-Situation gibt. Es werden dort lange Bushaltestellen hinkommen, wobei die Kanten erhöht werden, damit das Ganze dann auch dem Behindertengleichstellungsgesetz entspricht. Insbesondere wurde hier auch noch der Vorbereich des Restaurants Bären überarbei-

Ausschnitt



25.11.2024

13



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

tet. Dies erfolgte in Abstimmung mit der Eigentümerschaft des Bären.

Wir begehren Ihnen heute 2,621 Mio. Franken. Sie sehen, dass wir auf das Ganze gesehen eine Projektreserven von 10% vorsehen, weil wir uns hier ja noch in einem Vorprojekt befinden. Auch hier hielten wir uns an den Umsetzungsvorschlag des Stadtrats, indem wir nun eben zuerst mit dem Vorprojekt zu Ihnen kommen, es genehmigen lassen und dann anschliessend einen Verpflichtungskredit von Ihnen sprechen lassen, damit dann das Ganze umgesetzt werden kann. Wir rechnen mit Umsetzungskosten von 2,383 Mio. Franken. Auch hier ist es so, dass etwa ein Drittel des Betrags als Subventionen aus dem Agglo-Topf kommt, wenn es uns eben gelingt, diesen Strassenzug rechtzeitig bis Ende 2207 zu sanieren. Voilà.

Das hier ist der Beschluss. Merci für die Kenntnisnahme, merci für die Beratung.

Kosten

Kostenposition	Fr.
A Landwerb	2'000.00
B Baukosten	1'592'000.00
C Baunebenkosten	410'000.00
D Unvorhergesehenes (10% von A-C)	200'000.00
TOTAL ohne MWST.	2'204'000.00
MWST.	179'000.00
TOTAL inkl. MWST.	2'383'000.00

Subventionen:

Namhafte Beiträge aus Agglo-Topf (rund 1/3 des Investitionskredites)
An Realisierungsdatum gebunden

	Total Fr.
A Kostenschätzung (Stand Vorprojekt ±20%)	2'383'000.00
B Projektreserve (10% von A)	238'000.00
T Total zu bewilligender Verpflichtungskredit (A+B)	2'621'000.00

Beschluss

- Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67, Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags des Stadtbauamts vom 5. September 2024, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu folgendem Beschluss:
Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61, Abs. 2 Ziffer 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeindeeigenen Berichts vom _____ beschliesst:
I. Das Vorprojekt "Aarwangenstrasse/St. Urbanstrasse" gemäss Ausführungen im Bericht und Antrag vom 5. September 2024 wird genehmigt.
II. Zur Finanzierung der weiteren Projektierung und zur Umsetzung (SIA-Phasen 32 bis 53) des Teilprojekts Aarwangenstrasse / St. Urbanstrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 2'621'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.89 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Aarwangenstrasse / St. Urbanstrasse" bewilligt.
III. Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.88 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Aarwangenstrasse / St. Urbanstrasse, Subventionen", zugewiesen.
IV. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Kommunikationsmassnahmen gemäss Ziffer 14 des rubrizierten Berichts und Antrags durchzuführen.
3. Die Stadtkanzlei wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Eine Berichterstattung der GPK ist keine angemeldet. Wir kommen zu den Fraktionen. Welche möchte gerne als Erste das Wort?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Ich erlaube mir eingangs zu den Kosten sogleich zu allen drei Traktanden, das heisst zu Traktandum Nr. 6, Nr. 7 und Nr. 8, Stellung zu nehmen. Im Investitionsplan sind 3,71 Mio. Franken vorgesehen. Die Kostenschätzung sieht nun 3,577 Mio. Franken vor. Das bedeutet, dass die Kosten Fr. 133'000.00 tiefer ausfallen sollen. Da ist alles tiptop. Jetzt ist aber so, dass, wenn diese Kostenschätzung eine Genauigkeit von +/- 20% aufweist und in allen drei Traktanden eine Reserve von 10% eingerechnet ist, eigentlich 10% fehlen. Was ich damit sagen will, ist, dass, wenn wir diese Verpflichtungskredite annehmen, müssen die Kosten in der weiteren Bearbeitung genau im Auge behalten werden. Bei Stand der heutigen Kosten haben wir nicht zu viel Geld, sondern wir haben eigentlich noch zu wenig Geld.

Ein zweiter Punkt, der alle drei Traktanden betrifft, ist derjenige, wonach im Bericht & Antrag steht, dass die Bauarbeiten bis 2027 abgeschlossen sein müssen. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass kommuniziert wurde, dass es vielmehr die Bauabrechnung ist, die bis zu diesem Zeitpunkt per Ende 2027 abgeschlossen sein muss. Da wären wir froh, wenn dies noch geklärt werden könnte.

Ich komme nun zu Traktandum Nr. 6 betreffend der Aarwangen- und St. Urbanstrasse. Bei diesem Projekt stellt unsere Fraktion den Antrag, dass «das Überholen von wartenden Bussen durch nachfolgenden Fahrverkehr nicht mit Markierungen oder Signalisationen eingeschränkt wird.» Begründung: Trotz der kurzen Haltestellenaufenthaltszeiten besteht die Gefahr, dass sich hinten den Bussen die Fahrzeuge aufstauen und dadurch den Verkehr im Kreislauf beim Spitalplatz zum Erliegen bringen. Entsprechend soll keine Markierung und auch keine Signalisation dem nachfolgenden Fahrverkehr verunmöglichen, diese Busse zu überholen. Zu diesem Schluss kommt übrigens auch das Korreferat, wie man im Bericht unter Punkt 6.1 nachlesen kann. Das heisst, dass das Projekt nun also genau so aussieht, wie wir das wollen, aber nirgends



explizit festgehalten ist, dass eben dieses Überholen möglich ist. Deshalb möchten wir mit unserem Antrag Klarheit schaffen. Merci für Ihre Unterstützung.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Für die SVP-Fraktion steht diesem Geschäft ebenso etwas auf wackligen Beinen. Wir sind nicht gegen dieses Geschäft, aber das Thema ist allgegenwärtig, dass die Ausführung bis 2027 erfolgen muss. Wenn ich nun denke, wie viele Geschäfte wir bis 2027 abgeschlossen haben müssen, so wird es mir, wie ich bereits mehrfach erwähnte, Angst und Bange, dass man überhaupt irgendwie etwas für 500 Meter transportieren darf, ohne dabei über Roggwil und Aarwangen kehren zu müssen. Dabei rede ich nun nicht vom Freiwilligenverkehr am Wochenende aus lauter Spass. So wird Langenthal einfach verstopft. Wie ich bereits mehrfach darauf hinwies, sollte man die Bauzeiten so koordinieren, dass diese quasi nicht alle miteinander stattfinden, sondern koordiniert eines nach dem anderen saniert wird. Dabei ist besonders wichtig, dass man den Faktor Zeit im Auge behält. Wir planen hier bereits recht lange und bei dieser Umsetzungszeit wird Langenthal während eineinhalb Jahren umgestochen. Das sehen wir etwas kritisch. Wir hoffen sehr, dass man die Projektplanung zeitnah beenden kann, damit man zügiger und früher starten kann, um sie dann auch zeitgerecht abrechnen zu können. Was uns zudem auch noch ein Dorn im Auge ist, betrifft die ganze Fussgängerzone. Die Fussgängerzone, die vom Bären Richtung Manor gehen sollte, ist der Ort mit dem zweitmeisten Busverkehr, wie es vorher Reto Müller bereits ausführte. Und dort hat es diese hohen Trottoirs, die wir ja nicht absenken können und in der jetzigen Höhe belassen müssen. Dabei geben wir dort dem Fussgängerverkehr die volle Vorfahrt, um über diese Trottoirs hinaus die Seite wechseln zu können, weil sich dort ja die Begegnungszone befindet. Wir stellen dies weiterhin ein bisschen in Frage. Und nichtsdestotrotz wünschen wir doch, dass dieses Projekt ein gutes, zügiges Ende findet. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Nach dem gestrigen Entscheid ist es vielleicht überraschend, aber die GLP/EVP-Fraktion stimmt allen drei Strassenprojekten zu. Wir sind der Meinung, dass es dies unbedingt braucht und insbesondere auch deshalb, da mit den Agglo-Programmen auch noch Geld von Kanton und Bund beantragt werden kann und wir dies unbedingt wahrnehmen müssen. Den Antrag der FDP betreffend entschieden wir uns, diesen nicht zu unterstützen. Es gibt im Moment sehr viel gefährliche Situationen, insbesondere für Velofahrende an diesem Ort. Wenn sich dann im Vorprojekt herausstellt, dass ein Überholen der Autos machbar und die Sicherheit gewährleistet ist, dann ist das super. Wir würden hier aber der Sicherheit die höhere Priorität einräumen. Merci.

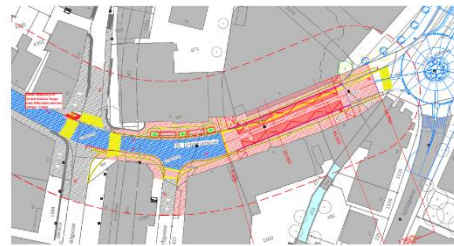
SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Auch wir diskutierten das Geschäft, nicht kontrovers und auch nicht bissig. Wir sind ganz klar der Meinung, dass man diese Strassen unterhalten muss und darf. Wir sind auch glücklich, dass der Langsamverkehr und die Sicherheit im Fokus stehen, und natürlich auch das Behindertengleichstellungsgesetz. Dafür sind wir sehr dankbar und freuen uns auch hier auf eine neue Strasse, die nebst den Autofahrern und dem motorisierten Individualverkehr auch von Velofahrer und Fussgänger genutzt werden kann. Beim Antrag der FDP sind wir uns nicht ganz schlüssig, wie es mit der Sicherheit aussieht. Das müsste man bestimmt im Projekt nochmals anschauen können. Deshalb sind wir hier nicht einer Meinung, ob man dies so unterstützen kann. Je nach Situation werden einige Ja und andere mit Nein stimmen. Vielleicht gibt es sogar auch Enthaltungen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So kommen wir zu den Einzelsprecher:innen. Wer möchte das Wort?



Diego Clavadetscher (FDP): Kann man bitte die Folie einblenden, die der Stadtpräsident zeigte. Es geht um denjenigen Plan, auf dem man sieht, wo die Bushaltestelle zu liegen kommt. Ich möchte Sie einfach bitten die Distanz zwischen dieser dunkelroten Fläche, die der Bushaltestelle entspricht, und dem blauen Kreislauf, an dem der ganze Verkehr Ost-West durchführt, anzuschauen. Wie wir das bereits das letzte Mal hörten, sollte die durchschnittliche Bushaltezeit 30 Sekunden dauern. Diejenigen, die regelmässig

Ausschnitt



dort stehen, wissen, dass es dort längere Haltezeiten gibt, weil dieser Ort dafür gebraucht wird um eine allfällige Differenz zu den Fahrplanzeiten zu kompensieren; das heisst um nicht zu früh oder zu spät am Bahnhof anzukommen. Oft stehen dort sogar zwei Busse und wenn man sieht, wie viele Autos dahinter noch Platz haben, und man dabei nicht überholen kann, so legen wir das Langenthaler Verkehrssystem auf dieser Achse St. Urbanstrasse Richtung Madiswil usw. lahm. Und dann ist das, was wir hier bauen einfach ein Hindernis und kein Gewinn. Deshalb bin ich froh, wenn Sie den Antrag der FDP unterstützen, ansonsten dies keine Freude ist, für die uns die nächste Generation rühmen wird. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. Weitere Einzelsprecher:innen?

Corinna Grossenbacher (SVP): Ja ich weiss, dass wir uns am liebsten zu Fuss durch die ganze Stadt bewegen möchten, aber Fakt ist auch, dass, wenn man tatsächlich mit dem Auto dort durchfahren muss – sei es, weil man von St. Urban oder von Melchnau herkommt – dann ist der Kreislauf heute schon eine Pein. Ja, da steht man manchmal schon ab Höhe des Spitals, bis man den Durchfluss hinbekommt und man überhaupt irgendwo Richtung Melchnau abbiegen kann. Von dem her muss ich sagen, würde ich es toll finden, wenn man diesen Antrag, den ich sehr begrüsse, ebenso begrüssen würde. Und ich kann mir vorstellen, dass man natürlich bei der Umsetzung durchaus auch ein Auge auf die Sicherheit haben wird. Nur wenn wir ganz ehrlich sind, ist heute bereits die Sicherheit mit dem Fussgängerstreifen, den kein Mensch einsehen kann, viel weniger gegeben, als wie das auf dem neuen Bauabschnitt zu erkennen ist. Ich wäre froh, wenn man dies unterstützen würde.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Weitere Einzelvoten? Gut. Wir beziehen uns nun ganz konkret auf diesen Antrag. Möchte die antragstellende Fraktion nochmals das Wort? Nein. Möchte der zuständige Gemeinderat nochmals das Wort. Ja, dem ist so.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Merci vielmals für die Debatte und auch für den Antrag. Zum Antrag selber ist zu sagen, dass es richtig ist, dass man im Korreferat der Gruner AG zum Schluss kam, dass man auf diese Signalisation verzichten kann. Unsere Fachleute kamen zum Schluss, dass es im Rahmen der Verkehrssicherheit besser wäre, wenn man diese Busse nicht überholen würde, falls man querende Personen vor den Bussen hätte, die dort durchgehen wollen. Aber die Verantwortung für die Überholmanöver liegt bei den Fahrzeuglenkerinnen und -lenker. Insofern, wenn man hier sagt, dass man auf diese Signalisation und Markierung verzichten will und kann, kann man dies so machen. Sie sind somit nicht zwingend.

Dann wurde allgemein etwas zu den Kosten gesagt. Es ist so, dass wir diese +/- 20 %, die wir bei diesem Vorgehen berücksichtigen, nicht alle investitionsplan-neutral umsetzen können. Das heisst, dass wir wirklich auch Vergabeerfolge erzielen müssen und jeweils nicht auf den Maximalbetrag bei all diesen Verpflichtungskrediten abzielen können. Insofern würden Sie mit diesem Vorgehen natürlich auch die Kostenkontrolle durch den Gemeinderat anmahnen. Das heisst, wir werden schauen müssen, dass wir diese Kosten nach wie vor im Griff haben. Dann wurde noch die Frage nach den Fristen gestellt. Ich fand eventuell nicht gerade die aktuellste Version, aber es ist so, dass «für Massnahmen der 1. und 2. Generation vereinbart wurde, dass deren Umsetzung bis Ende 2027 zu erfolgen hat. Der Bund verlangt, dass für diese Massnahme bis zu diesem Zeitpunkt eine Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen werden muss, andernfalls erlischt



der Anspruch auf die dafür beschlossenen Bundebeiträge». Ich zitiere hier aus den Richtlinien zum Programm des Agglomerationsverkehrs. Meines Wissens ist es beim AP3 so, dass man bis Ende 2027 gebaut haben und die Abrechnung anschliessend sechs Monate später bis 30. Juni 2028 vorliegen muss. Aber dies sage ich ohne Gewähr, einfach mit Stand des heutigen Irrtums. Wir klären dies ansonsten noch genauer ab und bringen es Ihnen zur Kenntnis.

Dann möchte ich vielleicht noch zu allen anderen gemachten Äusserungen sagen, dass es so ist, dass wir uns mit diesem Agglomerationsprogramm 3 effektiv viel vornahmen. Wenn man hier aber diese Schreckensszenarien hört, dass wir jede Strasse aufreissen und wir damit Langenthal lahmlegen etc., so streckten wir ja bereits das Programm, was ich Ihnen bereits an der letzten Sitzung in den Mitteilungen des Gemeinderates entsprechend erläuterte und ich an dieser Stelle nochmals wiederhole. Wir werden sehr viele Programmteile innerhalb des AP5 noch einmal eingeben, damit wir dies dann sowohl investitionsbezogen, wie auch bezüglich der zeitlichen Abfolge erstrecken können. Dann freut es mich ein bisschen, dass es Leute gibt, die über das Temporegime im Stadtrat diskutieren wollen. Der Gemeinderat wollte dies mit Ihnen ebenso diskutieren, welches Temporegime in der Stadt als Regelung eingeführt werden soll. Die GPK befand dann im Juni 2023, dass dies in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Deshalb setzen wir es dann so um, was wir für richtig finden. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der FDP/jll-Fraktion. Es geht also um eine Änderung des vorliegenden Beschlussesentwurfs. Dieser Antrag führt dazu, dass es mit diesem Einschub eine neue Ziffer 2 gibt und die bisherige Ziffer 2 zur Ziffer 3 wird. Wer dem Antrag der FDP/jll-Fraktion mit der Ergänzung des Beschlussesentwurfs zustimmen will, zeigt es nun mit der Stimmkarte an. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der FDP/jll-Fraktion zur Ergänzung des Beschlussesentwurfs mit neuer Ziffer 2

20 Ja angenommen

17 Nein

2 Enthaltungen

FDP/jll-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 6, Antrag

Ergänzung Beschlussesentwurf:

1. Das Vorprojekt zur Sanierung der Aarwangen- und der St. Urbanstrasse gemäss den Ausführungen im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 5. September 2024 wird genehmigt.
2. Das Überholen von wartenden Bussen, durch nachfolgenden Fahrverkehr, wird nicht mit Markierungen oder Signalisationen eingeschränkt.
3. Zur Erarbeitung des Bauprojektes und der baulichen Realisierung der Sanierung der Aarwangen- und der St. Urbanstrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 2'622'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.88 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Aarwangenstrasse / St. Urbanstrasse", bewilligt.
4. Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.88 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Aarwangenstrasse / St. Urbanstrasse, Subventionen", gutgeschrieben.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Dokumentation 23. November, Traktandum Nr. 6

Wünscht nun irgendjemand nochmals das Wort zu diesem Geschäft? Der Gemeinderat wohl auch nicht. So kommen wir zur Schlussabstimmung mit dieser Ergänzung einer neuen Ziffer 2 im Beschlussesentwurf. Wer diese Sanierung Aarwangenstrasse/St. Urbanstrasse so genehmigen möchte, zeigt es mit der orangen Karte an. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

1. Das Vorprojekt zur Sanierung der Aarwangen- und der St. Urbanstrasse gemäss den Ausführungen im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 5. September 2024 wird genehmigt.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

- 2. Das Überholen von wartenden Bussen, durch nachfolgenden Fahrverkehr, wird nicht mit Markierungen oder Signalisationen eingeschränkt.**
- 3. Zur Erarbeitung des Bauprojektes und der baulichen Realisierung der Sanierung der Aarwangen- und der St. Urbanstrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 2'622'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.88 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Aarwangenstrasse / St. Urbanstrasse", bewilligt.**
- 4. Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.88 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Aarwangenstrasse / St. Urbanstrasse, Subventionen", gutgeschrieben.**
- 5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



7. Sanierung der Bützberg-, der Bahnhof- und der Murgenthalstrasse: Genehmigung des Vorprojektes; Bewilligung eines Verpflichtungskredites

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir schreiten zu Traktandum Nr. 7: Sanierung der Bützberg-, der Bahnhof- und der Murgenthalstrasse mit der Genehmigung des Vorprojektes sowie der Bewilligung eines Verpflichtungskredites. Ist das Eintreten bestritten. Dem ist nicht so und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So hat nun erneut Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen das Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Die Sanierung der Bützberg-, Bahnhof- und Murgenthalstrasse machen wir insbesondere aufgrund der neuen Buslinie. Der Ausschuss der regionalen Verkehrskonferenz (RVK) und auch die RVK selber beschloss eine neue Buslinienführung. Das bedeutet, dass wir die Bushaltestellen auch dort festlegen müssen oder dürfen, wo dann auch diese Busse durchfahren. Dies bringt Vor- und Nachteile. Hier in diesem Fall gibt es uns auch Gelegenheit, dass wir die Barrierefreiheit und die Strassenraumgestaltungen wie auch die Verkehrssicherheit verbessern können.

Sie sehen hier die gelben Bereiche, die wir umbauen können. Die Hauptbaustelle befindet sich natürlich bei den neuen Bushaltestellen hinter dem JYSK bei deren Anlieferung wie auch neben dem UNIA-Gebäude. Dort wird es auch Eingriffe bei diesen Hochtrottoir-Situationen geben, was aber auch Gelegenheit schafft, dass wir dort diese relativ unübersichtliche Ecke besser klären kann; eben auch was den Verkehr, respektive auch den Langsamverkehr angeht. Diese neue Buslinienführung, die wie gesagt von der RVK beschlossen wurde und der Gemeinderat zur Kenntnis nahm, führt nun auch dazu, dass man diese Bushaltestellen Weissenstrasse und an der Bützbergstrasse, das heisst diejenige vor der Migros, nicht mehr werden bedienen können. Dafür fährt der Bus dann durch die Talstrasse auch bis zu den Schulzentren Kreuzfeld.

Sie sehen dies hier noch im Detail, was als Hauptbauteil entsteht. Wir haben dabei eben die neuen Zugänge, die in blauer Farbe diese Trottoirbereiche markieren und diese Erschliessungen aufzeigen, bei denen man eben diese Hochtrottoirs mit Rampen BehiG¹-tauglich ergänzt.

Ausgangslage

Defizite punkto Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und Strassenraumgestaltung
Neue Buslinienführung
Hohe Busfrequenzen

Vorprojekt liegt vor

25.11.2024

18

Perimeter



25.11.2024

19

Ausschnitt



25.11.2024

20



Hier befinden wir uns im Bereich von 1,829 Mio. Franken. Auch hier rechneten wir eine Projektreserve ein, weil dies den Stand gemäss Vorprojekt darstellt. Auch hier bekommen wir Subventionen aus dem Agglo-Topf, sind dabei aber ebenso an das Realisierungsdatum gebunden.

Kosten

Kostenposition	Fr.
A Landerwerb	63'000.00
B Baukosten	1'128'000.00
C Baunebenkosten	347'000.00
D Unvollhergebrachenes (10% von A-C)	154'000.00
TOTAL ohne MWST.	1'692'000.00
MWST.	137'000.00
TOTAL inkl. MWST.	1'829'000.00

Subventionen:
Namhafte Beiträge aus Agglo-Topf (rund 1/3 des Investitionskredites)
An Realisierungsdatum gebunden

	Total Fr.
A Kostenschätzung (Stand Vorprojekt ±20%)	1'829'000.00
B Projektreserve (10% von A)	183'000.00
T Total zu bewilligender Verpflichtungskredit (A+B)	2'012'000.00

Das führt uns dann letztendlich zu diesem Beschluss, wozu ich auch hier für die Aufmerksamkeit danke

Beschluss

- Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67, Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags des Stadtbauamts vom 5. September 2024, beauftragt dem Stadtrat Zustimmung zu folgendem Beschluss:
Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61, Abs. 2 Ziffer 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom _____ beschliesst:
I. Das Vorprojekt "Bahnhof/Murgenthalstrasse" gemäss Ausführungen im Bericht und Antrag vom 5. September 2024 wird genehmigt.
II. Zur Finanzierung der weiteren Projektierung und zur Umsetzung (SIA-Phasen 32 bis 53) des Teilprojektes Bahnhof/Murgenthalstrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 2'012'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.90 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Bahnhof-Murgenthalstrasse" bewilligt.
III. Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.90 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Bahnhof-Murgenthalstrasse, Subventionen", gutgeschrieben.
IV. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Kommunikationsmassnahmen gemäss Ziffer 14 des rubrizierten Berichts und Antrags durchzuführen.
3. Die Stadtkanzlei wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Eine Berichterstattung der GPK ist keine angemeldet und so kommen wir zu den Fraktionen. Welcher Fraktion darf ich das Wort übergeben?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Das, was ich unter Traktanden Nr. 6 zu den Kosten und den Terminen erläuterte, wiederhole ich an dieser Stelle nicht mehr, gilt aber ebenso. Bei diesem Projekt werden uns die Auswirkungen der Entscheide der regionalen Verkehrskonferenz vor Augen geführt, wie es ja auch der Stadtpräsident bereits erwähnte. Dass der Rückbau des Trottoirs in der Murgenthalstrasse aufgehoben lässt und zuvor nicht erwähnt wurde, ist das eine. Aber dass man auch die Bushaltestelle an der Wiesenstrasse bei der Migros an die Bahnhofstrasse verlegt, ist ein Zugeständnis ohnegleichen. Die RVK befiehlt und die Stadt zahlt. Es könnte gerade so gut auch als gebundene Ausgabe finanziert werden und wir müssten hier nicht darüber abstimmen. Das Projekt selber mit diesen beiden Bushaltestellen in der Bahnhofstrasse ist eine Zwängerei. Eingezwängt zwischen Stützmauer und Hochtrottoir wird es nichts Schönes geben und stellt eine Anhäufung von Rampen und Treppen dar und ist damit unserer Stadt unwürdig. Unsere Fraktion wird ohne Freude und mit wenig Überzeugung diesem Geschäft zustimmen müssen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Fraktionen? Einzelsprecher:innen?

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Ich spreche hier im Namen der Fraktion. Wir hörten es, diese Strassensanierung ist erzwungen; einerseits durch die RVK, die uns die Haltestellen vorgibt und andererseits durch die Radien der Busse. Das Buskonzept zwingt uns diese Strasse zu machen, denn, wenn wir nichts machen oder nur wenig, dann ist diese Strasse innerhalb von zwei Jahren kaputt. Wir wissen ja, wenn diese Gelenkbusse mit ihrem tonnenschweren Gewicht dort durchfahren und es sechs Linien gibt und alle Linien jede Viertelstunde dort vorbeifahren, so können Sie es sich selber ausrechnen, wie viele Busse da pro Stunde diesen Ort passieren. Die SVP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es nun dennoch auch noch andere Fraktionen, die

¹ BehiG = Behindertengleichstellungsgesetz



sich zu Wort melden möchten? Einzelsprecher:innen? Möchte der zuständige Gemeinderat nochmals das Wort? Nein. Die Beratung ist geschlossen und wir schreiten zur Abstimmung. Wer dem Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 4 so zustimmen kann und das Geschäft annehmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**
 1. **Das Vorprojekt zur Sanierung der Bützberg-, der Bahnhof- und der Murgenthalstrasse gemäss den Ausführungen im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 5. September 2024 wird genehmigt.**
 2. **Zur Erarbeitung des Bauprojektes und der baulichen Realisierung der Sanierung der der Bützberg-, der Bahnhof- und der Murgenthalstrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 2'012'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.90 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Bahnhof- Murgenthalstrasse", bewilligt.**
 3. **Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.90 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Bahnhof-/ Murgenthalstrasse, Subventionen", gutgeschrieben.**
 4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



8. Sanierung der Jurastrasse: Genehmigung des Vorprojektes; Bewilligung eines Verpflichtungskredites

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 8 über die Sanierung der Jurastrasse mit der Genehmigung des Vorprojekts und der Bewilligung eines Verpflichtungskredits. Wird das Eintreten hier bestritten? Nein, somit ist es stillschweigend genehmigt und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Die Berichterstattung für den Gemeinderat führt Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen, durch.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Das hier ist ein vergleichsweise kleiner Eingriff in eine Strasse, die Sie sicher bestens kennen und in der Nähe des Verwaltungsgebäudes liegt. Ursprünglich war der dortige Perimeter noch viel weiter angelegt. Die Steuergruppe kürzte dies aber noch ein, für das man sich hier jetzt auf die wesentlichen Teile beschränken kann. Auch hier werden wir neue Busverbindungen zum Bahnhof bekommen, die neu dort rüberfahren. Aber auch die Strasse selber weist gewisse Defizite auf, die man bezüglich Qualität beheben kann. Und es geht hier natürlich um die wichtigste Fuss- und Veloverbindung zum Bahnhof, was ich hier einmal so behaupte, weil es ja mit dem Zentrum erschlossen ist.

Wir haben hier nun beidseitig durchgängige Trottoirs. Das heisst, dass man dort die Trottoirbereiche östlich der Strasse durchzieht und dann hier auf die bestehenden Fussgängerstreifen hinein führt. Ursprünglich war auch noch vorgesehen, dass man die Rütistrasse verschmälert, was dann aber von der Steuergruppe Verkehrslösung Langenthal im jetzigen Zustand als in Ordnung befunden wurde, auch wenn sie nach heutiger Auffassung etwas zu breit ist und wir so belassen wie sie sind. Von dem her wurde das Projekt so verkürzt und verkleinert, dass es jetzt eigentlich nur noch um die Jurastrasse geht.

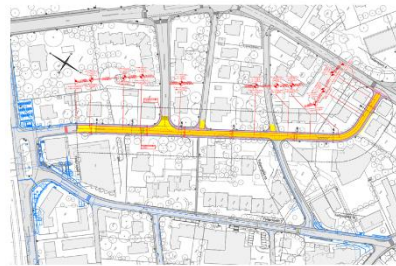
Sie sehen hier den Querschnitt. Man hat auch hier auf der einen Seite im Bestand ein Trottoir von 1,5 Metern. Auf der anderen Seite erlaubt die Situation ein Trottoir von 2,3 Meter Breite. Daneben haben wir dann eine Fahrbahn von 5,20 Metern.

Ausgangslage

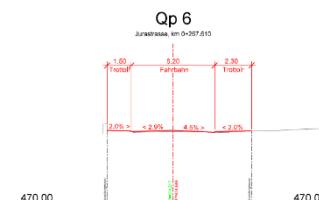
Defizite punkto Verkehrssicherheit und Strassenraumgestaltung
Neue Buslinienführung
Wichtige Fuss- und Veloverbindung

Vorprojekt liegt nun vor.

Perimeter



Ausschnitt





Hier sind die Kosten aufgelistet, die im Vergleich zu den anderen Projekten nicht unerheblich tiefer ausfallen. Wir reden hier von 1,148 Mio. Franken, respektive mit den Projektreserven, dem Projektstand geschuldet, von 1,263 Mio. Franken. Auch hier sind wir subventionsberechtigt, wenn wir uns an die Realisierungsdaten halten können.

Kosten

Kostenposition	Fr.	
A Ländlerwerb	-	
B Baukosten	789'000.00	
C Baunebenkosten	176'000.00	
D Unvorhergesehenes (10% von A-C)	97'000.00	
TOTAL ohne MWST.	1'062'000.00	
MWST.	86'000.00	
TOTAL inkl. MWST.	1'148'000.00	

	Total Fr. Mio.
A Kostenschätzung (Stand Vorprojekt ±20%)	1'148'000.00
B Projektreserve (10% von A)	115'000.00
T Total zu bewilligender Verpflichtungskredit (A+B)	1'263'000.00

Subventionen:
Namhafte Beiträge aus Agglo-Topf (rund 1/3 des Investitionskredites)
An Realisierungsdatum gebunden

Deshalb kommen wir dann zu diesem Beschluss. Merci für die Aufmerksamkeit.

Beschluss

- Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67, Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags des Stadtbauamts vom 5. September 2024, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu folgendem Beschluss:
Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61, Abs. 2 Ziffer 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom _____ beschliesst:
 - Das Vorprojekt "Jurastrasse" gemäss Ausführungen im Bericht und Antrag vom 5. September 2024 wird genehmigt.
 - Zur Finanzierung der weiteren Projektierung und zur Umsetzung (SIA-Phasen 3 bis 5) des Teilprojekts Jurastrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'263'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.89 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Jurastrasse" bewilligt.
 - Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.89 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Jurastrasse Subventionen", gutgeschrieben.
 - Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
- Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Kommunikationsmassnahmen gemäss Ziffer 14 des rubrizierten Berichts und Antrags durchzuführen.
- Die Stadtkanzlei wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. Auch hier gibt es keine Berichterstattung durch die GPK. Wir kommen zu den Fraktionen. Welche möchte das Wort?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Ich möchte hier zuhause des Protokolls nochmals wiederholen, was ich zuvor unter Traktandum Nr. 6 eingangs anführte und auch hier bei Traktandum Nr. 8 Gültigkeit hat. Es ist etwas ähnlich wie bei Traktandum Nr. 7: Die RVK befiehlt und Langenthal zahlt. Damit die Gelenkbusse an der Murgenthalstrasse um die Ecke fahren können, entfernten wir nun gemäss dem vorangegangenen Traktandum das Trottoir. Nun reicht es aber immer noch nicht, damit der Bus mit genügend Spielraum um die Ecke fahren kann. Entsprechend muss man nun aus der Jurastrasse eine Einbahnstrasse machen. Das führt dann allerdings zu einer unverständlichen Strassensituation mit einer Einbahnstrasse auf 100 Meter in dieser Jurastrasse, zwischen der Lindenstrasse und der Murgenthalstrasse.

Wir sind der Überzeugung, dass man dies eleganter machen könnte, sodass wir den folgenden Antrag stellen: «Anstelle der Einbahnstrassensituation im Abschnitt zwischen Lindenstrasse und Murgenthalstrasse ist eine Lichtsignalanlage zu prüfen». So bleibt die Jurastrasse in diesem Abschnitt weiter befahrbar und der Vortritt und die Freihaltefläche für ausfahrende Busse aus der Murgenthalstrasse kann mit einer Lichtsignalanlage geregelt werden. Sie alle kennen die Situation. Wenn man beispielsweise auf der Aarwangenstrasse fährt, so hat es dort eine Ampel, damit die Busse aus der Gaswerkstrasse herausfahren können. Das wäre dann ein ähnliches Regime. Das Gleiche gibt es übrigens auch in der Jurastrasse für diejenigen Busse, die vom Bahnhofplatz in die Jurastrasse einbiegen wollen. Dort ist heute im ESP Bahnhof¹ ebenfalls eine Signalanlage vorgesehen, damit die Busse neben den haltenden Bussen und neben dem Individualverkehr aneinander vorbeikommen. Wir stellen den Antrag dies zu prüfen. Und unsere Fraktion geht dabei davon aus, dass, weil der Gemeinderat mit diesem weiteren Vollzug beauftragt ist, eine mögliche Ampellö-

¹ ESP Bahnhof = Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof



sung nach der Vorprüfung durch die zuständige Kommission und deren Antrag abschliessend von Gemeinderat entschieden wird, was dann effektiv umgesetzt wird. Wenn dem nicht so sein sollte, so bitte ich nun den Gemeinderat um Stellungnahme, damit wir allenfalls unseren Antrag anpassen könnten. Für Ihre Unterstützung danke ich, merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Fraktionen, die das Wort verlangen? Einzelsprecher:innen? Nein. So könnte nun der Gemeinderat zu diesem Antrag Stellung nehmen.

Stadtratspräsident Reto Müller (SP): Merci vielmals. Wie erwähnt basieren die Zuweisungen an die vorberatenden Kommissionen des Gemeinderates auf den Kommissionsreglementen, die sich ja in der Überarbeitung befinden. Aber prima vista erscheint dies nicht ausgeschlossen, dass man dies zur Beurteilung den Kommissionen zuweisen würde. Wahrscheinlich wäre es dann primär die Kommission für öffentliche Sicherheit, die für die Signalisation in der Stadt Langenthal abschliessend zuständig ist, und nur sekundär die Bau- und Planungskommission. Dies vielleicht einfach als Randbemerkung. Aber wie gesagt richten sich die Zuweisungen der Stadtkanzlei selbstverständlich immer nach den gesetzlichen Grundlagen.

Es ist so eine Sache mit einem Prüfauftrag. Einerseits geben Sie mit dem Verpflichtungskredit und der Genehmigung des Vorprojekts, wie Sie es ja wünschten, dem Gemeinderat die vollständige Kompetenz die Strassen richtig und gut und in eigener Kompetenz abzuschliessen. Einen solchen Prüfauftrag kann man integrieren und das kann man so machen, dass man dies nochmals anschaut. Wie ich es bereits gegenüber der GPK erwähnte, hatten wir verschiedenste Meinungen, inwieweit es sinnvoll ist, eine solch kurze Einbahnstrasse zu realisieren, oder ob man vielleicht gar nichts signalisiert oder dann doch eine Lichtsignalanlage die beste Lösung ist. Eine Lichtsignalanlage wird natürlich im Erstellen wie auch im Unterhalt immer viel teurer sein als ein Schild. Das müssen wir an dieser Stelle ebenso festhalten. Aus meiner Sicht, und nicht abgesprochen mit dem Gemeinderat, kann man dies noch einmal prüfen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Möchte die antragstellende Fraktion nochmals das Wort und eventuell den Antrag ändern oder so aufrechterhalten? So aufrechterhalten. Also gut. So würden wir nun zuerst über diesen Antrag abstimmen, da es hier wie bei Traktandum Nr. 6 um eine Ergänzung des vorliegenden Beschlussesentwurfs geht. Die aktuelle Ziffer 2 würde demgemäss neu Ziffer 3, weil der vorliegende Antrag neu unter Ziffer 2 eingefügt würde. Wer diesem Antrag zur Ergänzung des Beschlussesentwurfs der FDP/jil-Fraktion zustimmen will, zeigt es mit Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der FDP/jil-Fraktion zur Ergänzung des Beschlussesentwurfs mit neuer Ziffer 2

24 Ja angenommen

14 Nein

1 Enthaltungen

FDP/jil-Fraktion

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 8, Antrag

Ergänzung Beschlussesentwurf:

1. Das Vorprojekt zur Sanierung der Jurastrasse gemäss Ausführungen im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 5. September 2024 wird genehmigt.
2. Anstelle der Einbahnstrassensituation im Abschnitt zwischen Lindenstrasse und Murgenthalstrasse, ist eine Lichtsignalanlage zu prüfen.
3. Zur Erarbeitung des Bauprojektes und der baulichen Realisierung der Sanierung der Jurastrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'263'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.89 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Jurastrasse", bewilligt.
4. Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.89 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Jurastrasse Subventionen", gutgeschrieben.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratsitzung 24. November 2024, Traktandum Nr. 8

So kommen wir nun zur Schlussabstimmung; es sei denn, jemand hat noch ein Wortbegehren. Das ist nicht der Fall. Wer den neu angepassten Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 5 und somit diese Sanierung der Jurastrasse genehmigen möchte, zeigt es mit der orangen Karte. Gegenmehr? Enthaltungen?



III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

1. Das Vorprojekt zur Sanierung der Jurastrasse gemäss Ausführungen im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 5. September 2024 wird genehmigt.
2. Anstelle der Einbahnstrassensituation im Abschnitt zwischen Lindenstrasse und Murgenthalstrasse, ist eine Lichtsignalanlage zu prüfen.
3. Zur Erarbeitung des Bauprojektes und der baulichen Realisierung der Sanierung der Jurastrasse wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'263'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.89 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Jurastrasse", bewilligt.
4. Eingehende Beiträge Dritter werden der Investitionsrechnung, Konto 3200.6310.89 "Projektierung und Umsetzung Teilprojekt Jurastrasse Subventionen", gutgeschrieben.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



9. **Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: «Stopp dem Lichtsmog» – Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Unter Traktandum Nr. 9 geht es um die Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: «Stopp dem Lichtsmog» – Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum, Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung. Ist das Eintreten bestritten? Nein.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Die GPK meldet auch keine mündliche Stellungnahme an. Ersetzt nun jemand den Motionär?

GLP/EVP-Fraktion, Noah Häfliger (GLP): Wir von der Fraktion GLP/EVP stimmen dem so zu. Wir möchten einfach noch anmerken, dass diese lange Bearbeitungsdauer hoffentlich in keinem direkten Zusammenhang mit Anliegen kleiner Parteien steht.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir kommen zu den Fraktionen. Welche wünscht das Wort?

SVP-Fraktion, Roland Sommer (SVP): Heute Abend fiel bei einem Traktandum das Prädikat «schnell – für Langenthal ausserordentlich schnell». Die Bearbeitung dieser Motion gehörte hier sich nicht dazu. Auch wenn ich niemandem etwas unterstellen möchte, wurde bei diesen Anliegen in der Prioritätenliste wahrscheinlich die unterste Zeile genutzt, die «esvs» heisst; «erledigt sich von selbst». Es wurde zwar nicht ganz genau dem Wortlaut der Motionäre entsprochen, die ja wahrscheinlich eher ein Reglement oder eine Massnahme im Zusammenhang mit einem Reglement erwartet hätten, aber bevor dieses Geschäft weiter verschoben und unseren Grosskindern vorgelegt wird, stimmen wir von der SVP der Abschreibung zu.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Gibt es weitere Fraktionssprecher:innen? Einzelsprecher:innen? Wünscht der Vertreter des Motionärs nochmals das Wort? Nein, somit schliesse ich die Beratung und wir schreiten zur Abstimmung. Es geht hier also um die Abschreibung dieses Vorstosses. Wer dem so zustimmen kann, hält die Stimmkarte in die Höhe. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

1. **Die Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: "Stopp dem Lichtsmog" – Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



10. Motion Lerch Martin (SVP), Fehrensens Jana (FDP), Häfliger Dyami (GLP), Cap Georg (GL), Loser Roland (SP), Fankhauser Janosch (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Die angekündigte Immobilienstrategie bis spätestens Mitte 2024 in Kraft setzen: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Nun kommen wir zu Traktandum Nr. 10. Thema ist die Motion Lerch Martin (SVP), Fehrensens Jana (FDP), Häfliger Dyami (GLP), Cap Georg (GL), Loser Roland (SP), Fankhauser Janosch (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Die angekündigte Immobilienstrategie bis spätestens Mitte 2024 in Kraft setzen, Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Das Eintreten ist zwingend und fahren mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Ich notierte mir hier noch, dass es eine Berichterstattung durch den Gemeinderat gibt. Nein, es gibt keine. Von der GPK ist mir hingegen keine angemeldet. So hat nun der Sprecher der Motion das Wort.

Sprecher der Motion, Martin Lerch (SVP): Ich rede als Sprecher der Motion und auch gleichzeitig als Sprecher der SVP-Fraktion. Die Fraktion nahm mit einer gewissen Überraschung davon Kenntnis, dass erneut eine Fristverlängerung nötig ist. Dafür gibt es aber sachliche Gründe. Es wurde ausgeführt, dass einerseits der Transfer vom Finanzamt in die Liegenschaftsverwaltung, aber andererseits auch personelle Engpässe zu dieser Fristverlängerung führten. Dem können wir uns natürlich anschliessen. Wir hoffen einfach, dass es nicht noch eine dritte Fristverlängerung braucht und dann eben auch die neue Frist per Mitte 2026 eingehalten werden kann. In dem Sinn stimmen wir zu. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Möchte eine Fraktion das Wort? Einzelvoten?

Fabian Fankhauser (GLP): Wir stimmen dieser Fristverlängerung ebenso zu. Auch wenn es im Zusammenhang mit dem Namen dieser Motion etwas komisch anmutet und wir dies dann erst im übernächsten Jahr vorliegen haben. Etwas belustigend nahmen wir zur Kenntnis, dass wir nun nach dem vorangegangenen Traktandum einer Fristverlängerung zustimmen dürfen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Weitere Einzelvoten? Wünscht der Gemeinderat noch das Wort? Nein. Möchten die Motionäre nochmals das Wort? Ebenso wenig. So ist die Beratung geschlossen und wir stimmen über die beantragte Verlängerung der Bearbeitungsfrist bis zum 30. Juni 2026 ab. Wer dem so zustimmen kann, zeigt es mit der Karte entsprechend an. Ablehnung? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

1. Die Fristverlängerung bis 30. Juni 2026 für die Umsetzung der Motion Lerch Martin (SVP), Fehrensens Jana (FDP), Häfliger Dyami (glp), Cap Georg (GL), Loser Roland (SP), Fankhauser Janosch (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: «Die angekündigte Immobilienstrategie bis spätestens Mitte 2024 in Kraft setzen» (als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 18. Dezember 2023), wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



11. Parlamentarische Erklärung der SP/GL-Fraktion und GLP/EVP-Fraktion vom 19. August 2024: Verurteilung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit: Stellungnahme

Dieses Traktandum entfällt und wurde von der Traktandenliste gelöscht.



12. Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: Zukunft des Wirtschaftsstandort Langenthal sichern: Stellungnahme und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Unter Traktandum Nr. 12 behandeln wir die Stellungnahme und den Antrag auf Abschreibung der Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: Zukunft des Wirtschaftsstandort Langenthal sichern. Das Eintreten ist zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates liegt schriftlich vor und die GPK meldete keinen eigenen Bericht an, sodass wir sogleich mit der Beratung starten. Dabei hätten nun die Motionär:innen das Wort.

Sprecher der Motion, Patrick Dietrich (parteilos): Wie Sie lesen konnten, geht es uns bei dieser Motion der FDP/jll-Fraktion primär darum, dass man wieder Land in der Arbeitszone schafft. Wenn Sie je einmal durch die Gaswerkstrasse fahren, sahen Sie es sehr wahrscheinlich, dass dort mittlerweile, anders als noch vor 30 Jahren, praktisch kein Land mehr frei ist, sondern, was ja auch positiv ist, sich überall Firmen ansiedeln. Ein Teil zügelte natürlich auch aus dem engeren Zentrum nach dort draussen. Aber mittlerweile haben wir wirklich das Problem, dass, wenn sich ein Unternehmen in Langenthal neu ansiedeln möchte, dies praktisch nicht mehr möglich ist. Man erhielt dann zwar noch eine Karte in den Grundlagenakten zugestellt, in denen man sieht, wo sich diese noch 8,6ha an freiem Land tatsächlich befinden und es somit also schon noch freies Land gibt. Dieses befindet sich aber natürlich schon im Eigentum von Firmen, die das zum grössten Teil als Reserve für den eigenen Ausbaubedarf bereithalten und keinem Zuzüger verkaufen wollen. Uns dünkt, dass es sehr wichtig wäre, dass man diesem Thema eine grosse Beachtung schenkt. Wir sind ehrlich gesagt schon ein bisschen enttäuscht über die Stellungnahme des Gemeinderates, der dies zwar ausführlich behandelt und sicher auch ernstnimmt. Aber zusammenfassend kann man sagen, dass es überall schwierig ist; es ist schwierig bei diesem ominösen Grundstück Nr. 2906 von Roggwil, das man abtauschen möchte. Dabei ist vor allem die öV-Erschliessung das Problem. Es ist aber auch in anderen Gebieten schwierig. Unter dem Strich muss man sagen, dass der Gemeinderat hier offenbar keinen Plan hat, wie er das Problem lösen möchte. Er sagt in dem Sinn einfach, dass er dranbleibt und dann auch direkt die Abschreibung dieser Motion beantragt.

Wir sind damit nicht einverstanden. Wir glauben schon, dass der Gemeinderat dieses Problem ernstnimmt, aber es nicht ausreicht, was bislang unternommen wurde. Und wir haben auch das Gefühl, dass man heute Abend als Parlament und Stadtrat von Langenthal dem Gemeinderat in den Verhandlungen mit den kantonalen Stellen absolut den Rücken stärken darf, bei denen es auch um dieses Thema geht. Deshalb möchten wir erstens, dass diese Motion nicht als Motion mit Richtliniencharakter, sondern als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert wird, weil es ja sein könnte, dass man für die Lösung dieses Problems eben auch in die baurechtliche Grundordnung von Langenthal eingreifen muss. Dazu schreibt der Gemeinderat, dass man prüfte, ob man allenfalls Land von anderen Bauzonen in Arbeitszonen umzonen kann. Dabei kam er allerdings zum Schluss, dass sich nichts dafür eignet. Wir haben hingegen das Gefühl, dass man dem noch tiefer nachgehen müsste, ob es nicht doch möglich wäre. Deshalb möchten wir, dass diese Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert wird. Was Sie nun nicht überraschen darf, möchten wir natürlich auch, dass die Motion nicht nur erheblich erklärt wird, wie dies auch der Gemeinderat beantragt, sondern dass sie danach auch weiterverfolgt und damit eben nicht sogleich abgeschrieben wird. Wenn es eine Motion mit Weisungscharakter ist, dann ist auch die Konsequenz daraus, dass sie nicht sogleich abgeschrieben wird. Damit hätte der Gemeinderat dann auch ein Mittel in der Hand, um gegenüber kantonalen Stellen eben zu dokumentieren, dass das Parlament von Langenthal dieses Thema wirklich als sehr wichtig anschaut und dazu erwartet, dass in den nächsten Jahren Lösungen realisiert werden können. Wir bitten Sie deshalb unsere Anträge, respektive unsere Haltung, die zum Teil von derjenigen des Gemeinderates abweicht, zu unterstützen. Damit schloss ich.



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So kommen wir nun zu den Fraktionen. Welche wünscht das Wort? Keine. Gibt es Einzelsprecher:innen? Möchte sich der Motionär nochmals dazu äussern? Möchte der Gemeinderat ein Schlusswort?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es ist ein bisschen schwierig für den Gemeinderat, weil die GPK an dieser Vorlage formal nichts auszusetzen hatte, respektive auch nicht an der Empfehlung zur Qualifizierung als Richtlinienmotion. Nun wird hier seitens der Fraktion oder des Motionärs beantragt, dass diese Motion nun mit Weisungscharakter zu qualifizieren ist. Das würde bedeuten, dass wir Ihnen innerhalb dieser zweijährigen Frist eine Vorlage bringen, für die Sie dann zuständig sind. Gerne möchte ich noch kurz darüber reden, was es braucht, damit man heute eine Einzonung vornehmen kann. Es braucht zwingend eine Festsetzung im RGSK¹, die die Region erarbeitet. Wir gaben dort Roggwil mit ein. Zur Idee mit diesem Landhandel, respektive diesem Abtausch, bei dem aber das Grundeigentum eben gar nicht bei den entsprechenden Gemeinden liegt, sondern bei Landwirten, kam das AGR² in einer ersten Beurteilung zum Schluss, dass die öV-Güteklasse dort nicht ausreichend ist, damit man dies je als Festsetzung im RGSK aufnehmen kann, was eine zwingende Voraussetzung ist, um später eventuell eben eine Einzonung vornehmen zu können.

Wie in der schriftlichen Antwort des Gemeinderates ausgeführt kommt erschwerend dazu, dass wir eben bereits über 8,6ha eingezontes Bauland verfügen, das sich in der Arbeitszone befindet. Somit sind die Voraussetzungen, damit wir darin zusätzliches Gebiet aufnehmen könnten, im Moment nicht gegeben. Einen Schritt weiter als das wären wir im RGSK im Gebiet Satz ESP Oberhard. Dort schaffte der Gemeinderat die höchstmögliche kantonale Prämisse, indem dort eine strategische Arbeitszone definiert wurde und man bestimmte, dass man das Gebiet Oberhard zum Entwicklungsschwerpunkt erklärt, um dies überhaupt so machen zu können. Vielleicht kamen Sie es anlässlich der Informationsveranstaltungen auch mit, dass man die Grundeigentümer über den Stand des Koordinationsbedarfs informierte, sodass die Zuständigen beinahe blaue Augen davontrugen, weil die Grundeigentümerschaften dieses Land nicht verkaufen und zur Verfügung stellen wollen, sondern auf diesem Land mit dieser Baumschule arbeiten oder eben auch Landwirtschaft betreiben wollen.

Insofern ist es ein bisschen eine knifflige Ausgangslage und ich möchte noch einmal deutlich fragen, was wir Ihnen bringen sollen, wenn man es nun als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert? Ich kann mir durchaus etwas vorstellen. Wir führen im Investitionsplan beispielsweise eine Rubrik «Aktive Bodenpolitik», die bislang immer mit Null ausgewiesen war. Wenn Sie sagen, dass wir Ihnen eine Vorlage bringen, mit der man beispielsweise etwas erwirbt oder zumindest versucht, etwas von einer Firma zu erwerben, die über Land verfügt, damit die Stadt solches Land besitzt, so wäre dies ein möglicher Ausweg, wie man in diesem Fall mit einer Motion mit Weisungscharakter umgehen könnte. Die anderen, soeben erklärten Prozesse der RGSK passieren effektiv auf Stufe Gemeinderat, auf Stufe der Region und auf Stufe des AGR, wozu dann das Parlament nicht bedient wird. Diejenigen, die das wollen, zeige ich dies ansonsten gerne einmal auf. Aber die Frage nach einer aktiven Bodenpolitik in Langenthal ist auch aus meiner Sicht eine dringliche Frage, sodass ich einfach dankbar bin, dass, falls Sie wandeln, der Gemeinderat genauer weiss, was er dann auch machen muss. Einfach nur das Baureglement anzupassen geht eben auch nicht. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Möchte der Motionär nochmals das Wort?

Sprecher der Motion, Patrick Dietrich (parteilos): Ich danke für die Ausführungen von Stadtpräsident Reto Müller. Es ist uns bewusst, dass es eine knifflige Aufgabe ist. Wir haben auch kein Patentrezept und wir glauben, was ich bereits erwähnte, dass der Gemeinderat diesem Thema Beachtung schenkt. Wir wollen einfach «plein pouvoir» für den Gemeinderat, damit er eben zum Beispiel doch noch einmal vertieft prüfen könnte, ob es in Langenthal nicht doch Land in der Bauzone gibt, das im Moment vielleicht tatsächlich auch Wohnzone wäre und man sagen könnte, dass sich ein Teil davon für eine Umzonung eignen würde, damit man damit wieder eine Reserve schaffen könnte. Wir möchten vor allem in diese Richtung gehen, wonach

¹ RGSK = Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte

² AGR = Amt für Gemeinden und Raumplanung



der Gemeinderat dies nochmals genauer prüft und schauen kann, wo es solche Möglichkeiten geben würde. Da dies mit einer Richtlinienmotion nicht geht, stimmen wir einfach dem entsprechenden Antrag nicht zu. Wir wollen auch nicht wandeln, sondern wir stimmen für eine Weisungsmotion und möchten Sie dazu aufrufen, dem ebenso zu folgen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. So schreiten wir nun zur Abstimmung. Und zwar stimmen wir zuerst über die Qualifikation der Motion ab. Wie Ihr seht, lautet der Antrag auf Richtliniencharakter. Wenn Ihr keine Qualifikation mit Richtliniencharakter wollt, so stimmt Ihr mit Nein. Wer dem Gemeinderat folgen und eine Qualifikation mit Richtliniencharakter bevorzugen möchte, stimmt mit Ja. Also, wer diese Motion mit Richtliniencharakter qualifizieren und dem Gemeinderat folgen möchte, zeigt mit der Karte per Handzeichen. Gegenstimmen, spricht Weisungscharakter? Enthaltungen? Nun stimmen wir über die Erheblichkeitserklärung ab. Der Antrag des Gemeinderates lautet auf erheblich erklären. Wer dem so zustimmen kann, zeigt es mit der Karte. Gegenmehr? Enthaltungen? Zuletzt geht es nun noch um die Abschreibung der Motion, so wie es vom Gemeinderat vorgeschlagen wird. Wer diese Motion nicht abschreiben möchte, stimmt dann folgerichtig mit Nein. Wer diese Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende abschreiben möchte, zeigt es nun mit der Stimmkarte an. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

- I. **Die Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024:** Zukunft des Wirtschaftsstandort Langenthal sichern **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:**

- II. 1. **Die Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024:** Zukunft des Wirtschaftsstandort Langenthal sichern **wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 14 Stimme Nein und 1 Enthaltung:**

1. **Die Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024:** Zukunft des Wirtschaftsstandort Langenthal sichern **wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



13. Motion Dietrich Pascal (parteilos), Nyffenegger Deborah (FDP), Volante Rosario (FDP), Meier Andreas (GLP), Gerber Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: Badi Langenthal: Beckensanierung projektieren: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir schreiten zu Traktandum Nr. 13. Hier geht es um die Motion von Dietrich Pascal (parteilos), Nyffenegger Deborah (FDP), Volante Rosario (FDP), Meier Andreas (GLP), Gerber Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024 mit der Stellungnahme zur Projektierung einer Beckensanierung in der Badi Langenthal. Das Eintreten ist auch hier zwingend und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Vom Gemeinderat ist keine Berichterstattung angemeldet und auch nicht seitens der GPK. So haben nun die Motionär:innen das Wort.

Sprecher der Motion, Patrick Dietrich (parteilos): Liebe Leute, ich weiss, dass es schon spät ist, wir sitzen seit viereinhalb Stunden hier und mögen nicht mehr. Seien Sie so gut, raffen Sie sich noch einmal auf, es lohnt sich. Es lohnt sich wirklich, weil es jetzt um die Motion zur Projektierung der Beckensanierung in der Badi Langenthal geht. Ich sagte es bereits schon bei Traktandum Nr. 5, dass der heutige Abend teuer wird, alles viel kostet und ich weiss, dass dies nun bei vielen auch im Vordergrund stehen wird. Aber wenn Sie heute Abend dieser Motion zustimmen, so kostet dies zuerst einmal noch nichts. Dies ist deshalb so, weil es zuerst einmal um eine Projektierung dieses Anliegens geht. Wir müssen ja zuerst einmal wissen, von was wir reden. Wir wollen mit dieser Motion erreichen, dass der Gemeinderat die Fragen angeht, was wir machen wollen und wie teuer es werden soll. Es gibt nämlich ganz viele verschiedene Varianten, was man hier machen könnte. Man kann ein Chromstahlbecken bauen, wie sie es in Herzogenbuchsee machten. Das ist dann wirklich teuer, das stimmt. Aber es hält natürlich auch am längsten. Aber man kann sehr wahrscheinlich auch etwas anderes machen. Möglicherweise würde es sogar mit einem Überzug gehen. Aus unserer Sicht der fünf Motionärinnen und Motionären ist einfach klar, dass jetzt möglichst bald etwas mit diesen Becken in der Badi passieren muss. Diese Motion wurde nebst unseren fünf Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner auch noch von 17 weiteren Stadtratsmitgliedern unterschrieben. Das zeigt doch, dass die Dringlichkeit in diesem Parlament ganz klar anerkannt wurde.

Wenn nun der Gemeinderat in seiner Stellungnahme schreibt, dass er sehr wohl weiss, dass dies gemacht werden muss, er dies aber nicht als so dringlich betrachtet, so muss ich einfach sagen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass Sie entweder nicht in die Badi gehen, oder dann auf jeden Fall nicht mit Kindern dorthin gehen. Wenn man im 50-Meter Becken hin- und herschwimmt, ist klar, dass man sich dort am Rand nicht so sehr anstösst, was für die Erwachsenen schon auch noch geht. Wenn Sie aber mit Kindern in die Badi gehen, so ist es schlicht nicht mehr zumutbar. Was dort Sommer für Sommer an Schürfwunden verarztet werden müssen, geht einfach nicht mehr so weiter. Das ist also Langenthal auch nicht würdig, wie es heute Abend bereits schon einmal formuliert wurde. Es kommen Sommer für Sommer, und das ist auch ein Grund, weshalb wir diese Motion initiierten, Familien zu uns und teilen uns mit, dass es ihnen nun reicht und sie jetzt nach Herzogenbuchsee in die Badi gehen.

So geht das doch nicht mehr weiter in Langenthal. Und ich sagte es bereits, dass sie in Herzogenbuchsee ein Chromstahlbecken haben. Und klar kann man nun sagen, dass wir hier freundschaftlich etwas für Herzogenbuchsee machen, die auch Mühe bekunden und finanzielle Probleme mit ihrer Badi haben. Aber das kann es doch nicht sein. Wir müssen doch schauen, dass unsere Kinder in unsere Badi gehen, ohne dass sie mit Wunden heimzukommen. Ich muss Ihnen aber schon sagen, dass ich weiss, dass wir viele andere Projekte haben, die auch wichtig sind, was ganz unbestritten ist und wir in Langenthal viel machen müssen. Aber meine erste Anfrage, inwiefern hier etwas gemacht wird, war im Jahr 2011. Ich werde nun zur Schonung der Nerven der Stadtratspräsidentin und auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit darauf verzichten, was ich seit 2011 alles versuchte, denn ich fragte immer wieder nach und ich muss Ihnen sagen,



dass man mir damals im 2011 sagte, dass man an der Arbeit eines Sanierungs- und Unterhaltskonzepts ist, was dann bald fertig sein soll. Tatsächlich fertig wurde es dann fünf Jahre später und dann beschloss der Gemeinderat auch noch eine Etappierung und so weiter und so fort. Das hat politisch alles seine Gründe, aber jetzt ist diese Beckensanierung im Investitionsplan 2035 und später. Somit soll es also noch elf Jahre gehen. Wer diesen Meccano mit dem Investitionsplan in Langenthal etwas kennt, weiss, dass dann wahrscheinlich erst 2046 etwas passiert, weil es dann immer wieder hinausgeschoben wird. Das kann einfach nicht sein und hier müssen wir jetzt einmal einen Anstoss geben und sagen, dass dies nun etwas ist, was sein muss. Es kann nicht so weitergehen, dass Sommer für Sommer die Kinder mit Wunden die Badi verlassen müssen.

Wenn nun gesagt wird, dass deswegen – und hörte dies, dass dies offenbar in der Fraktionssitzung umhergeisterte – ein Schulhaus- oder Kindergartenbau im Investitionsplan verschoben werden muss, so muss ich einfach sagen, dass dies nicht seriös ist. Das ist dann nicht seriös, weil wir nun wirklich noch nicht soweit sind. Wir wissen noch nicht, was das kostet und wir wissen ja auch noch nicht, was genau wir machen wollen. Zuerst müssen wir wissen um was es geht. Und anschliessend kommt dann die Phase, in der man im Investitionsplan schauen muss, wie man dies organisiert. Wenn dann der Gemeinderat in seiner inhaltlichen Stellungnahme schreibt, dass «der erst kürzlich erstellte Investitionsplan bereits wieder angepasst werden müsste», musste ich dann schon auch ein bisschen schmunzeln. Wer sich in diesem Metier der Gemeindepolitik und Gemeindefinanzen bewegt, der weiss, dass ein Investitionsplan einen Tag nach der Verabschiedung bereits wieder veraltet ist. Das ist das Normalste der Welt, geht es dabei doch um eine rollende Planung, die sich dauernd fortsetzt. Und hier ist es so, dass man jetzt nicht sagen kann, es muss etwas anderes oder das oder jenes dann verschoben werden. Es werden laufend immer wieder Sachen verschoben, was die Realität ist. Aber es muss überhaupt nicht irgendwie ein Schulhaus oder ein Kindergarten deswegen verschoben werden, sondern es kann auch etwas ganz anderes sein. Im Interesse unserer Familien und unserer Kinder – wir debattierten ja zu Beginn der Sitzung über das Familienzentrum und ich sagte Ihnen dort, dass ich mich dafür ausspreche – muss hier nun etwas gehen. Ich bitte Sie deshalb dieser Motion zuzustimmen, damit man dies einmal projektieren kann und dann auch weiss, von was man redet. Wegen mir müssen es keine Chromstahlbecken sein, kann es doch vielleicht tatsächlich ein Überzug sein, der eben als eine Art Zwischensanierung funktioniert, bis man dann einmal später damit weiterfährt. Und das weiss man und anerkenne ich ebenso, dass man auch bei den Gebäuden einen grossen Sanierungsbedarf hat und auch diese im Investitionsplan der nächsten fünf Jahre noch nicht enthalten sind. Nun einfach elf Jahre zu warten, ist sicherlich nicht die Lösung. Danke vielmals, ich hoffe auf grosse Unterstützung.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So kommen wir nun zu den Fraktionen. Welche hätte gerne das Wort?

FDP/jll-Fraktion, Rosario Volante (FDP): Wir von der FDP/jll-Fraktion unterstützen die vorliegende Motion. Und ich hacke bei Pascal Dietrich ein, dass ein frühzeitiges Angehen dieses Badi-Projekts könnte auch zu einer Kostenersparnis führen. Den Unterhalt zu forcieren, indem man dies frühzeitig eruiert, würde natürlich einmal eine zwingende Totalsanierung oder einen Ersatz verhindern. Danke.

GLP/EVP-Fraktion, Andreas Meier (GLP): Wir von der Fraktion GLP/EVP sind gegen eine Abschreibung, weil wir einfach gerne einmal ein Preisschild bekommen möchten, was dies dann auch kosten würde. Obwohl ich ehrlich gesagt nichts mit dem Fussball am Hut habe, stimmte ich vorher auch zu. Ich habe aber mit Schwimmen und der Badi etwas am Hut und möchte auch gerne einmal den Satz sagen, was ich schon lange wollte: «Ich bin im Kontakt mit besorgten Bürgerinnen und Bürger» und diese trugen mir das tatsächlich auch zu, dass dies der Fall ist. Ich habe zwar keine Kinder, was ich offen zugebe, aber ich nehme das Anliegen dennoch ernst. Es ist eine unhaltbare Situation mit diesem Beckenboden. Ich halte mich zwar nicht im Kinderbereich auf, aber ich bekomme diese Probleme wirklich mit. Ich gehe im Sommer regelmässig schwimmen und ich finde, dass wir dies nicht einfach negieren und zehn oder elf Jahre hinausschieben können. Für mich stellt dies ein Unterhalt dar und einen Unterhalt hinauszuschieben, können wir in der Stadt Langenthal ziemlich gut, wie mir scheint. Aber finde ich nun, dass wir wirklich miteinander festhalten sollten, dass dies wichtig ist und es ein Preisschild braucht, weil wir einmal wissen wollen, was das kosten würde. Elf Jahre können wir nicht mehr warten. Danke.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Warte noch kurz, Andreas. Du sagtest, dass Ihr gegen die Abschreibung seid, aber darüber befinden wir ja noch gar nicht. Meintest Du die Erheblichkeitserklärung? Ok. Und was ist dort Eure Haltung?

GLP/EVP-Fraktion, Andreas Meier (GLP): Wir sind der Meinung, dass die Motion für erheblich erklärt werden muss.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, dann ist das zuhanden des Protokolls geklärt, merci.

SP/GL-Fraktion, Cornelia Gerber-Schärer (SP): Ich glaube, es wissen viele hier im Saal, dass ich ein Badi-Kind bin und ich habe es satt, mich immer wieder um diese offenen Füsse kümmern zu müssen, was einfach nicht sein kann. Es ist tatsächlich so, dass es hier um den Unterhalt geht und ich bin froh, dass unsere Kinder nicht schwimmen können. Aber auch wenn man in den Strudel geht oder irgendwo sonst, hat man immer offene Stellen. Als Pflegefachfrau kann ich Euch sagen, dass die Sicherheit damit nicht wirklich gewährleistet ist und es kann Entzündungen geben und da muss man einfach Sorge tragen. Natürlich gibt es verschiedene Investitionen und Du sagtest das sehr schön, Andreas, merci vielmals, dass es ein Preisschild braucht, um das einfach auch einmal zu hören, was das kostet. Und ich hoffe schwer, dass es nicht gegeneinander ausgespielt wird, wenn es dann eben um diese Kosten geht. Wir sind in der Fraktion nicht einheitlich unterwegs. Ich selber möchte die Motion auch für erheblich deklarieren, aber in der Fraktion sind wir unterschiedlicher Meinung. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So kommen wir nun zu den Einzelvoten. Wem darf ich dazu das Wort übergeben?

Gerhard Käser (SP): Pascal, ich muss mich entschuldigen bei Dir, bin ich doch auch auf der Liste der Unterzeichnenden und unterschrieb die Motion. Und ich bin auch nach wie vor überzeugt, dass es richtig ist, dass dieses Becken gemacht werden muss, auch wenn ich heute diesem Geschäft nicht zustimmen kann. Wir sprachen bereits in der Pause darüber und Du meintest, dass dies ein «Trötzel» wegen den Wahlen ist. Nein, es geht nicht um ein «Trötzel». Rosario Volante sagte etwas ganz Wichtiges, dass man einmal etwas machen sollte, bevor es mehr kostet. Da sind wir bei Projekten seit Jahren daran, wozu ich als Beispiel den Schimmel in den Hallen der Elzmatte nenne. Wir kommen mit dem Unterhalt hinten und vorne nicht nach, wir mögen nicht nach, weil wir es nicht finanzieren können. Und dies ist nicht das einzige Projekt, das uns irgendeinmal auf den Kopf fällt. Die Gebäudehülle in der Badi ist noch in einem viel schlechteren Zustand als das Becken und vielleicht fällt irgendeinmal jemandem beim Duschen die Decke auf den Kopf. Spätestens dann würde man es auch sehen. Wir mögen nicht nach und können es nicht bezahlen.

Und nun sage ich etwas aus Sicht linker Politik: Wir litten zu lange unter der Finanzpolitik von Langenthal. Wir hatten die letzten acht Jahre einen bürgerlichen Finanzminister mit einem bürgerlichen Gemeinderat. Mantramässig wurde jedes Jahr wiederholt, wie wichtig es ist, den Steuerfuss so tief bei 1,38 und nun bei 1,44 zu halten. Damit suggerierte man dem Volk, dass es irgendeinmal die Möglichkeit gibt mit diesem Steuersatz absurderweise ein ausgeglichenes Budget zu erzielen, was aber nie möglich sein wird. Und nun heisst es nach den Wahlen von derselben Partei, dass in den vergangenen acht Jahren seitens ihres eigenen Finanzministers eine Larifari-Finanzpolitik gemacht wurde. Da ziehe ich mich für die kommende Zeit warm an. Da sage ich sicherlich nicht heute zu einem solchen Projekt Ja, bei dem man Geld ausgibt für irgendetwas, wenn ich nicht weiss, wie die Finanzpolitik, die bis jetzt als Larifari bezeichnet wurde, in Zukunft aussehen wird. Da habe ich Angst und da wünsche ich Dir viel Glück, Patrick. Ich habe das Gefühl, dass der Druck auf Dich recht hoch ist, damit Du diese Larifari-Politik in finanzpolitischen Themen aus dieser Stadt vertreiben kannst. Und Pascal, vielleicht in einem halben Jahr, wenn wir sehen, dass es gar nicht so schlimm ist, würde ich Dich dann sicherlich wieder unterstützen, weil ich auch finde, dass dieses Becken saniert werden muss. Aber es ist nicht das einzige Projekt, sondern es geht um eine gesamte Badi-Sanierung, die irgendeinmal drankommen muss. Das ist im Moment nicht das Thema, sodass ich heute unter diesen Umständen nicht Ja sagen kann.



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Weitere Einzelsprecher:innen?

Deborah Nyffenegger (FDP): Ja es geht ja hier um die Projektierung und darum, dass sie eben ein Preisschild erhält, worüber man dann abstimmen kann, in welchem Ausmass man eine solche Sanierung möchte. Ich möchte dazu auch noch ins Feld führen, dass das Schwimmen und somit der Schwimmunterricht heute zum Lehrplan gehört. Unsere Schülerinnen und Schüler sind darauf angewiesen, dass sie diese Badi nutzen können und sie ja auch hoch frequentiert genutzt wird. Wir sprachen vorher einem Familienzentrum mehrheitlich zu und von mir aus gesehen läuft das Schwimmen ebenso unter Frühförderung. Merci.

Fabian Fankhauser (GLP): Ich werde dieser Motion auch zustimmen und ich wollte mich vor allem bei Rosario bedanken, da Du mir wahrscheinlich den schönsten Moment des Abends beschertest; die FDP sagt, dass es mehr Unterhalt braucht. Ich hoffe, dass Ihr dann an der nächsten Budgetsitzung auch tatsächlich daran denkt. Merci.

Georg Cap (GL): Ich möchte nur kurz sagen, dass ich das eigentlich auch gut finde, weil ich auch der Meinung bin, dass diese Becken sicherlich einen Sanierungsbedarf aufweisen. Schon vor 20 Jahren hatte ich als Kind im Alter von zehn Jahren aufgeschürfte Knie in dieser Badi und mittlerweile wurde es bestimmt noch schlimmer, auch wenn ich schon länger nicht mehr dort war. Aber ich finde, dass es wie ein losgelöstes Problem ist und diese Badi eigentlich sehr alt ist und diverse Baustellen aufweist. Ich denke deshalb, dass es zielführender wäre, dies in einem grösseren Rahmen zu analysieren. Es erstaunt mich, dass die Leute der FDP, die ansonsten mega darauf fokussiert sind und darauf pochen, die Sache jeweils in einem grösseren Kontext anzuschauen und dabei auch darauf achten, möglichst günstig alles miteinander machen zu können, dies nun separat angehen möchten. Es ist ja erwiesen, dass, wenn man grössere Umbauten auf einmal anpackt, dies dann unter Umständen auch günstiger kommt oder man dann klar abklären kann, was nun wo Priorität geniesst. Was bringt es uns ein Becken zu sanieren, wenn dann plötzlich die Garderoben auseinanderfallen? Vielleicht sollte man gescheiter zuerst schauen, was in der Badi alles zu sanieren ist. Ich finde es einen kleinen Kurzschlussentscheid, obwohl ich diesem Begehren eigentlich viel Sympathie entgegenbringe, sodass ich es als sicherlich wichtig ansehe, dass man dies in Ruhe in einem grösseren Kontext anschaut und dabei dann diese Badi vielleicht umfangreicher sanieren oder dort sanieren kann, wo es Not tut, anstatt nur einzelne Bereiche zu berücksichtigen, was im Endeffekt gar nicht so zielführend ist, wie man nicht sogleich mehrere Dinge auf einmal machen kann. Damit könnte man dieser Badi einen Neuanstrich verleihen, wenn es sich so ergeben und dabei die Planung in eine längerfristige Finanzplanung eingebettet werden könnte. Merci für das Zuhören.

Corinna Grossenbacher (SVP): Zuerst richte ich mich an Dich, lieber Gerry. Es ist halt schon Scheisse, wenn man einfach rezitiert, nachdem man schon von der Presse falsch zitiert wurde. Aber kein Problem, kann ich damit doch gut leben. Ich glaube, dass man hier im Rat einmal damit anfangen muss zu priorisieren. Darauf zielte dieses Zitat nämlich ab. Immer noch mehr wollen, noch mehr wollen, wobei Ihr laufend jammert und laufend neue Projekte wollt. Laufend. Anstatt vielleicht einmal zu priorisieren und sich zu überlegen, was es denn wirklich braucht. Zum Beispiel das Schulzentrum Hard, in dem es wirklich ganz fürchterlich stinkt. Ja, ich gebe Dir recht, dass es nicht schön ist, wenn man sich in der Badi die Füsse aufschürft, was mir auch schon mehrfach passierte. Aber dann fangt damit an zu priorisieren. Und ohne Prioritätenliste geht das ja einfach nicht. Oder aber Ihr hebt den Steuerfuss so hoch an, dass der eine oder andere auch ganz klar sagt, dass er nicht länger hierbleibt. Das stört mich hier einfach an diesen Diskussionen. Man will 1,3 irgendwas Mio. Franken für ein Familienzentrum ausgeben, aber am Nötigsten fehlt es. Und ausgerechnet diejenigen halten einem den Spiegel vor, die laufend neue Projekte anreissen. Tut mir leid, Pascal, aber ich persönlich werde bezüglich der Dringlichkeit auch nicht mitziehen. Merci vielmals.

Rosario Volante (FDP): Fabian, ich wusste nicht, dass die FDP gegen Unterhalt ist. Wenn ich bei der Badi durchgehe, brauche ich nicht einmal hineinzugehen. Der normale Unterhalt, das heisst Abplatzungen am Gebäude, Dachrinnen, aus denen es herauswächst, der einfache Unterhalt wird dort einfach missachtet. Dank dieser Motion mit der Projektierung würde man das Ganze einmal genauer analysieren können, ohne dass man einen Rundumschlag machen muss. Wir sollten damit zu verhindern versuchen, dass es am



Schluss eben doch eine Totalsanierung braucht und dann doch teure Chromstahlbecken installiert werden müssen. Die Becken selber sind nicht allein das Problem, gibt es dort doch vielleicht anhand einer Veredelung der Oberfläche schon auch Möglichkeiten, wenn man dies frühzeitig anschaut und nicht zuwartet, bis man dies dann erst in elf Jahren angeht. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es noch weitere Einzelsprecher:innen?

Roland Loser (SP): Wir führten einen GPK-Besuch im Stadtbauamt durch, wozu dann noch der GPK-Präsident darüber berichten wird. Und etwas, was wir dabei schon mitbekamen, was ich vielleicht doch ein bisschen vorwegnehmen darf, war, dass wir einfach einen riesigen Nachholbedarf an Unterhalt haben. Und ich glaube, dass das Problem dabei einfach ist, dass wir einen gewissen Unterhalt haben, den wir einfach machen müssen, meiner Schätzung nach in der Höhe von 3. Mio. Franken pro Jahr. Anschliessend sitzen wir in der Budgetsitzung zusammen, wobei der Gemeinderat die Vorgabe macht, dass das Defizit maximal 4 Mio. Franken ausmachen darf. Und dann streicht man dies eben wieder zusammen. Es ist einfach so, weil wir es uns nicht leisten können. Das ist bestimmt einer der Hauptgründe. Klar, vielleicht sind gewisse Dinge auch mit den bestehenden Ressourcen nicht zu stemmen, aber es fehlt uns einfach das Geld. Es ist schon so, dass, wenn man mantra-mässig wiederholt wird, dass der Steuerfuss das einzig Wichtige in Langenthal ist, so habe ich manchmal das Gefühl, zumal Ihr mich ein bisschen kennt und es mir leidtut, dass ich das dauernd wiederholen muss, dass man sich diese Dinge zum Teil einfach nicht leisten kann. Ich finde es extrem schade und ich wäre auch sofort immer dabei, um dies auszuschöpfen. Ich glaube, dass wir dort ziemlich sicher in einen Hammer laufen. Es ist schade, aber es ist eine Tatsache.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Weitere Einzelvoten? Ok. So hat nun der Gemeinderat das Wort und anschliessend liegt das Schlusswort beim Motionär.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Besten Dank, dass wir hier noch mündliche Ergänzungen machen dürfen. Ich kann es verstehen. Es ist sympathisch. Niemand ist gegen die Badi. Es ist bald Weihnachten und ich hatte auch schon Wünsche, aber ich halte es da wie Corinna. Wenn ich es mir nicht leisten kann, dann kann ich es auch nicht kaufen. Von dem her ist es wirklich auch eine Frage des Priorisierens und mit priorisieren hat man Mühe, was nun auch sogleich wieder der Grossrat macht. Wir haben aber bereits eine Priorisierung und das nennt sich «Investitionsplan». Ich möchte deshalb auch gleich zu Beginn darauf hinweisen, dass ich nun von verschiedenen Sprecher:innen und Sprechern hörte, dass es ja nur um eine Projektierung geht, unter anderem auch von Deborah Nyffenegger oder auch von Pascal Dietrich, der sagt, dass es sich nur um eine Projektierung handelt und man ein Preisschild genannt bekommen haben will. Ich möchte Ihnen vorlesen, was Sie für einen Antrag stellen: Der Gemeinderat wird beauftragt die Sanierung der Becken in der Badi Langenthal projektieren zu lassen – dazu stimmen wir überein – «und anschliessend eine entsprechende Kreditvorlage dem dazu finanzkompetenten Organ zur Beschlussfassung vorzulegen». Das schrieben Sie und nicht wir. Es geht nicht nur um die Projektierung. Ich möchte damit nicht sogleich sagen, dass es gelogen ist, wenn man hier sagt, dass es nur um die Projektierung geht, aber wir haben in diesem Punkt nicht ganz genau dieselbe Wahrnehmung, weil Sie einen Beschluss des finanzkompetenten Organs verlangen. Falls Sie das heute so beschliessen, dann bringen wir in zwei Jahren eine Vorlage, wahrscheinlich in Form eines Projektierungskredits. Alles was Fr. 70'000.00 und mehr übersteigt und am Schluss vor das Volk geht, was hier auch so sein würde, dann würde eine solche Vorlage auch dem Stadtrat vorgelegt. Es wurde gesagt, dass eine Zustimmung nichts kostet. Das sehe ich anders. Aus Sicht des Gemeinderates ist es schon so, dass wir in aller Würde und in guter Absicht einen Investitionsplan zu erstellen versuchen. Und wir suchten in diesem Frühling auch den Austausch mit Ihnen und sagten, dass man auch eine andere Investitionsstrategie fahren kann, indem man mehr investiert und sich dabei aber auch mehr verschuldet. Es geht hier um sehr viel und es richtig, was dazu gesagt wurde. Wir investieren zu wenig, insbesondere auch in den baulichen Unterhalt, worauf ich dann nochmals zurückkommen werde. Es klingen hier jetzt ein bisschen unheiligen Allianzen an, auch seitens der GLP, die sich gern eine höhere Investitionsquote wünscht versus denjenigen, die sich dann nachher auf den Standpunkt stellen, dass, wenn nun die Badi gemacht werden soll, man grundsätzlich priorisieren muss. Die Strassen beschliessen Sie ja nun fast alle und dort zu priorisieren, ist schwierig und der Bahnhof läuft und kann nicht mehr priorisiert werden. Also gibt es dann nur



noch die Schulen, andere Freizeitanlagen etc., die man allenfalls nach hinten schieben könnte.

Wir erhielten in den letzten Jahren immer mal wieder Vorstösse, bezeichnenderweise aus denselben Fraktionen, zu denen wir über Investitionsbremsen und über Schuldenbremsen redeten. Dazu gibt es ja eine Kommission, die sich immer noch an der Arbeit zur entsprechenden Ausarbeitung befindet. Und gleichzeitig kommt dieser Vorstoss, was dann einander schon ein bisschen diametral gegenübersteht. Vielleicht kann man es auch anhand von anderen Orten einfacher beurteilen, denn es ist schön, wenn Sie Herzogenbuchsee loben. Der vorherige Gemeinderat buchte in Herzogenbuchsee alles ein; die haben dort einen neuen Bahnhof ohne AP-Gelder, die haben eine neue Badi inklusive Warmwassers. Dazu hiess es dann, dass, wenn man dies investiert, funktioniert es dann auch. Sie haben auch neue Schulanlagen, aber sie verloren gestern die Abstimmung, um den Steuerfuss auf 1,8 zu erhöhen. Das sind einfach andere Massstäbe. Ich habe ein bisschen Mitleid mit diesen Frauen in Herzogenbuchsee, weil die das auszubaden haben. Irgendeinmal sagte der dortige Gemeindepräsident, dass er keine Lust mehr hat, sich nun eine Eigentumswohnung in Thun am Mühleplatz kauft und die anderen selber schauen sollen. Die Gemeindeversammlung beschloss dies alles regulär und nun stehen sie vor dieser Situation.

Anhand einer Schätzung des Stadtbauamts wissen wir, wie der Zustand des Beckens in etwa aussieht. Ich muss Ihnen leider sagen, dass der Zustand der Hochbauten noch schlechter ist als derjenige der Becken. Deshalb behandelten wir den Hochbau gegenüber den Becken prioritärer. Aber es ist wohl schon so, dass der bauliche Unterhalt eventuell zu sehr vernachlässigt wurde, nachdem wir die Badi seit der letzten Sanierung auch bereits wieder 30 Jahre betreiben, dass man kaum um eine Gesamtsanierung herumkommt. Wenn man eine Gesamtsanierung mit Chromstahlbecken macht, so reden wir von 6 Mio. Franken. Wenn wir den Hochbau sanieren, so reden wir von weiteren 6 bis 7 Mio. Franken, was sich nicht einfach noch so zusätzlich realisieren lässt, ausser man ändert die Investitionsquote im Investitionsplan. Diesbezüglich fand ich das Votum noch ein bisschen speziell, wonach man auf der einen Seite den Investitionsplan rügte, dass er nicht verlässlich ist, auf der anderen Seite aber immer wieder darauf verwies, dass dies kein Problem ist, da ein Investitionsplan einer rollenden Planung entspricht, dies notabene im selben Votum. Deshalb möchte ich schon darum bitten, dass der Stadtrat auch eine gewisse Konsistenz an den Tag legt, was er denn schlussendlich effektiv will. Das heisst, will er mehr investieren? Wenn Sie heute diesem Vorstoss so zustimmen, dann könnte man dies in diese Richtung interpretieren. Oder will er nun die Badi effektiv anderen Investitionen vorziehen, die der Gemeinderat bislang als prioritärer ansah?

Wir zeigten der GPK eine Folie, dieser Besuch wurde ja auch angesprochen, wie uns Stratus¹ eigentlich vorgibt, was wir pro Jahr allein für den Werterhalt machen müssten, ohne dabei die Neubauten zu berücksichtigen. Und der Stadtrat bewilligt uns im Rahmen des Budgets im Schnitt zwischen 1,5 und 2,5 Mio. Franken, bislang auf Vorschlag des Gemeinderates. Item. Ich möchte wie zu Beginn noch einmal zum Schluss kommen, dass, wenn das stimmt, was Sie sagen und Sie nur eine Projektierung wollen, dann müssen Sie diese Motion heute zurückziehen und sie noch einmal neu einreichen und dabei dann nur die Projektierung verlangen. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So hätte nun nochmals der Sprecher der Motion das letzte Wort, wenn er dies wünscht.

Sprecher der Motion, Patrick Dietrich (parteilos): Herzlichen Dank, auch für diese engagierte Diskussion. Es ist schön zu sehen, dass wir auch um 23.00 Uhr noch kurz in das Debattieren kommen, was ja auch die Aufgabe dieses Parlaments hier ist. Das finde ich schön, danke vielmals. Ich danke auch für die Unterstützung von verschiedener Seite. Gerry Käser möchte ich noch ein bisschen die Angst nehmen. Ich begreife sein Votum ein Stückweit. Ich selber sagte nie, dass wir eine Larifari-Finanzpolitik betreiben, was ich auch nicht glaube und wir auch nicht hatten. Zur Halle Elzmatte waren wir uns hier im Saal, soweit ich mich erinnere, alle einig, dass man sofort handeln muss und dies war somit kein Thema. Ich bin nun seit 14 Jahren im Stadtrat. Wenn ich zusammenzähle, was wir in diesen 14 Jahren bereits in Schulanlagen investierten, so

¹ Stratus = Software für Immobilien- und Infrastruktur-Management



kommt bestimmt ein Betrag von weit über 20 Mio. Franken zusammen. Weit über 20 Mio. Franken. Ich sage damit aber nicht, dass dies nicht gut ist, sehe ich es doch absolut, dass wir weiterhin einen grossen Bedarf haben. Aber man darf auch nicht so tun, als hätten wir einfach nichts gemacht, was nicht wahr ist. Wir investierten in den letzten 14 Jahren weit über 20 Mio. Franken in Schulanlagen, 12 Mio. Franken allein ins K4 und 7 Mio. Franken in das K1. Dann kommt auch noch die Zwischensanierung K3 dazu etc. Es ging nicht nichts, aber ich akzeptiere und anerkenne, dass wir weiterhin einen grossen Bedarf haben.

Hier haben wir nun einfach etwas, das sehr dringend ist, weil es nun nicht Sommer für Sommer so weitergehen kann, vor allem nicht elf Jahre, was ich bereits erwähnte und auch Cornelia Gerber, Andi Meier und Rosario Volante bestätigten. Es ist ja dann auch nicht nächsten Sommer erledigt, wenn wir hier nun zustimmen. Aber es kann nicht elf Jahre so weitergehen, sicher nicht. Noch etwas anderes zur Angst von Gerry. Du sagtest, dass wir nie ein ausgeglichenes Budget hinbekommen. Das wäre ja gar noch nicht so schlimm. Hauptsache ist, dass wir eine ausgeglichene Rechnung hinbekommen. Es ist auch meine Erfahrung, dass in fünf von sechs Jahren die Rechnung immerhin stets besser ausfiel als das Budget. So gross muss diese Angst nicht sein. Dann möchte ich noch zum Votum von Georg Cap sagen, der dann handkehrum sagt, dass eine Gesamtsanierung am besten wäre, weil es dann insgesamt günstiger kommen könnte. Das mag sein. Ich habe einfach ein bisschen Bedenken und ich sehe ja auch, dass die Gebäude in schlechtem Zustand sind. Der Punkt ist einfach derjenige, was Sie bestimmt alle wissen, dass es sich dabei um denkmalgeschützte Gebäude in der höchsten Schutzstufe handelt. Das ist «Hector Egger neues Bauen». Da muss man dann bei einer Gebäudesanierung sehr sorgfältig damit umgehen und ich habe natürlich den Verdacht, dass dies relativ lange dauert. Ich wäre durchaus auch dafür, dass man damit beginnt. Aber ich glaube, dass, wenn man jetzt einmal das Becken vorzieht und ich mich an dieser Stelle auf das Votum von Reto Müller beziehe, da ich ja sagte, dass es nicht Chromstahlbecken sein müssen. Wenn das Stadtbauamt sagt, dies über die ganze Lebensdauer betrachtet einfach wirklich viel besser ist, so sage ich auch nicht, dass ich gegen Chromstahlbecken bin. Aber wegen mir müssen es nicht Chromstahlbecken sein. Ich könnte mir wirklich vorstellen, dass man mit einem Überzug etwas erreichen kann, ich aber kein Fachmann bin und dem Bauamt vertraue. Ich möchte, dass dies nun so angeschaut und geprüft wird.

Ich gebe es zu, dass, wenn wir sagen, dass wir nur eine Projektierung wollen, dies so vielleicht nicht ganz korrekt ist. Natürlich sagten wir, dass eine entsprechende Kreditvorlage dem finanzkompetenten Organ vorzulegen ist, aber das ist ja genau der Clou: Das Organ, das dazu dann kompetent ist, kann dann Ja oder Nein sagen; je nachdem, ob es dann findet, dass dies zu teuer oder nicht zu teuer ist oder es dann wegen dem einen Schulhaus oder was auch immer nicht geht. Das sieht man ja dann. Aber zuerst müssen wir nun eben wissen, was man machen möchte, was es kostet und dann kommt das finanzkompetente Organ zum Zug. Deshalb sage ich ja, dass es jetzt nicht um einen Beschluss geht, ob wir 6 Mio. Franken in die Badi-Becken investieren oder nicht. Um das geht es heute schlicht nicht. Reto Müller erwähnte die Priorisierung, wonach für mich die Priorität klar bei den Kindern liegt, die sich nicht Sommer für Sommer in der Badi aufschürfen sollten. Wenn sie dann noch mit dem Velo nach Herzogenbuchsee fahren geht das ja noch, aber viele nehmen dann auch das Auto, was nicht im Sinn der SP/GL-Fraktion sein kann. Die Langenthalerinnen und die Langenthaler sollen doch in Langenthal baden können und dafür müssen wir bei den Becken etwas machen. Seien Sie so gut und geben Sie sich einen Ruck. Viele unterschrieben hier mit, stimmen Sie diesem Vorstoss zu, damit wir dies angehen können. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir schreiten nun zur Abstimmung. Wir befinden zuerst über die Qualifikation. Der Gemeinderat schlägt vor, dass dies eine Motion mit Weisungscharakter ist. Wer dem so zustimmen kann, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Nun stimmen wir über die Erheblichkeitserklärung ab. Der Gemeinderat schlägt vor, diese Motion für nicht erheblich zu erklären, sprich Ihr stimmt mit Ja für «nicht erheblich», stimmt Nein für «erheblich» oder Enthaltungen. Wer gemäss dem Gemeinderat diese Motion für nicht erheblich erklären will, dokumentiert es mit der Stimmkarte. Wer entgegen dem Gemeinderat diese Motion für erheblich erklären möchte, zeigt es nun mit der orangenen Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:**

- I. **Die Motion Dietrich Pascal (parteilos), Nyffenegger Deborah (FDP), Volante Rosario (FDP), Meier Andreas (GLP), Gerber Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024:** Badi Langenthal: Beckensanierung projektieren **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein und 3 Enthaltungen:**

- II. 1. **Die Motion Dietrich Pascal (parteilos), Nyffenegger Deborah (FDP), Volante Rosario (FDP), Meier Andreas (GLP), Gerber Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024:** Badi Langenthal: Beckensanierung projektieren **wird nicht erheblich erklärt.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



14. Interpellation Imhof Agnes (GL) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: Zusammensetzung Verwaltungsrat IB Langenthal: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir arbeiten diese Traktandenliste heute noch ab, was wir sehr wohl schaffen werden und kommen nun zu Traktandum Nr. 14. Dabei geht es um die Beantwortung und den Antrag auf Abschreibung der Interpellation von Agnes Imhof (GL) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024 zur Zusammensetzung des Verwaltungsrates der IB Langenthal. Das Eintreten dazu ist zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Eine Berichterstattung ist weder seitens des Gemeinderates, noch seitens der GPK angemeldet. Die Interpellantin schied in der Zwischenzeit aus dem Stadtrat aus und wird durch Fanny Zürn ersetzt, die nun für eine kurze Stellungnahme das Wort hätte. Sie möchte sich aber nicht zu Wort melden. Gut. Eine Diskussion gibt es nur dann, falls der Rat dies wünscht. Das sieht aber auch nicht so aus. So frage ich, ob die Abschreibung dieser Interpellation bestritten wird? Nein, dem ist nicht so. Somit ist die Abschreibung stillschweigend genehmigt.

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst stillschweigend:

1. **Die Interpellation Imhof Agnes (GL) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: Zusammensetzung Verwaltungsrat IB Langenthal wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



15. Interpellation Lerch Martin (SVP), Sommer Roland (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: Leerstehendes Provisorium Haslibrunnen – wann und wie weiter?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir fahren fort mit Traktandum Nr. 15: Interpellation Lerch Martin (SVP), Sommer Roland (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: «Leerstehendes Provisorium Haslibrunnen – wann und wie weiter?»; Beantwortung und Antrag auf Abschreibung. Das Eintreten ist auch hier zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Eine Berichterstattung von Gemeinderat und GPK gibt es keine. Der Interpellant hat nun Gelegenheit für eine kurze Stellungnahme.

Sprecher der Interpellation, Martin Lerch (SVP): Sogar sehr kurz. Ganz herzlichen Dank für die sorgfältige und detaillierte Beantwortung. Es sind keine Fragen offen und ich stimme der Abschreibung zu. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. Wird eine Diskussion gewünscht? Nein. Wird die Abschreibung bestritten. Nein, auch nicht. Somit ist auch die Abschreibung dieser Interpellation stillschweigend genehmigt. Danke vielmals.

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst stillschweigend:

1. **Die Interpellation Lerch Martin (SVP), Sommer Roland (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2024: Leerstehendes Provisorium Haslibrunnen – wann und wie weiter? wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



16. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 16 mit den Mitteilungen des Gemeinderates. Dazu bittet Gemeinderat Markus Gfeller zum Schlussbericht über die «Strategie 20plus».

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Ich möchte Sie nur noch ganz kurz informieren, beschlossen wir doch im Jahr 2020, dass wir die Feuerwehr des Stützpunktes Langenthal mit der «Strategie 20plus» neu ausrichten wollen. Dazu gab es dann eine Arbeitsgruppe, die das Projekt an die Hand nahm. In der Zwischenzeit konnte man die Groborganisation durch den Gemeinderat genehmigen lassen. Die Detailorganisation wurde dabei von der KöS¹ genehmigt. Somit funktioniert die Stützpunkt-Feuerwehr Langenthal nach einem ganz neuen Organigramm. Die Arbeitsgruppe unterbreitete dem Gemeinderat nun ihren Schlussbericht. Damit konnte sie ihre Arbeit innerhalb von vier Jahren umsetzen und abschliessen. Anlässlich des Schlussrapports der Feuerwehr von letzter Woche durfte ich vernehmen, dass auch die Mitglieder, das heisst die Angehörigen der Feuerwehr, mit der neuen Struktur vollumfänglich einverstanden sind. Merci vielmals für die Kenntnisnahme.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. Nun hat auch Reto Müller noch eine Mitteilung.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Usus gemäss möchte ich Sie gerne noch darüber orientieren, dass der neugewählte Gemeinderat seine konstituierende Sitzung für die Legislatur 2025 – 2029 abhielt. Dazu kam es zu folgenden Ressortverteilungen; dies unter dem Vorbehalt, dass an der ersten offiziellen Sitzung des neuen Gemeinderates dies dann auch noch definitiv genehmigt wird.

Wir nahmen folgende Verteilung vor und ich beginne etwas unsympathisch zuoberst: Präsidiales, regionale Zusammenarbeit, Stadtmarketing, Tourismus sowie das Bau- und Planungswesen liegen in der Verantwortung von Reto Müller. Stellvertreter und Vize-Stadtpräsident ist Michael Schär. Den Bereich Finanz- und Steuerwesen übernimmt Patrick Freudiger, dem heute ja bereits viel Mut gewünscht wurde. Hier liegt die Stellvertretung bei Martina Moser. Die öffentliche Sicherheit liegt in der Obhut von Martin Lerch, Stellvertreter ist Patrick Freudiger. Für das Ressort Ver- und Entsorgung, Umweltschutz und Tiefbau ist Michael Schär zuständig, die Stellvertretung erfolgt durch mich. Dem Bereich Kultur & Sport steht Patrick Fluri vor, Stellvertreterin ist Stefanie Barben. Für Sozialwesen, Altersfragen und Gesundheit zeichnet Martina Moser verantwortlich, Stellvertreter ist Martin Lerch. Bildung und Jugend liegt bei Stefanie Barben, Stellvertreter ist Patrick Fluri. Merci für die Kenntnisnahme. Das gibt uns nun auch den nötigen Input, um eine proportionale Besetzung der Kommissionssitze zusammenstellen zu können. Die weiteren Arbeiten werden folgen. Merci vielmals für Ihre Nominierungen, damit wir dann auch so schnell als möglich diese Kommissionen zu Jahresbeginn wählen können. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Nein, dem ist nicht so.

¹ KöS = Kommission für öffentliche Sicherheit



17. **Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse**

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Unter Traktandum Nr. 17 wurden keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht.



Stadtrat

Protokoll der 7. Sitzung vom Montag, 25. November 2024

In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit sind am Schluss der heutigen Sitzung. Die letzte Sitzung in diesem Jahr findet am 16. Dezember 2024 statt. Voraussichtlich starten wir dann um 17.00 Uhr, weil ja im Anschluss bereits um 18.30 Uhr der Apéro stattfindet. Dazu scheint Ihr die Einladung ja bereits erhalten zu haben. Ein Teil von Euch nickt, gut, ich sah es bislang eben noch nicht. Die Traktandenliste wird dann auch einfach ausfallen. So sind wir fertig, merci vielmals für das Mitwirken und bitte nehmt noch übriggebliebene Sandwiches mit, falls noch etwas herumliegt, damit sie nicht im Abfall landen.